

Wohlrabe, Klaus; Rathje, Ann-Christin; Hannich, Ute

Research Report

Investitionsverhalten und dessen Einflussfaktoren: Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen

Provided in Cooperation with:

Foundation for Family Businesses / Stiftung Familienunternehmen

Suggested Citation: Wohlrabe, Klaus; Rathje, Ann-Christin; Hannich, Ute (2017) :
Investitionsverhalten und dessen Einflussfaktoren: Jahresmonitor der Stiftung
Familienunternehmen, ISBN 978-3-942467-54-4, Stiftung Familienunternehmen, München

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/250027>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Investitionsverhalten und dessen Einflussfaktoren

Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen



Impressum

Herausgeber:



Stiftung Familienunternehmen
Prinzregentenstraße 50
D-80538 München

Tel.: +49 (0) 89 / 12 76 400 02
Fax: +49 (0) 89 / 12 76 400 09
E-Mail: info@familienunternehmen.de
www.familienunternehmen.de

Bearbeitet von:

ifo INSTITUT

ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.
Poschingerstr. 5
81679 München
Tel.: +49 (0) 89 / 9224-0
www.ifo.de

Dr. Klaus Wohlrabe
Ann-Christin Rathje

Unter Mitarbeit von:
Ute Hannich

Inhaltsverzeichnis

Impressum	1
Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse	5
A Einleitung und Untersuchungsgegenstand	9
I. Investitionen in Deutschland	9
II. Familienunternehmen vs. Nicht-Familienunternehmen	11
B Panel und Befragung	13
I. Aufbau der Datenbank.....	13
II. Unternehmensbefragung	13
1. Stichprobe	14
2. Gewichtung	15
3. Verteilung der teilnehmenden Unternehmen	16
C Ergebnisse der Unternehmensbefragung	25
I. Entwicklung der Investitionen	26
II. Investitionen in Deutschland	30
III. Investitionsstandorte	40
IV. Arbeitsplatzverlagerung	45
V. Investitionsvorhaben	46
VI. Investitionen in die Digitalisierung	50
VII. Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit	53
VIII. Finanzierung.....	59
IX. Instrumente zur Investitionssteigerung.....	60
D Diskussion	63
E Fazit	69
Tabellenverzeichnis	71
Abbildungsverzeichnis	73
Literaturverzeichnis	75
Anhang	79

Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

Die Stiftung Familienunternehmen hat das ifo Institut im Jahr 2017 damit beauftragt, eine Analyse der Investitionstätigkeiten der deutschen Unternehmen vorzunehmen und eine umfassende Unternehmensdatenbank aufzubauen, welche sich künftig zu einer in Deutschland führenden Datenquelle für die wissenschaftliche Forschung mit Bezug auf die Tätigkeit von Familienunternehmen entwickeln soll.

Im Rahmen dieser Untersuchung wurden im Zeitraum von Mai bis Juli dieses Jahres rund 1.500 Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen zu ihren Investitionstätigkeiten befragt. Damit basiert die vorliegende Studie auf der größten Befragung von Familienunternehmen zum Thema Investitionen im deutschsprachigen Raum. Die Ergebnisse der Analyse werden im vorliegenden Bericht vorgestellt. Im Nachfolgenden werden die wichtigsten Ergebnisse im Hinblick auf die Investitionstätigkeit der befragten Unternehmen zusammengefasst:

- Von den befragten Unternehmen geben 40 Prozent an, dass sie im Jahr 2017 im Vergleich zum Jahr 2016 voraussichtlich mehr investieren. 49 Prozent beabsichtigen eine ähnlich hohe Investitionstätigkeit wie schon im vorangegangenen Jahr. Immerhin elf Prozent werden in diesem Jahr insgesamt weniger im In- oder Ausland investieren.
- Im Hinblick auf die Entwicklung der Investitionen in Deutschland zeigt sich: Deutschland bleibt als Investitionsstandort weiter attraktiv. Von den befragten Unternehmen geben 40 Prozent an, den Anteil der Investitionen in Deutschland steigern zu wollen, 49 Prozent streben in den nächsten Jahren ein ähnliches Niveau an und 10,9 Prozent werden voraussichtlich weniger in Deutschland investieren.
- Die Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen unterscheiden sich in diesem Punkt deutlich: 49,2 Prozent der befragten Nicht-Familienunternehmen visieren in den nächsten Jahren eine Ausweitung ihrer Investitionsaktivitäten in Deutschland an. In der Gruppe der Familienunternehmen beabsichtigen lediglich 36,3 Prozent verstärkt in Deutschland zu investieren.
- Generell kann festgehalten werden: Die befragten Familienunternehmen diversifizieren ihre Investitionsaktivitäten dabei viel stärker im Ausland als Nicht-Familienunternehmen. Von großer Bedeutung für die Familienunternehmen ist insbesondere der europäische Markt: 19,1 Prozent der befragten Familienunternehmen bezeichnen den europäischen Raum als zentralen Investitionsstandort. Bei den Nicht-Familienunternehmen liegt der Anteil lediglich bei 9,6 Prozent.
- Unterschiede zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen im Hinblick auf die Auslandsaktivitäten ergeben sich zum einen durch die unterschiedliche Größenstruktur der Unternehmensgruppen: Prinzipiell nimmt der Anteil der Unternehmen mit internationalem Investitionsschwerpunkt zu, je größer das Unternehmen gemessen an den Beschäftigtenzahlen ist. Da der Anteil der sehr großen Unternehmen unter den Familienunternehmen in der Befragung besonders hoch ist, betätigen sich die befragten Familienunternehmen deutlich öfter im Ausland als deren Komplement.
- Zum anderen werden die Ergebnisse durch unterschiedliche Branchenstrukturen der Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen beeinflusst: Unter den Nicht-Familienunternehmen

sind beispielsweise viele Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor (bspw. aus dem Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens) sowie dem Energiesektor – Branchen, welche typischerweise ihren Fokus auf die inländische Geschäftstätigkeit legen und eher weniger stark auf dem internationalen Markt agieren. Im Gegensatz dazu gehört ein hoher Anteil der befragten Familienunternehmen dem verarbeitenden Gewerbe an – einer Branche, die klassischerweise viel stärker auf den ausländischen Markt ausgerichtet ist.

- Insgesamt bleibt Deutschland im internationalen Vergleich aber mit Abstand der wichtigste Investitionsstandort für deutsche Unternehmen. 96,4 Prozent der befragten Unternehmen bezeichnen Deutschland als den bedeutendsten Investitionsstandort und 95,8 Prozent der Unternehmen planen keine Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland.
- Internationale Investitionsstandorte gewinnen jedoch an Bedeutung: Immerhin 16,3 Prozent der befragten Unternehmen nennen Europa als zentralen Investitionsstandort. Darüber hinaus spielt der asiatische Raum für 10,2 Prozent der Unternehmen und die Vereinigten Staaten für 7,7 Prozent der Unternehmen als Investitionsstandort eine übergeordnete Rolle.
- Prinzipiell machen Ersatzbeschaffungen einen Großteil des Investitionsvolumens im Jahr 2017 aus. 59,7 Prozent der befragten Unternehmen investieren hauptsächlich in die Erneuerung von Anlagen. Als zweithäufigstes Investitionsvorhaben werden Kapazitätserweiterungen genannt. Die befragten Familienunternehmen investieren deutlich öfter in Kapazitätserweiterungen als die Nicht-Familienunternehmen, während Ersatzbeschaffungen bei den Nicht-Familienunternehmen eine weitaus gewichtigere Rolle spielen. Gleichzeitig legen die Ergebnisse der Unternehmensbefragung nahe: Kapazitätserweiterungen finden zunehmend im Ausland statt, während im Inland häufiger Ersatzbeschaffungen getätigt werden.
- Die weitreichende Bedeutung der Digitalisierung wurde von den deutschen Unternehmen erkannt: Die große Mehrheit (70,1 Prozent) der befragten Unternehmen wird in den nächsten Jahren verstärkt in die Digitalisierung der Unternehmensprozesse investieren. Lediglich 0,9 Prozent erwarten, dass der Anteil ihrer Investitionen in die Digitalisierung sinken wird.
- Welche Faktoren haben sich nach Meinung der Unternehmen positiv oder negativ auf die Investitionstätigkeit in Deutschland im Jahr 2017 ausgewirkt? Die gute Absatzlage beziehungsweise die guten Ertragserwartungen werden von 68,6 Prozent beziehungsweise 58,4 Prozent der befragten Unternehmen als anregende Einflussfaktoren bezeichnet. Die Absatzlage wird insbesondere von den Familienunternehmen als anregend eingestuft.
- Daneben registrieren 54 Prozent der befragten Unternehmen einen positiven Effekt von technischen Faktoren auf die Investitionstätigkeit. Insbesondere die Familienunternehmen konnten die Möglichkeiten der technischen Entwicklung nutzen.
- Die steuerlichen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen sowie die Lohnkosten werden von den befragten Unternehmen hingegen oftmals als dämpfende Einflussfaktoren bezeichnet. Die Investitionstätigkeiten der Familienunternehmen werden besonders stark von diesen Faktoren beeinträchtigt.

- Finanzierungsengpässe stellen für die meisten Unternehmen allerdings kein Investitionshemmnis dar. Der Großteil der Unternehmen (83,6 Prozent) finanziert Investitionen bereits durch Eigenmittel. Die finanzielle Situation der meisten Unternehmen stellt sich derzeit positiv dar – dies gilt sowohl für die befragten Familienunternehmen als auch für die Nicht-Familienunternehmen.
- Die wichtigste Maßnahme zur Steigerung der privaten Investitionen ist nach Ansicht der Unternehmen mit deutlichem Vorsprung der Bürokratieabbau – unabhängig von Sektor, Größe oder Familienunternehmen beziehungsweise Nicht-Familienunternehmen.
- Steuersenkungen sowie Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels können nach Ansicht der befragten Unternehmen ebenfalls zur einer Stimulierung der privaten Investitionen beitragen.

A Einleitung und Untersuchungsgegenstand

I. Investitionen in Deutschland

Deutschland steht in der internationalen Kritik. Der Vorwurf: Die Exportüberschüsse seien zu groß, die Investitionen zu niedrig. Ob in Deutschland eine Investitionsschwäche der deutschen Privatwirtschaft vorliegt, ist unter Volkswirten allerdings umstritten.

Die Investitionsquote in Deutschland, welche die Bruttoanlageinvestitionen in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) setzt, unterlag im letzten Jahrzehnt zwar Schwankungen, ist über die letzten 15 Jahre aber relativ konstant geblieben. Der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am BIP für die Kapitalgesellschaften lag im Jahr 2002 bei 11,6 Prozent – genau wie im Jahr 2016 auch (Statistisches Bundesamt 2017b).

Festzuhalten ist jedoch ein langfristig negativer Trend. So lag die Bruttoanlageinvestitionsquote für die deutschen Unternehmen im Jahr 1991 mit 14,2 Prozent deutlich höher als im Jahr 2016 (Statistisches Bundesamt 2017b).

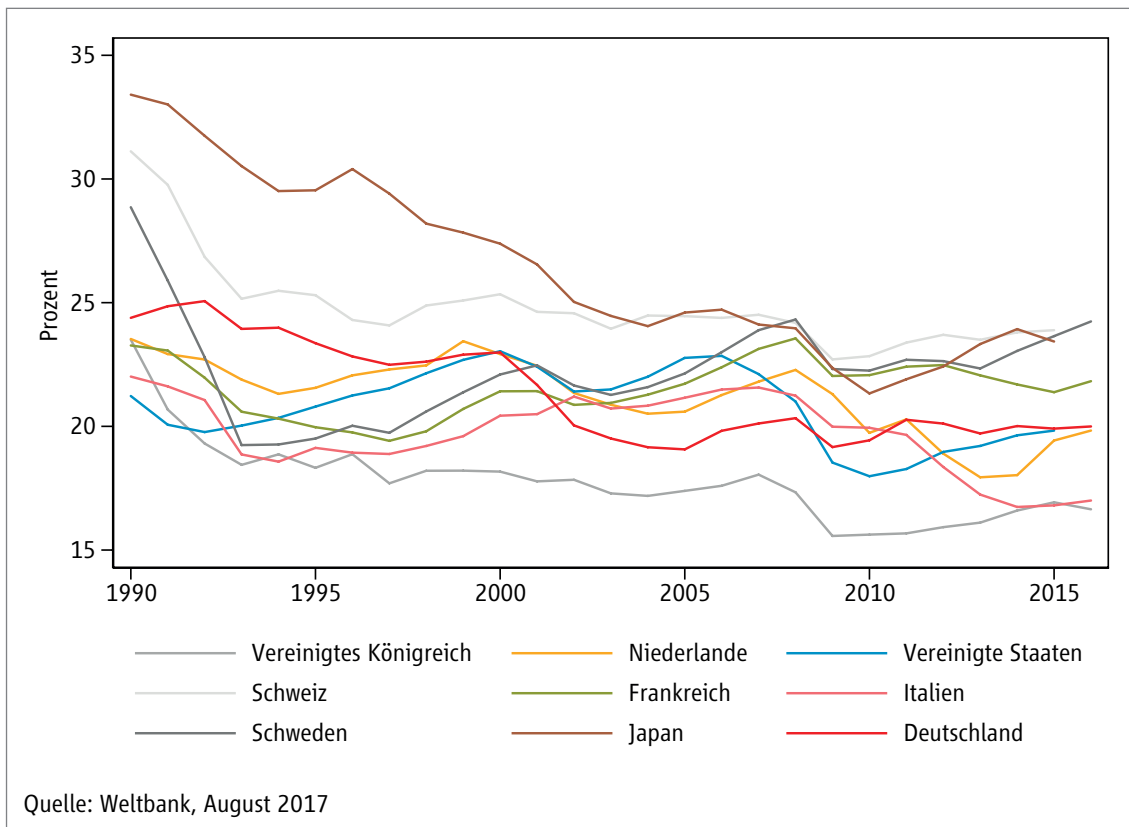
Im internationalen Vergleich hingegen nimmt Deutschland gemessen an den Investitionen von Staat und Privatwirtschaft einen Platz im Mittelfeld ein (vgl. Abbildung 1). Die Investitionsquote der deutschen Volkswirtschaft liegt mit knapp 20 Prozent etwa auf gleichem Niveau wie jene von den USA oder der Niederlande (Weltbank 2017). Der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen in Relation zum BIP unterscheidet sich also in Deutschland nicht wesentlich von anderen hoch entwickelten Nationen.

Gemessen am Wirtschaftswachstum erscheint die Entwicklung der Investitionen über selbigen Zeitraum im historischen Vergleich allerdings wenig dynamisch (Wollmershäuser et al. 2016). Dabei sollten die derzeitige gute konjunkturelle Lage und die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen beste Voraussetzungen für eine rege Investitionstätigkeit der deutschen Unternehmen bieten.

Zur Untersuchung dieses Sachverhalts hat die Stiftung Familienunternehmen eine Studie zur Analyse der Investitionstätigkeit der deutschen Unternehmen beim ifo Institut in Auftrag gegeben.

Im Rahmen dieser Studie wurden im Zeitraum von Mai bis Juli dieses Jahres sowohl Familienunternehmen als auch Nicht-Familienunternehmen zu ihren Investitionstätigkeiten befragt. Insgesamt haben sich mehr als 1.500 Unternehmen aus verschiedensten Branchen und Größenordnungen an der Umfrage beteiligt. Damit basiert die vorliegende Studie auf der größten Befragung von Familienunternehmen zum Thema Investitionen im deutschsprachigen Raum.

Abbildung 1: Bruttoanlageinvestitionen (in % des BIP)



Die Studie ist in drei Abschnitte gegliedert: Das folgende Kapitel widmet sich den methodischen Aspekten, welche mit der Durchführung der Unternehmensbefragung, der Stichprobenziehung, der statistischen Auswertung sowie dem Aufbau der geplanten Unternehmensdatenbank einhergehen. Das Kapitel gibt einen Überblick über das Verfahren der Stichprobenziehung, die Verteilung der teilnehmenden Unternehmen über die Wirtschaftsbereiche, die Rechtsformen und die Unternehmensgrößenklassen sowie den Prozess der Gewichtung, der notwendig ist, um die Repräsentativität der Ergebnisse sicherzustellen.

Die Ergebnisse der empirischen Untersuchung werden anschließend in Kapitel 3 vorgestellt und basieren auf einer vom ifo Institut realisierten Befragung von etwa 1.500 Unternehmen zum Thema Investitionen. Im Zuge der Erhebung wurde zum einen untersucht, ob Unternehmen in den nächsten Jahren tendenziell mehr oder weniger im Inland sowie im Ausland investieren wollen. Zum anderen wurden die Unternehmen danach befragt, ob bestehende Arbeitsplätze ins Ausland verlagert werden sollen und an welchen Standorten im internationalen Vergleich hauptsächlich investiert wird. Aufgrund sinkender Transaktionskosten im Zuge der Globalisierung ist davon auszugehen, dass Investitionen zunehmend auch im inner- und außereuropäischen Ausland getätigt werden. Interessant ist in diesem Zusammenhang insbesondere auch die Frage nach der Art der Investitionsvorhaben. Diese gibt Aufschluss darüber, ob Kapazitätserweiterungen oder Ersatzbeschaffungen tendenziell eher im Inland oder im Ausland getätigt werden.

Nach einer einführenden Darstellung der Entwicklung der Investitionstätigkeit deutscher Unternehmen im In- und Ausland werden die Angaben der Unternehmen zu den anregenden beziehungsweise dämpfenden Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit diskutiert. Welche Faktoren haben sich nach Meinung der Unternehmer positiv beziehungsweise negativ auf die Investitionstätigkeit in Deutschland im Jahr 2017 ausgewirkt? Welche Maßnahmen zur Investitionssteigerung müssten von der Bundesregierung in Zukunft auf den Weg gebracht werden? Die Frage nach den verwendeten Finanzierungsmöglichkeiten für Investitionen gibt Auskunft darüber, inwiefern Kreditengpässe für ausbleibende Investitionen verantwortlich gemacht werden können und inwiefern zusätzliche Finanzmittel zur Steigerung der Investitionen benötigt werden.

Kapitel 4 resümiert die Ergebnisse der Unternehmensbefragung und zieht Schlüsse für die neue Bundesregierung: Welche Instrumente können wirksam genutzt werden, um private Investitionen in Deutschland zu stimulieren und den Wirtschafts- und Investitionsstandort Deutschland insgesamt zu stärken?

Der Schwerpunkt der Studie liegt insbesondere auf Unterschieden zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen. Aus diesem Grund wird im nachfolgenden Abschnitt der Typus Familienunternehmen kurz beschrieben.

II. Familienunternehmen vs. Nicht-Familienunternehmen

Zu den Familienunternehmen zählen typischerweise alle Unternehmen, deren stimmberechtigtes Kapital in der Mehrheit von einer oder mehreren Familien gehalten wird, die untereinander verbunden sind.¹ Die Zuordnung der Unternehmen zu der Klasse der Familienunternehmen beziehungsweise Nicht-Familienunternehmen basiert in dieser Studie allerdings auf der Selbstidentifikation.²

Die Bedeutung der Familienunternehmen für die deutsche Volkswirtschaft wurde in einer Studie vom Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und dem Institut für Mittelstandsforschung (ifm) untersucht: Familienunternehmen erwirtschafteten im Jahr 2015 circa 55 Prozent der Gesamtumsätze und leisteten damit einen wesentlichen Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt (Gottschalk et al. 2017). Deutschlandweit werden circa 15,6 Millionen Mitarbeiter von Familienunternehmen beschäftigt. Dies entspricht einem Anteil von circa 57 Prozent aller Beschäftigten in der Privatwirtschaft (Gottschalk et al. 2017). Beachtlich ist außerdem die stabilisierende Wirkung der Familienunternehmen auf die inländische Beschäftigung, insbesondere in Krisenzeiten: Über den Zeitraum von 2006 bis 2015 verzeichneten die

1 In der Studie „Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Familienunternehmen“ wird ein Unternehmen als familienkontrolliertes Unternehmen bezeichnet, „wenn es sich mehrheitlich im Eigentum einer überschaubaren Anzahl von natürlichen Einzelpersonen befindet“ (Gottschalk et al. 2017, S. 8).

2 Unternehmen wurden im Fragebogen gebeten, sich der Klasse der Familienunternehmen bzw. Nicht-Familienunternehmen zuzuordnen.

500 größten Familienunternehmen in Deutschland einen Anstieg der Beschäftigten um 19 Prozent. Im selben Zeitraum erhöhte sich die Mitarbeiterzahl der nicht-familienkontrollierten Dax-Unternehmen lediglich um zwei Prozent (Gottschalk et al. 2017).

B Panel und Befragung

Ziel der Stiftung Familienunternehmen ist der Aufbau einer umfassenden Unternehmensdatenbank in Kooperation mit dem ifo Institut, welche sich künftig zu einer in Deutschland führenden und international bekannten Datenquelle für die wissenschaftliche Forschung mit Bezug auf die Tätigkeit von Familienunternehmen entwickeln soll.

I. Aufbau der Datenbank

Grundlage für den Aufbau der Unternehmensdatenbank sind die von der Firma Bureau van Dijk bereitgestellten Informationen, welche durch die vom ifo Institut durchgeführten jährlichen Unternehmensbefragungen ergänzt werden.

Durch die langfristige Orientierung des Projektes über mehrere Jahre und die jährlichen Unternehmensbefragungen kann ein Panel³ aufgebaut werden, wodurch entsprechende wissenschaftliche Analysen ermöglicht sowie weiterführende Fragestellungen zu relevanten ökonomischen Entwicklungen beantwortet werden. Darüber hinaus sollen die Ergebnisse der Analysen einer breiten Öffentlichkeit sowie Vertretern aus Politik und Wirtschaft vorgestellt werden.

In diesem Zusammenhang wird jährlich eine repräsentative Unternehmensbefragung zu aktuellen und relevanten Fragestellungen durchgeführt, welche die Analyse der ökonomischen Entwicklungen von Familienunternehmen ermöglicht.

II. Unternehmensbefragung

Der vorliegende Bericht basiert auf der ersten im Zeitraum von Mai bis Juli dieses Jahres realisierten Unternehmensbefragung und ist gleichzeitig die erste Ausgabe der Reihe „Jahresmonitor der Stiftung Familienunternehmen“.

Im Rahmen der Erhebung gaben etwa 1.500 Unternehmen in Deutschland Auskunft zum Thema Investitionen. Davon konnten circa 600 Unternehmen für den Aufbau des Panels gewonnen werden.

Die grundlegenden Daten der Befragung wurden aus den Unternehmensdatenbanken Dafne und Amadeus von der Firma Bureau von Dijk entnommen. Aus einem Bestand von 1,4 Millionen wirtschaftsaktiver

3 Ein Panel erlaubt die regelmäßige Befragung der gleichen Unternehmen im Zeitablauf. Dies ist aus wissenschaftlicher Sicht wünschenswert, da u. a. mit Blick auf Erwartungen auch die Realisationen von Variablen in Zusammenhang gestellt werden können. Auch aus praktischer Sicht ist ein Panel erstrebenswert, denn die beteiligten Unternehmen zeigen die Bereitschaft, regelmäßig an Befragungen teilzunehmen, was die Rücklaufquote merklich erhöht.

Unternehmen in Deutschland wurden unter Verwendung einer geschichteten Stichprobe Unternehmen mit bestimmten Charakteristiken identifiziert und gezielt angeschrieben.

1. Stichprobe

Der Prozess der Stichprobenziehung sieht wie folgt aus: Unternehmen werden über die Rechtsform, die Größenklasse und den Wirtschaftszweig eines Unternehmens in Schichten eingeordnet. Bei der Rechtsform wird generell zwischen Einzelunternehmen, Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften unterschieden. Die Branche eines Unternehmens wird auf Grundlage der standardisierten Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2008 definiert.⁴ Die Größenklasse ergibt sich aus einer Definition der Amadeus Datenbank:⁵ Anhand des Betriebsertrags, des Gesamtvermögens und der Anzahl der Mitarbeiter werden Unternehmen entweder als kleines, mittleres, großes oder sehr großes Unternehmen eingestuft (vgl. Anhang Tabelle 4).

Im zweiten Schritt des Verfahrens werden 400 Unternehmen je Schicht zufällig ausgewählt und in die Befragung einbezogen. Diese Methodik stellt sicher, dass Unternehmen aller Wirtschaftsbereiche, Rechtsformen und Größenklassen in der Stichprobe enthalten sind.

Die Anzahl der Schichten ergibt sich aus der Multiplikation der vier Größenklassen mit den drei Rechtsformgruppen sowie den zehn Sektor-Gruppen, d. h. es entstehen 120 Schichten auf Basis derer die Stichprobe aus der Dafne Datenbank gezogen worden ist. Da die Sektoren und Größenklassen nicht immer voll besetzt sind, besteht die Stichprobe aus insgesamt 24.420 Unternehmen. Zusätzlich zu den zufällig ausgewählten Unternehmen werden die 500 größten deutschen Familienunternehmen in die Befragung aufgenommen.

Die zufällig gezogenen Unternehmen wurden im Zeitraum von Mai bis Juli eingeladen, an der Umfrage teilzunehmen. Bis zum Einsendeschluss wurden 1.503 Fragebögen an das ifo Institut zurückgesendet, wovon 1.487 ausgewertet werden konnten. Das entspricht einer Rücklaufquote von 6,1 Prozent.⁶

4 Die Unternehmen wurden in folgende zehn Sektor-Gruppen eingeteilt: Gastgewerbe; Baugewerbe; Handel; Verkehr/Lagerei; konsumbezogene Dienstleistungen; verarbeitendes Gewerbe; unternehmensnahe Dienstleistungen; Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; Bergbau; Energie- und Wasserversorgung; Entsorgung.

5 Datenbank der Firma Bureau van Dijk mit Struktur- und Finanzinformationen zu 14 Millionen west- und osteuropäischen Unternehmen.

6 Dies entspricht der Rücklaufquote bei ähnlichen Befragungsformaten.

2. Gewichtung

Da die Verteilung der befragten Unternehmen über die Größenklassen und die Branchen nicht exakt mit der Verteilung der deutschen Volkswirtschaft über ebenjene Merkmale übereinstimmt, werden Gewichtungsvariablen zur Berechnung von repräsentativen Ergebnissen eingesetzt.

Die Soll-Werte für die Branchen orientieren sich an der nominalen Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche, welche durch das Statistische Bundesamt veröffentlicht werden (Statistisches Bundesamt 2016a). Aufgrund fehlender Daten zur Bruttowertschöpfung nach Größenklassen der Unternehmen wird für die Gewichtung auf die Beschäftigtenzahlen je Branche und Größenklasse zurückgegriffen (Statistisches Bundesamt 2016b). Die Daten werden durch das Unternehmensregister des Statistischen Bundesamtes publiziert: Unternehmen werden hierfür je nach Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in eine von vier Größenklassen eingeteilt und es wird die Summe über die Beschäftigten in den einzelnen Größenklassen ermittelt. Darüber hinaus stehen die Werte untergliedert für jede Branche zur Verfügung, sodass der Anteil der Beschäftigten je Größenklasse für jede Branche berechnet werden kann.

Somit erlaubt die Datengrundlage eine Gewichtung über die Variablen Branche und Beschäftigtenzahl. Jedes Unternehmen wird einer Klasse von Branche und Beschäftigtenzahl zugeordnet und geht so entsprechend des volkswirtschaftlichen Gewichtes dieser Klasse, welches durch die Sollwerte des Statistischen Bundesamtes bestimmt wird, in die Berechnung der Ergebnisse ein. Klassen, die gemessen an der volkswirtschaftlichen Bedeutung (Bruttowertschöpfung und Beschäftigtenzahl) tendenziell zu gering in der Unternehmensbefragung vertreten sind, werden durch die Korrekturfaktoren dementsprechend höher gewichtet. Durch dieses Verfahren wird die Repräsentativität der Ergebnisse auf aggregierter Ebene sichergestellt.⁷

Der nachfolgende Abschnitt gibt einen Überblick über die Verteilung der befragten Unternehmen über Sektoren und Größenklassen jeweils vor und nach dem Gewichtungsprozess. Die Verteilung vor dem Gewichtungsprozess beschreibt die Verteilung der teilnehmenden Unternehmen an der Befragung. Jene nach dem Gewichtungsprozess kennzeichnet in welchem Verhältnis unterschiedliche Sektoren und Größenklassen in die Berechnung der Gesamtergebnisse einfließen. Darüber hinaus wird der Anteil der Familienunternehmen beziehungsweise Nicht-Familienunternehmen vor und nach Gewichtung dargestellt.

7 Aufgrund von fehlenden Informationen zur Zusammensetzung von Familienunternehmen bzw. Nicht-Familienunternehmen kann der Gewichtungsprozess nicht gewährleisten, dass die Verteilung der Familienunternehmen bzw. Nicht-Familienunternehmen über die Branchen und Größenklassen in der Befragung der tatsächlichen Verteilung in der deutschen Volkswirtschaft entspricht.

3. Verteilung der teilnehmenden Unternehmen

Prinzipiell bezeichneten sich 73,4 Prozent der befragten Unternehmen (entspricht 1.093 Unternehmen) als Familienunternehmen. Etwa ein Viertel der Unternehmen (insgesamt 378) ordnete sich der Klasse der Nicht-Familienunternehmen zu (vgl. Abbildung 2). Für eine kleine Anzahl an Unternehmen (16) liegt keine Information vor, zu welchem Unternehmenstyp sie gehören. Diese können bei Auswertung der Ergebnisse für Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen nicht berücksichtigt werden. Die Verteilung verschiebt sich nach dem Gewichtungprozess leicht: Der Anteil der Familienunternehmen wird nach unten korrigiert und die Gruppe der Familienunternehmen fließt insgesamt mit einem Anteil von 69,4 Prozent in das Gesamtergebnis ein. Nicht-Familienunternehmen werden hingegen leicht aufgewertet. Eine Erklärung hierfür ist in der Verteilung der Unternehmen über die Sektoren zu finden. Diese wird in Abbildung 3 dargestellt. Grundsätzlich werden die Ergebnisse im Folgenden jeweils für die Gruppe der Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen als auch für die Gesamtheit der befragten Unternehmen vor und nach dem Gewichtungprozess abgebildet.

Abbildung 2: Familienunternehmen vs. Nicht-Familienunternehmen

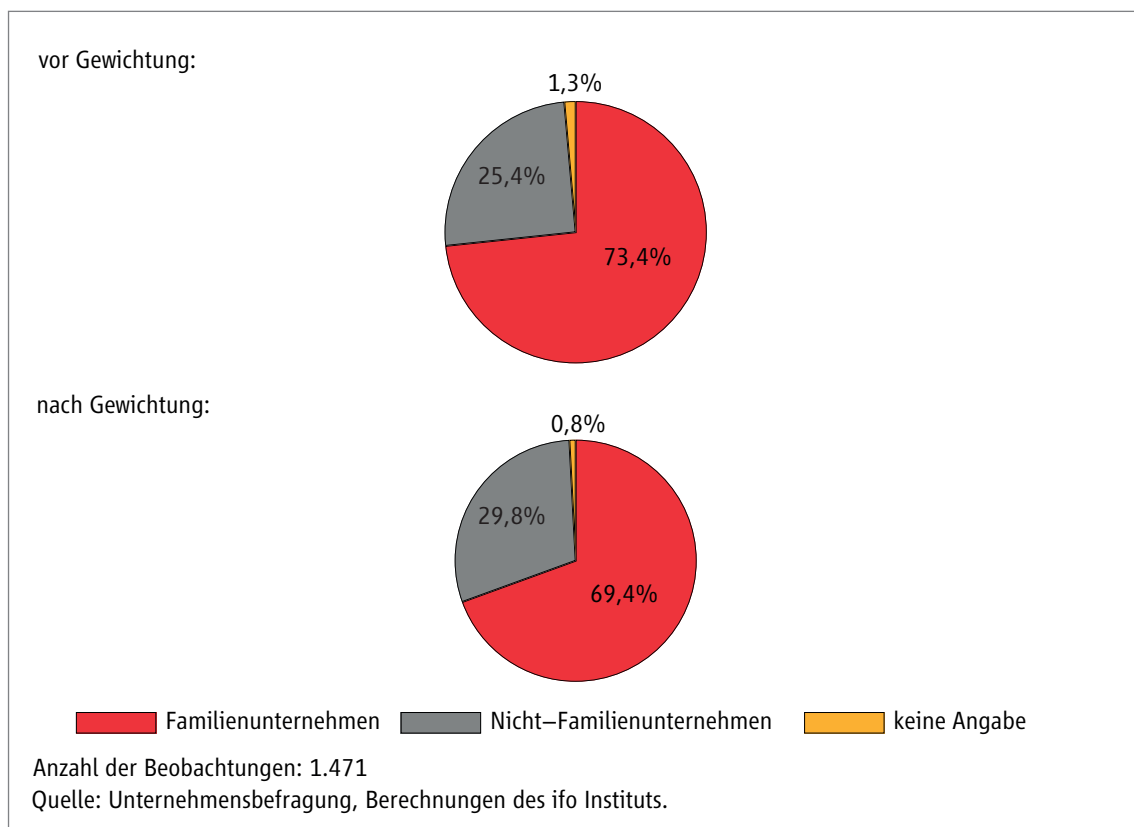
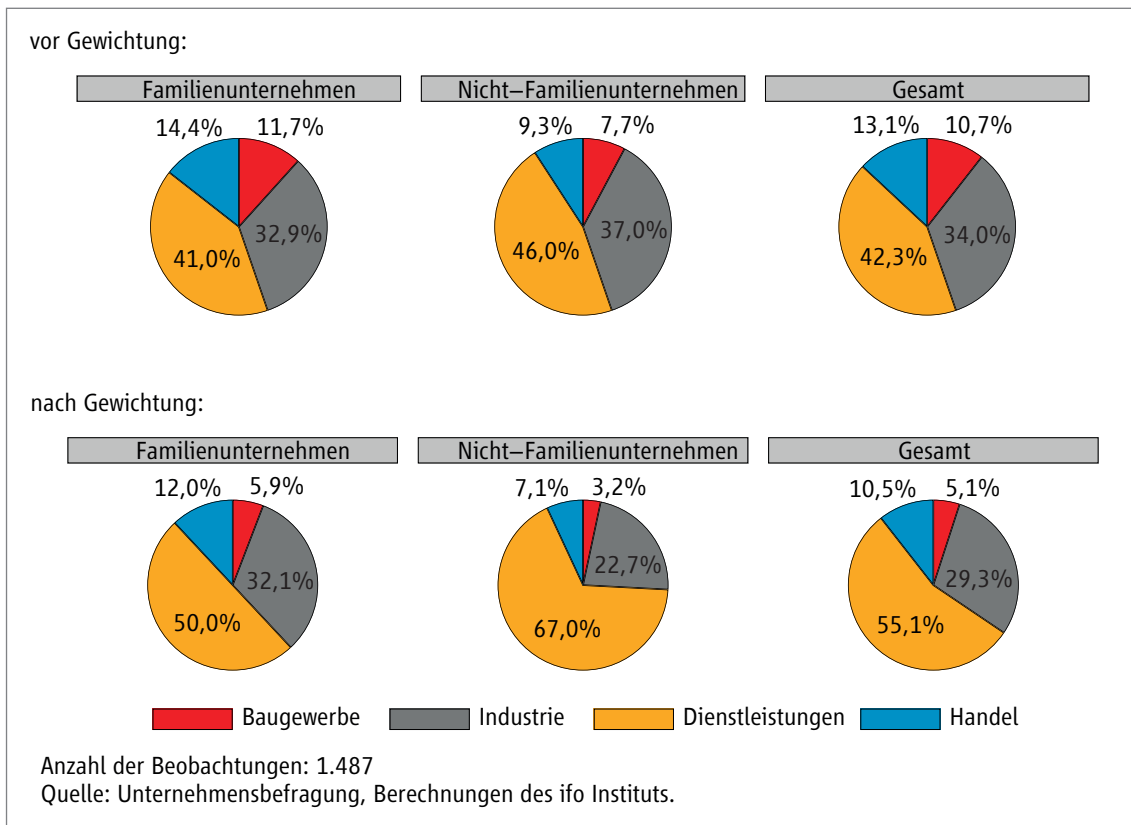


Abbildung 3: Verteilung der teilnehmenden Unternehmen über die Sektoren vor und nach dem Gewichtungsprozess



Insgesamt machen Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor⁸ den größten Anteil an der Befragung aus: 629 der 1.487 befragten Unternehmen gehören dem Dienstleistungssektor an. Das entspricht einem Anteil von 42,30 Prozent. Gut ein Drittel der befragten Unternehmen wird nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige (WZ 2008) als Industrieunternehmen⁹ eingestuft. Daneben gehören jeweils zehn bis 15 Prozent der Unternehmen dem Baugewerbe beziehungsweise dem Handel¹⁰ an. Die Verteilung für die Gruppe der Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen vor Gewichtung unterscheidet sich hierbei nicht wesentlich. Der Handel und das Baugewerbe sind bei den Familienunternehmen etwas überrepräsentiert, während relativ mehr Nicht-Familienunternehmen aus der Industrie und dem Dienstleistungssektor an der Befragung teilgenommen haben.

8 Zu dem Dienstleistungssektor gehören die folgenden Branchen nach WZ 2008 Klassifikation: Gastgewerbe; Information und Kommunikation; Finanz- und Versicherungsdienstleistungen; Grundstücks- und Wohnungswesen; Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen; Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen; Erziehung und Unterricht; Gesundheits- und Sozialwesen; Kunst, Unterhaltung und Erholung sowie Verkehr und Lagerei.

9 Unternehmen aus dem verarbeitendem Gewerbe, dem Bereich der Energie- und Wasserversorgung sowie dem Bergbau (Code B, C, D und E der Klassifikation der Wirtschaftszweige WZ 2008) wurden zum Industriegewerbe zusammengefasst.

10 Handel sowie Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (Code G nach WZ 2008)

Entsprechend ihrer volkswirtschaftlichen Bedeutung werden Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor im Rahmen des Gewichtungprozesses aufgewertet, während Unternehmen aus dem Baugewerbe und der Industrie weniger stark gewichtet werden. So gehen Dienstleister mit einem Gewicht von 55,1 Prozent, Industrieunternehmen mit 29,3 Prozent, der Handel mit 10,5 Prozent und das Baugewerbe mit 5,1 Prozent in das Gesamtergebnis ein. Deutliche Unterschiede ergeben sich im Hinblick auf die Sektorenverteilung der Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen. Während die Dienstleister 67 Prozent der Nicht-Familienunternehmen stellen, liegt der Anteil bei den Familienunternehmen lediglich bei 50 Prozent. Hingegen ist der Anteil der Industrieunternehmen bei den Familienunternehmen mit 32,1 Prozent etwa zehn Prozentpunkte höher als in der Gruppe der Nicht-Familienunternehmen. Die in Abbildung 2 dargestellte stärkere Gewichtung der Nicht-Familienunternehmen ist auf die beschriebene Sektorenverteilung zurückzuführen: Da die Gruppe der Dienstleister im Rahmen des Gewichtungprozesses aufgewertet wird und ein größerer Anteil der Dienstleistungsunternehmen unter den Nicht-Familienunternehmen zu finden ist, werden Nicht-Familienunternehmen in der Konsequenz stärker bei der Berechnung des Gesamtergebnisses berücksichtigt.

Abbildung 4: Verteilung der teilnehmenden Unternehmen nach Beschäftigtenzahlen vor und nach dem Gewichtungprozess

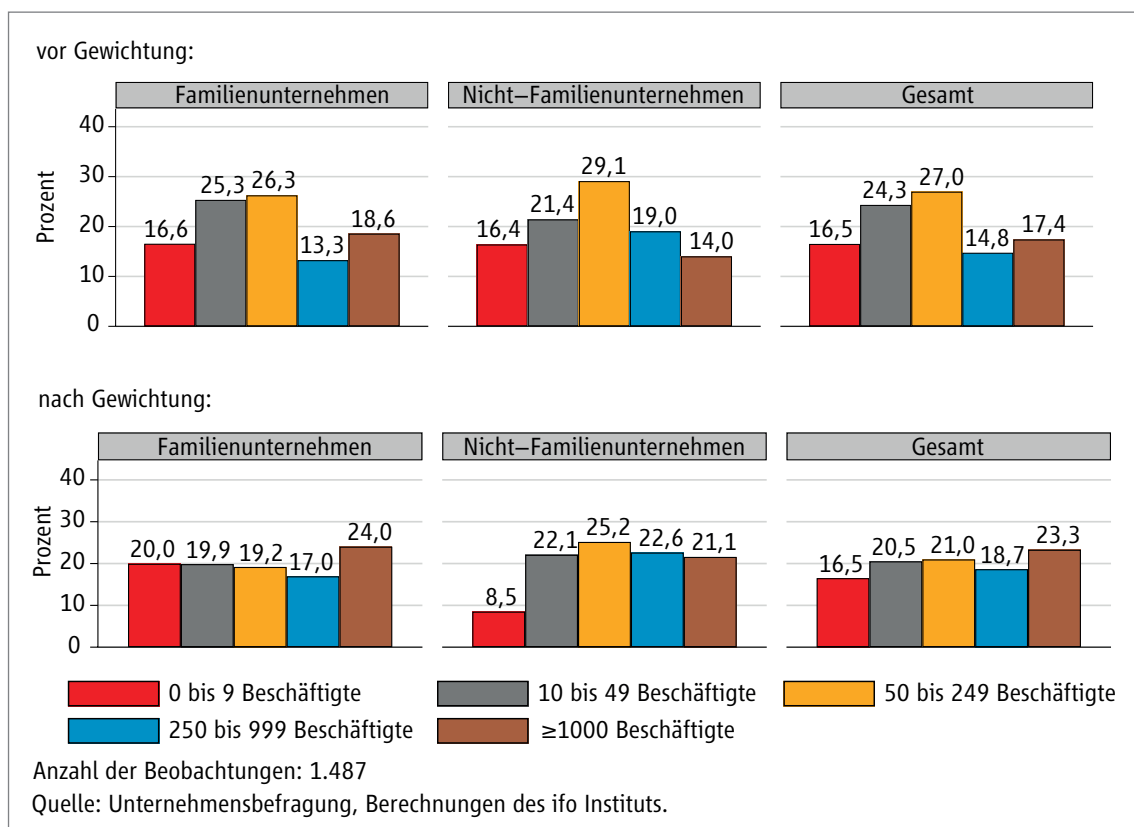


Abbildung 4 zeigt die Verteilung der Familienunternehmen, der Nicht-Familienunternehmen und der Gesamtheit der befragten Unternehmen nach Größenklassen gemessen durch die Beschäftigtenzahlen vor und nach dem Gewichtungprozess. Von den befragten Unternehmen gehören 16,5 Prozent der

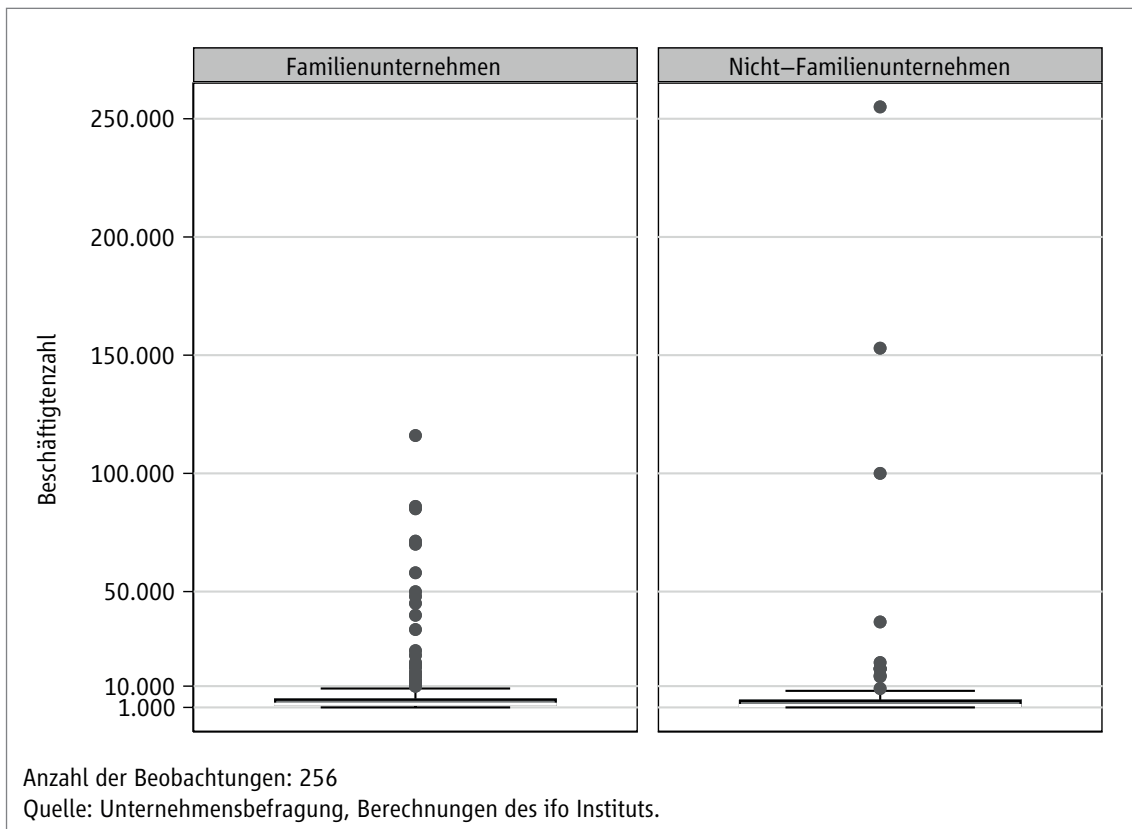
kleinsten Unternehmensgröße mit null bis neun Beschäftigten an. Den größten Anteil stellen die Unternehmen mit zehn bis 49 beziehungsweise 50 bis 249 Beschäftigten mit jeweils 24,3 und rund 27 Prozent. Unternehmen mit 250 bis 999 Mitarbeitern haben mit 14,8 Prozent weniger häufig an der Befragung teilgenommen. 17,4 Prozent der befragten Unternehmen beschäftigen sogar mehr als 1.000 Arbeitnehmer und gehören damit zu der Gruppe der größten Unternehmen. Insgesamt ist die Beteiligung von großen Unternehmen an der Befragung gemessen an der volkswirtschaftlichen Bedeutung dieser Gruppe allerdings etwas zu gering, sodass Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten im Zuge des Gewichtungsprozesses aufgewertet werden und in der Konsequenz etwas stärker in die Berechnung des Gesamtergebnisses einfließen. Der Anteil der Unternehmen mit 250 bis 999 Beschäftigten steigt von 14,8 Prozent auf 18,7 Prozent. Für die Unternehmensgruppe mit mehr als 1.000 Beschäftigten steigt der Anteilswert von 17,4 Prozent auf 23,3 Prozent.

Die Unterschiede zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen vor Gewichtung sind gering, allerdings verschieben sich die Anteile durch den Gewichtungprozess. Unternehmen mit null bis neun Beschäftigten sind in der Gruppe der Familienunternehmen deutlich häufiger vertreten als bei den Nicht-Familienunternehmen (20 Prozent vs. 8,5 Prozent). Gleichzeitig ist der Anteil der Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten nach Gewichtung in der Gruppe der Familienunternehmen mit 24 Prozent höher als bei den Nicht-Familienunternehmen mit 21,6 Prozent.

Darüber hinaus sind die in dieser Größenklasse enthaltenen Unternehmen in der Gruppe der Familienunternehmen oftmals größer – gemessen an den Beschäftigtenzahlen – als die Nicht-Familienunternehmen in derselben Gruppe. Die Verteilung der Beschäftigtenzahlen für die befragten Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten wird in Abbildung 5 sowohl für die Familienunternehmen als auch Nicht-Familienunternehmen dargestellt. Zwar gehört das Unternehmen mit den meisten Beschäftigten (etwa 250.000) zu der Gruppe der Nicht-Familienunternehmen. Insgesamt ist die Anzahl der Unternehmen mit 10.000 bis 100.000 Beschäftigten in der Gruppe der Familienunternehmen aber deutlich höher. Dementsprechend liegt der Median¹¹ in der Gruppe mit mehr als 1.000 Beschäftigten bei den Familienunternehmen mit einem Wert von 3.000 deutlich höher als bei den Nicht-Familienunternehmen mit einem Wert von 2.000. Die Familienunternehmen in dieser Größenklasse sind also größer als die Nicht-Familienunternehmen in derselben Größenklasse.

11 Der Median ist jener Wert, bei dem jeweils die Hälfte der Beobachtungen oberhalb bzw. unterhalb dieses Wertes liegt. In diesem Fall bedeutet der Medianwert von 3.000 für die Familienunternehmen, dass die Hälfte der Familienunternehmen in der Gruppe mit mehr als 1.000 Beschäftigten weniger als 3.000 Beschäftigte hat. Bei den Nicht-Familienunternehmen liegt der Medianwert in der Gruppe der Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten bei 2.000, d. h. die Hälfte der Nicht-Familienunternehmen in dieser Gruppe beschäftigt weniger als 2.000 Mitarbeiter.

Abbildung 5: Verteilung der befragten Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten



Je nach Größenklasse ergeben sich zum Teil auch deutliche Unterschiede in der Zusammensetzung der Unternehmen über die Sektoren beziehungsweise Branchen wie in Abbildung 6 zu sehen ist. Der Anteil der Industrieunternehmen ist in der Gruppe der Familienunternehmen generell größer als bei den Nicht-Familienunternehmen. Im Gegensatz hierzu liegt der Anteil der Dienstleistungsunternehmen bei den Nicht-Familienunternehmen deutlich höher als bei den Familienunternehmen. Besonders deutlich ist der Unterschied bspw. bei den Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten: 41,9 Prozent der Familienunternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten gehören der Gruppe der Industrieunternehmen an. Bei den Nicht-Familienunternehmen in dieser Größenklasse liegt der Anteil hingegen nur bei 24,9 Prozent. Gleichzeitig gehören 68,5 Prozent der Nicht-Familienunternehmen in dieser Größenklasse dem Dienstleistungssektor an. Bei den Familienunternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten liegt der Anteil lediglich bei 48,6 Prozent.

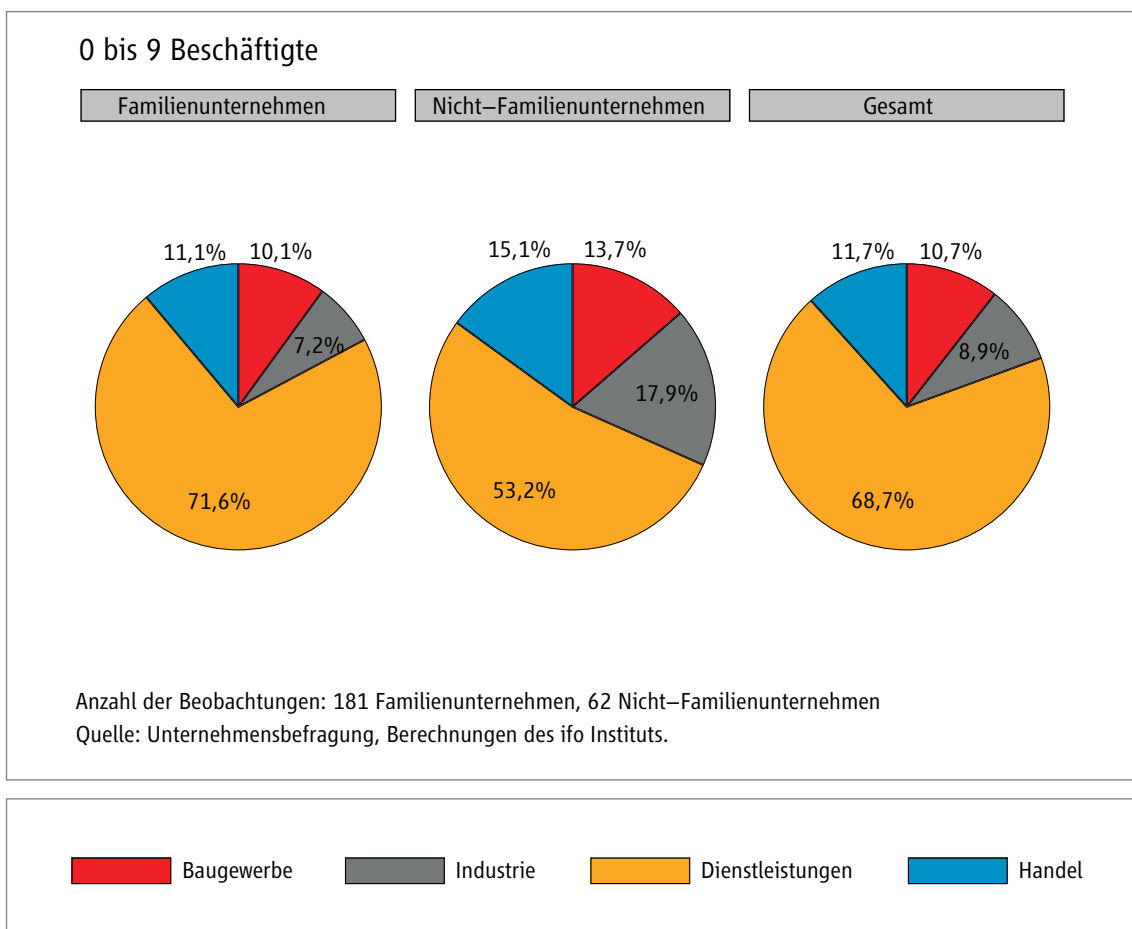
Für die Gruppe der Unternehmen mit null bis neun Beschäftigten gilt dieser Sachverhalt allerdings nicht: Der Anteil der Industrieunternehmen ist bei den Nicht-Familienunternehmen mit 17,9 Prozent höher als bei den Familienunternehmen mit 7,2 Prozent, während der Anteil der Dienstleister bei den Familienunternehmen größer als bei den Nicht-Familienunternehmen ist.

Darüber hinaus muss festgehalten werden, dass sich zum Teil deutliche Unterschiede zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen im Hinblick auf die Zusammensetzung der Branchen

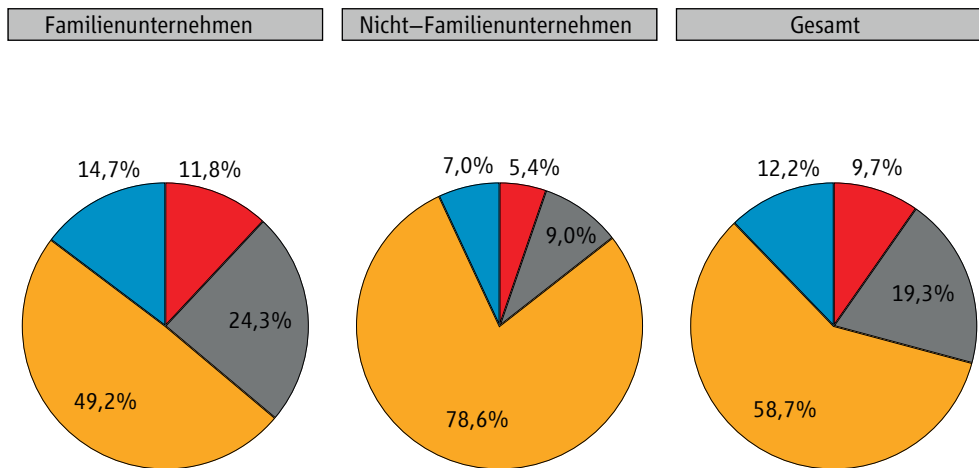
innerhalb eines Sektors ergeben. Zu beachten ist insbesondere, dass Unternehmen sowohl aus dem verarbeitenden Gewerbe, dem Bergbau und dem Bereich der Energie- und Wasserversorgung als Industrieunternehmen klassifiziert werden. Während bei den Familienunternehmen besonders viele Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe vertreten sind (etwa ein Drittel der Familienunternehmen wird dem verarbeitendem Gewerbe zugeordnet), liegt der Anteil der Unternehmen aus dem Bereich der Energie- und Wasserversorgung bei den Nicht-Familienunternehmen überproportional hoch (bei den Nicht-Familienunternehmen liegt der Anteil bei etwa neun Prozent, bei den Familienunternehmen bei knapp einem Prozent). Dementsprechend geringer ist der Anteil des verarbeitenden Gewerbes an der Industrie bei den Nicht-Familienunternehmen mit etwa 13 Prozent.

Im Hinblick auf den Dienstleistungssektor müssen ebenfalls Unterschiede festgehalten werden: Das Gesundheits- und Sozialwesen wird dominiert von Nicht-Familienunternehmen. 21 Prozent der Nicht-Familienunternehmen werden diesem Wirtschaftszweig zugeordnet. Familienunternehmen gehören deutlich seltener diesem Wirtschaftszweig an: Der Anteil der Unternehmen aus dem Gesundheits- und Sozialwesen liegt bei den Familienunternehmen bei knapp drei Prozent. Lediglich in der Gruppe mit null bis neun Beschäftigten trifft dies nicht zu: Hier sind Unternehmen aus dem Bereich Gesundheit sowie dem Grundstücks- und Wohnungswesen überproportional häufig vertreten.

Abbildung 6: Verteilung der befragten Unternehmen nach Sektoren und Größenklassen

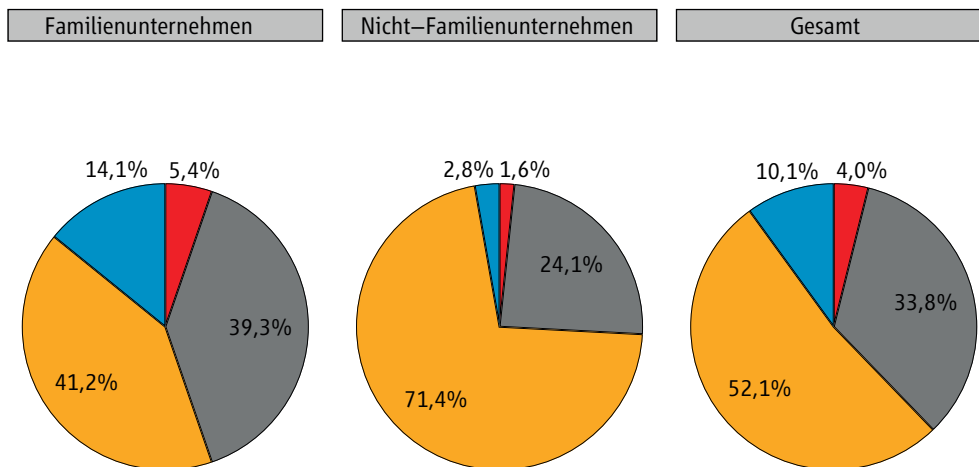


10 bis 49 Beschäftigte



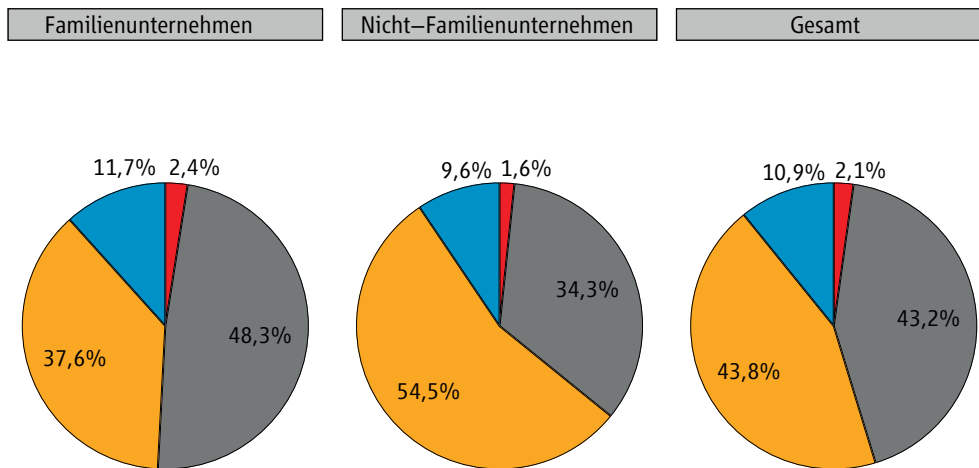
Anzahl der Beobachtungen: 277 Familienunternehmen, 81 Nicht-Familienunternehmen
Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts.

50 bis 249 Beschäftigte



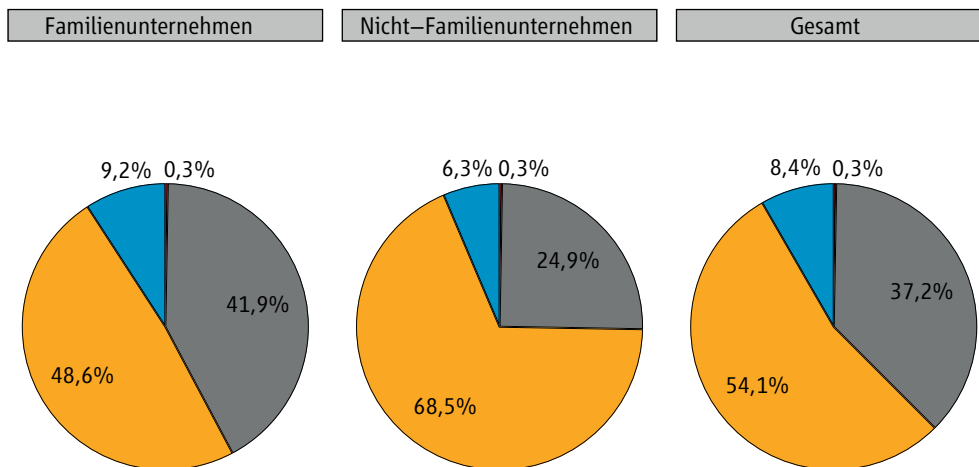
Anzahl der Beobachtungen: 287 Familienunternehmen, 110 Nicht-Familienunternehmen
Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts.

250 bis 999 Beschäftigte



Anzahl der Beobachtungen: 145 Familienunternehmen, 72 Nicht-Familienunternehmen
 Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts.

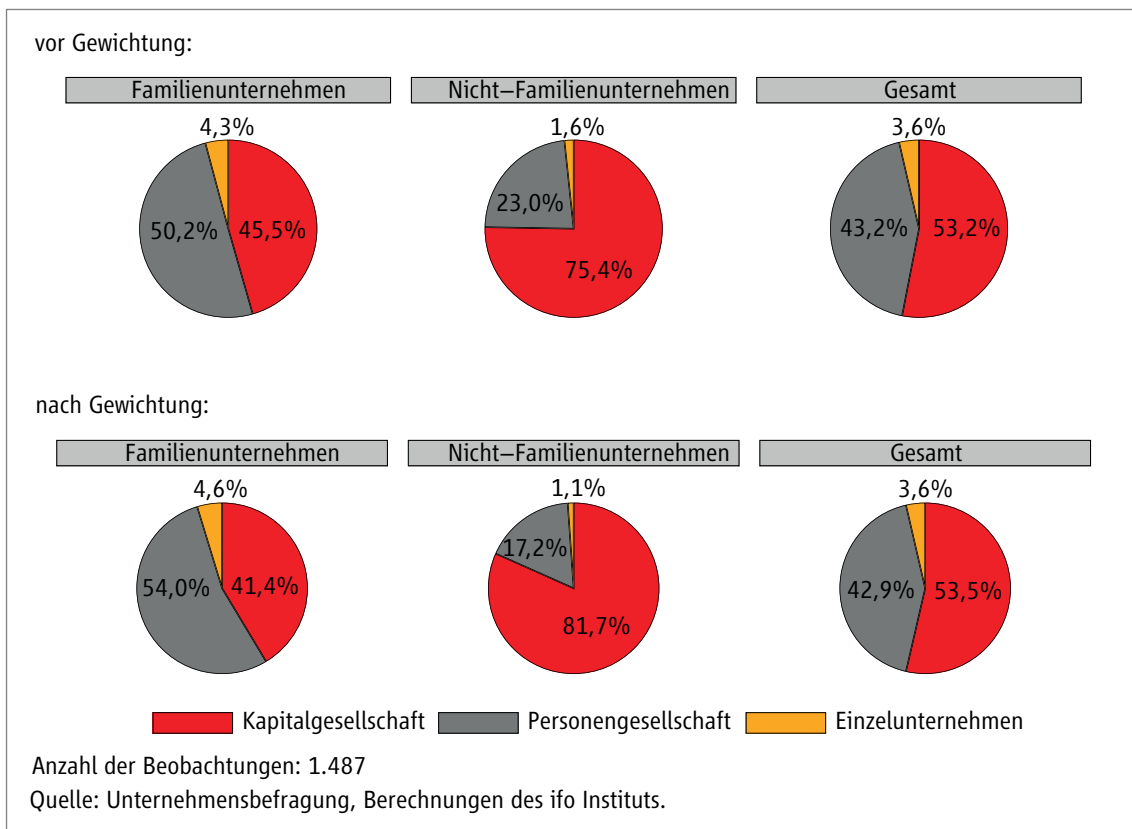
≥ 1.000 Beschäftigte



Anzahl der Beobachtungen: 203 Familienunternehmen, 53 Nicht-Familienunternehmen
 Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 7 zeigt schlussendlich die Verteilung der teilnehmenden Unternehmen nach Rechtsform. Von den befragten Unternehmen gehören insgesamt 53,4 Prozent zu den Kapitalgesellschaften,¹² 43 Prozent werden der Gruppe der Personengesellschaften¹³ zugeordnet und bei knapp vier Prozent der befragten Unternehmen handelt es sich um Einzelunternehmen. Der Anteil der Kapitalgesellschaften bei den Nicht-Familienunternehmen ist mit 75,4 Prozent deutlich größer als bei den Familienunternehmen mit 45,7 Prozent. Im Kontrast dazu gehören deutlich mehr Familienunternehmen den Personengesellschaften und Einzelunternehmen an.

Abbildung 7: Verteilung der Unternehmen nach Rechtsform vor und nach dem Gewichtungprozess



12 Zu den Kapitalgesellschaften gehören bspw. die Aktiengesellschaften (z. B. AG), die Gesellschaften mit beschränkter Haftung (GmbH und Limited) und die Kommanditgesellschaften auf Aktien (z. B. KGaA, GmbH & Co. KGaA, AG & Co. KGaA).

13 Die offene Handelsgesellschaft (OHG) und die Kommanditgesellschaften (z. B. KG, AG & Co. KG, UG (haftungsbeschränkt) & Co. KG, KG & Co. KG, GbR & Co. KG sowie die Sonderform der GmbH & Co. KG) werden unter anderem als Personengesellschaften bezeichnet.

C Ergebnisse der Unternehmensbefragung

Im Folgenden werden die Ergebnisse der Umfrage vorgestellt. Der Fragebogen der diesjährigen Unternehmensbefragung ist in Abbildung 37 im Anhang abgebildet. Zur besseren Lesbarkeit werden die Fragen in den Ergebnisgrafiken nochmals wiederholt. Grundsätzlich werden jeweils die Ergebnisse für alle Teilnehmer dargestellt sowie jene für die Gruppe der Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen. Soweit es sich anbietet, werden auch weitere Ergebnisse nach Größenklasse oder Branche dargestellt.

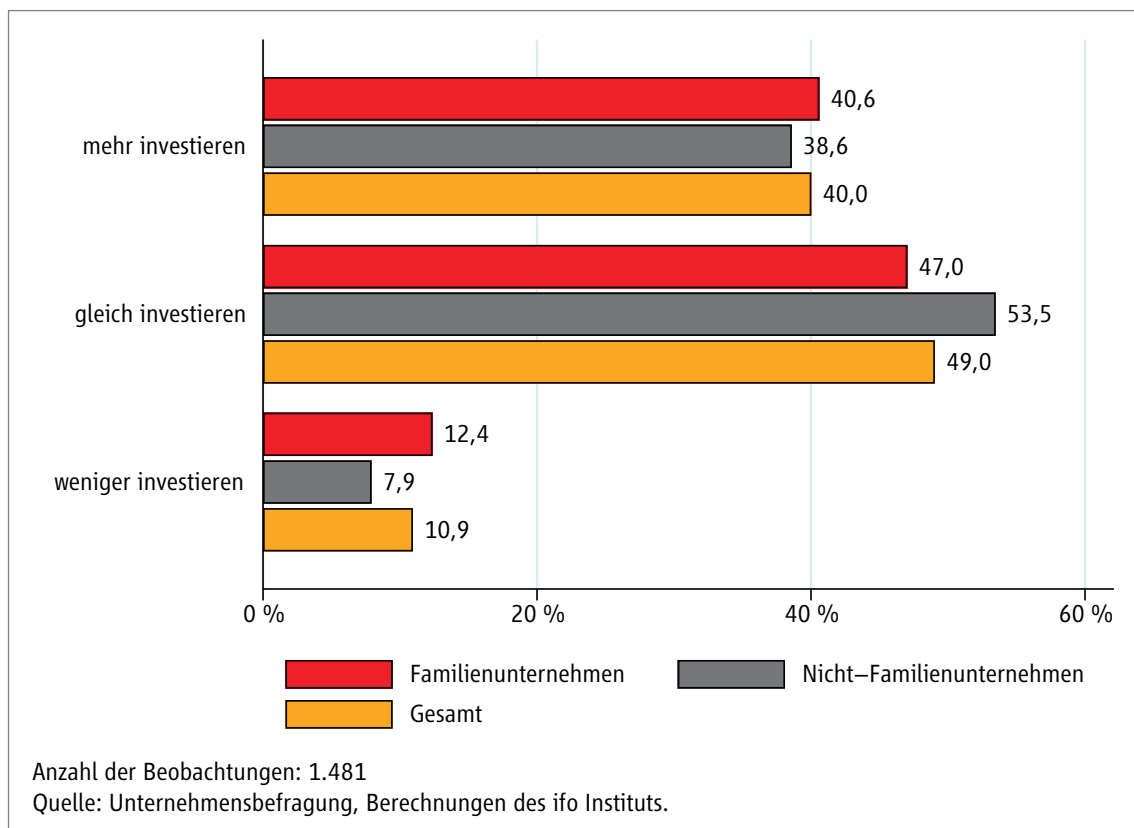
Generell kann aus der Umfrage geschlossen werden: Deutschland ist als Investitionsstandort für Firmen weiter attraktiv. Nichtsdestoweniger legen die Ergebnisse der Unternehmensbefragung nahe: Das Investitionspotenzial Deutschlands wird nicht voll ausgeschöpft. Die derzeitige gute konjunkturelle Lage und die anhaltend günstigen Finanzierungsbedingungen bieten beste Voraussetzungen für eine rege Investitionstätigkeit der deutschen Unternehmen – dies gilt in gleichem Maße für die Familienunternehmen als auch für Nicht-Familienunternehmen.

I. Entwicklung der Investitionen

Abbildung 8 stellt die Ergebnisse für die Frage nach der Investitionstätigkeit der Unternehmen im Jahr 2017 dar. Von den befragten Unternehmen geben 40 Prozent an, dass sie im Jahr 2017 im Vergleich zum Jahr 2016 voraussichtlich mehr investieren. 49 Prozent beabsichtigen eine ähnlich hohe Investitionstätigkeit wie schon im vorangegangenen Jahr. Immerhin elf Prozent werden in diesem Jahr insgesamt weniger im In- oder Ausland investieren.

Abbildung 8: Investitionstätigkeit 2017

Frage 1: Wir werden im Jahr 2017 im Vergleich zum Jahr 2016 voraussichtlich...

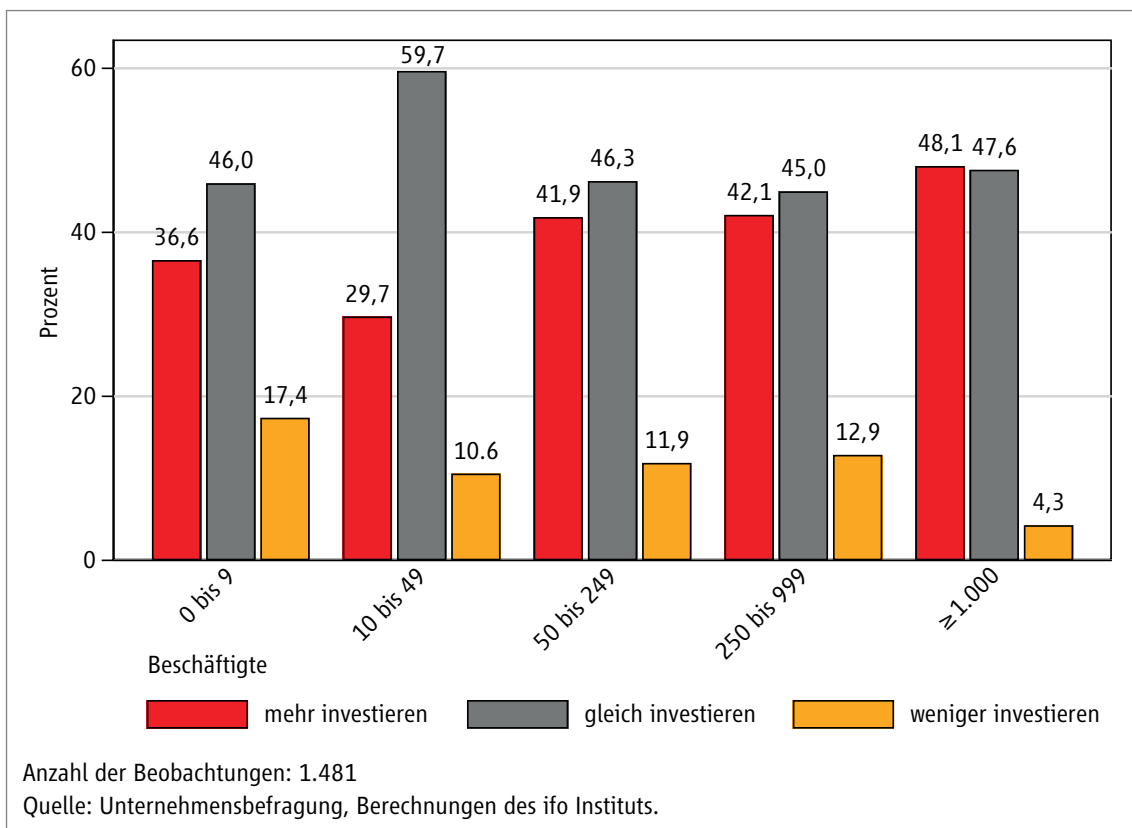


Der Anteil der Unternehmen mit steigenden Investitionen ist bei den Familienunternehmen geringfügig größer als bei den Nicht-Familienunternehmen. Jedoch liegt der Anteil der Unternehmen mit sinkenden Investitionen in der Gruppe der Familienunternehmen mit 12,4 Prozent ebenfalls höher als bei den Nicht-Familienunternehmen.

Generell gilt: Größere Unternehmen wollen ihre Investitionen in diesem Jahr deutlich häufiger steigern als Unternehmen mit einer geringen Beschäftigtenzahl (vgl. Abbildung 9). Umgekehrt werden kleinere Unternehmen (gemessen an der Beschäftigtenzahl) ihre Investitionen voraussichtlich häufiger zurückfahren als große Unternehmen. Während 36,6 Prozent der Unternehmen mit null bis neun sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Jahr mehr investieren wollen (im Vergleich zu 2016), liegt der Anteil in der Gruppe der Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten bei 48,1 Prozent. Gleichzeitig nimmt der Anteil jener Unternehmen, welche 2017 voraussichtlich weniger investieren werden als noch im Vorjahr mit steigender Beschäftigtenzahl von 17,4 Prozent auf etwa 4,3 Prozent ab.

Abbildung 9: Investitionstätigkeit 2017 nach Beschäftigtenzahlen

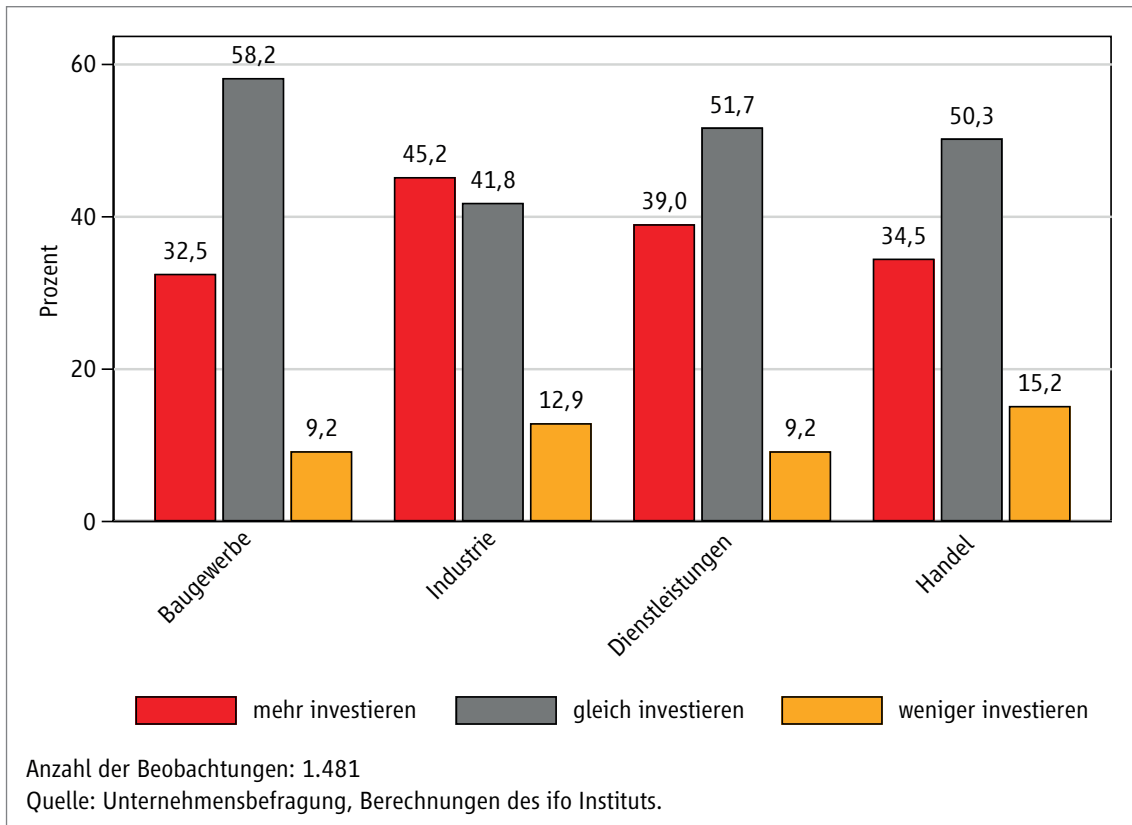
Frage 1: Wir werden im Jahr 2017 im Vergleich zum Jahr 2016 voraussichtlich...



Im Hinblick auf Sektor spezifische Unterschiede ergibt sich folgendes Bild: Die Investitionstätigkeiten in der Industrie und dem Dienstleistungssektor werden 2017 tendenziell stärker ausgeweitet als im Baugewerbe oder dem Handel (vgl. Abbildung 10). Im Vergleich: 45,2 Prozent der Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe werden 2017 mehr investieren als im Jahr 2016. Im Baugewerbe liegt der Anteil lediglich bei etwa 32,5 Prozent.

Abbildung 10: Investitionstätigkeit 2017 nach Sektoren

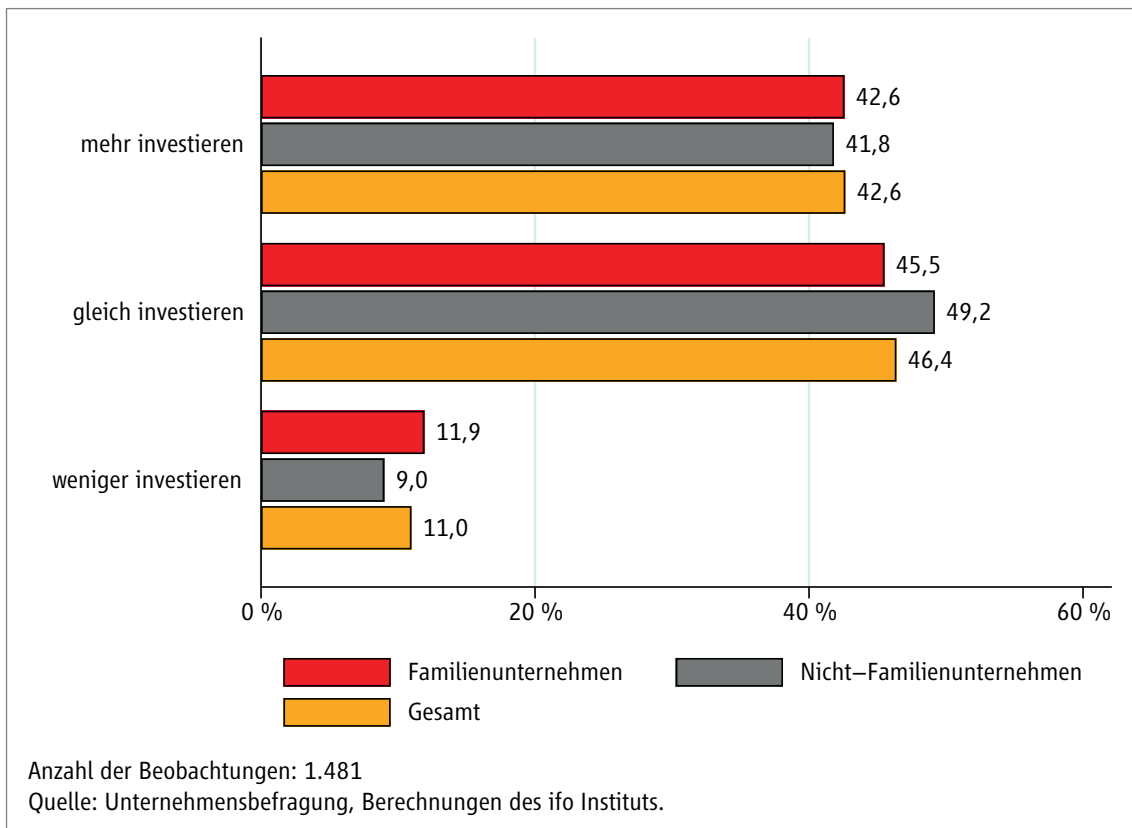
Frage 1: Wir werden im Jahr 2017 im Vergleich zum Jahr 2016 voraussichtlich...



In Bezug auf die Entwicklung der Investitionen in der Zukunft zeichnet sich folgendes Bild: Knapp die Hälfte der Unternehmen beabsichtigt in den nächsten fünf Jahren eine ähnlich hohe Investitionstätigkeit wie im Jahr 2016 (vgl. Abbildung 11). Erneut geben elf Prozent der Unternehmen an, dass sie voraussichtlich weniger investieren. 42,3 Prozent der befragten Unternehmen wollen in den nächsten fünf Jahren mehr investieren. Die Ergebnisse sind damit sehr ähnlich zu den Investitionstätigkeiten der Unternehmen im Jahr 2017 und lassen darauf schließen, dass die Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen weiterhin gutes Vertrauen in die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland haben.

Abbildung 11: Investitionsplanungen

Frage 2: Im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre werden wir voraussichtlich (...) als 2016.



Der Anteil der Familienunternehmen mit steigenden Investitionen in den nächsten fünf Jahren ist unwesentlich größer als jener Anteil der Nicht-Familienunternehmen. Umgekehrt geben im Verhältnis erneut mehr Familienunternehmen als Nicht-Familienunternehmen an, weniger investieren zu wollen.

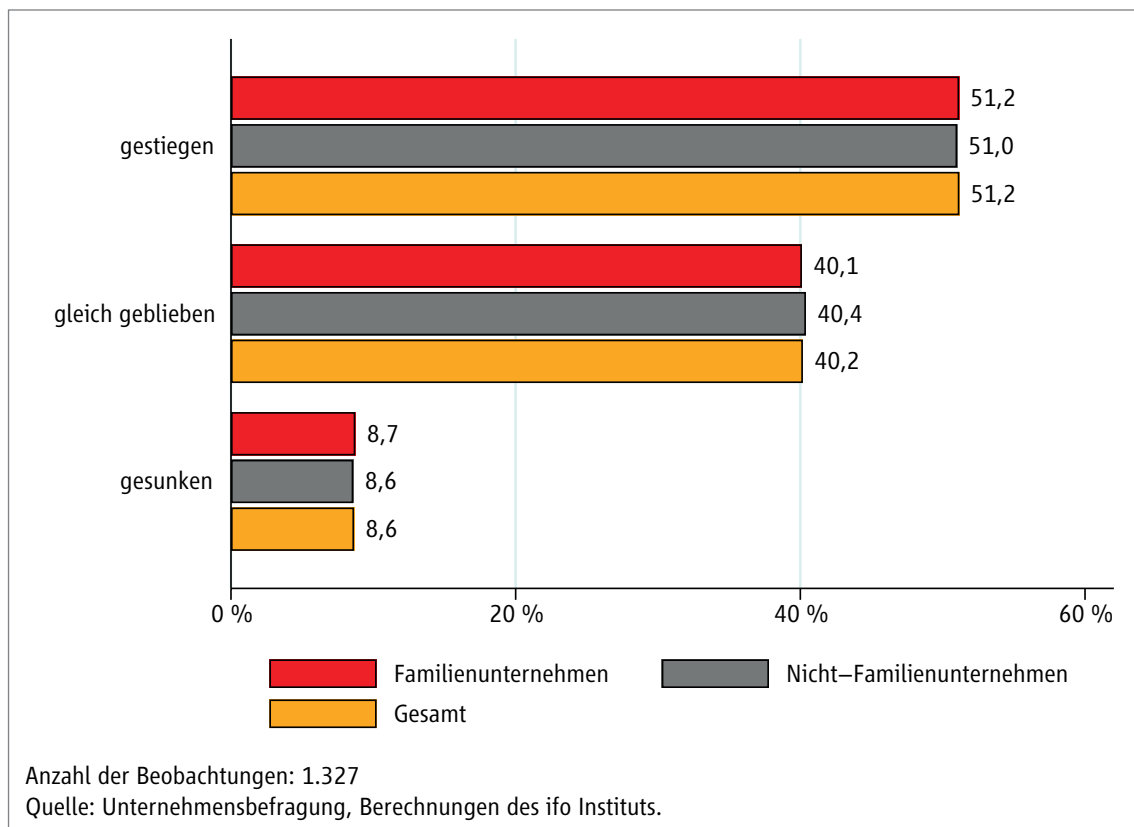
II. Investitionen in Deutschland

Im Hinblick auf die Entwicklung der Investitionen in Deutschland zeigt sich: Deutschland bleibt als Investitionsstandort weiter attraktiv.

Abbildung 12 veranschaulicht die Entwicklung der Investitionstätigkeit in Deutschland. Bei mehr als der Hälfte der befragten Unternehmen ist der Anteil der Investitionen in Deutschland über die letzten fünf Jahre angestiegen. 40,2 Prozent der Unternehmen verzeichneten dieses Jahr ein ähnliches Niveau an Investitionen in Deutschland im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren. Lediglich 8,6 Prozent der deutschen Unternehmen registrierten einen anteilmäßigen Rückgang ihrer Investitionen in Deutschland.

Abbildung 12: Investitionstätigkeit in Deutschland

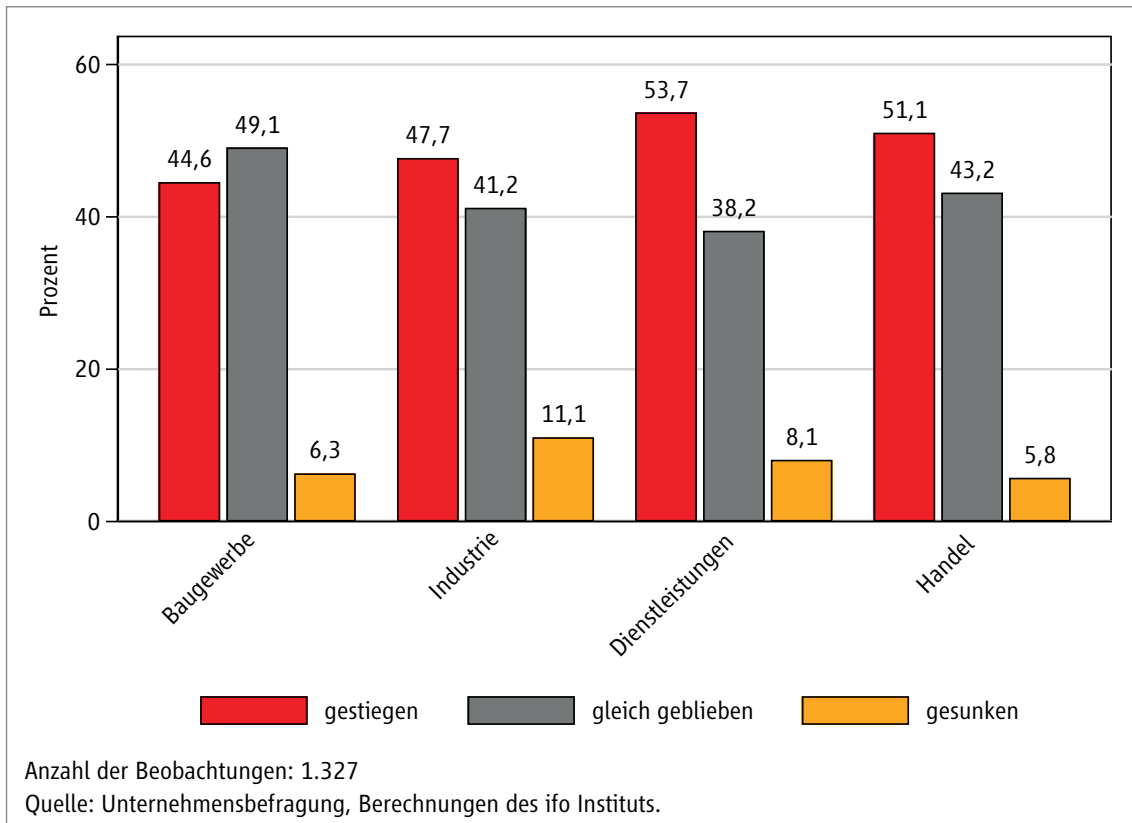
Frage 8: Der Anteil Ihrer Investitionen in Deutschland ist in den letzten fünf Jahren...



Und während die Industrieunternehmen ihre Investitionen 2017 im In- und Ausland deutlich häufiger ausweiten wollen als Unternehmen des Baugewerbes, zeichnet sich für Deutschland ein anderes Bild ab. Der Anteil der Investitionen in Deutschland in den letzten fünf Jahren ist im Industriesektor am stärksten gesunken (vgl. Abbildung 13).

Abbildung 13: Investitionstätigkeit in Deutschland nach Sektoren

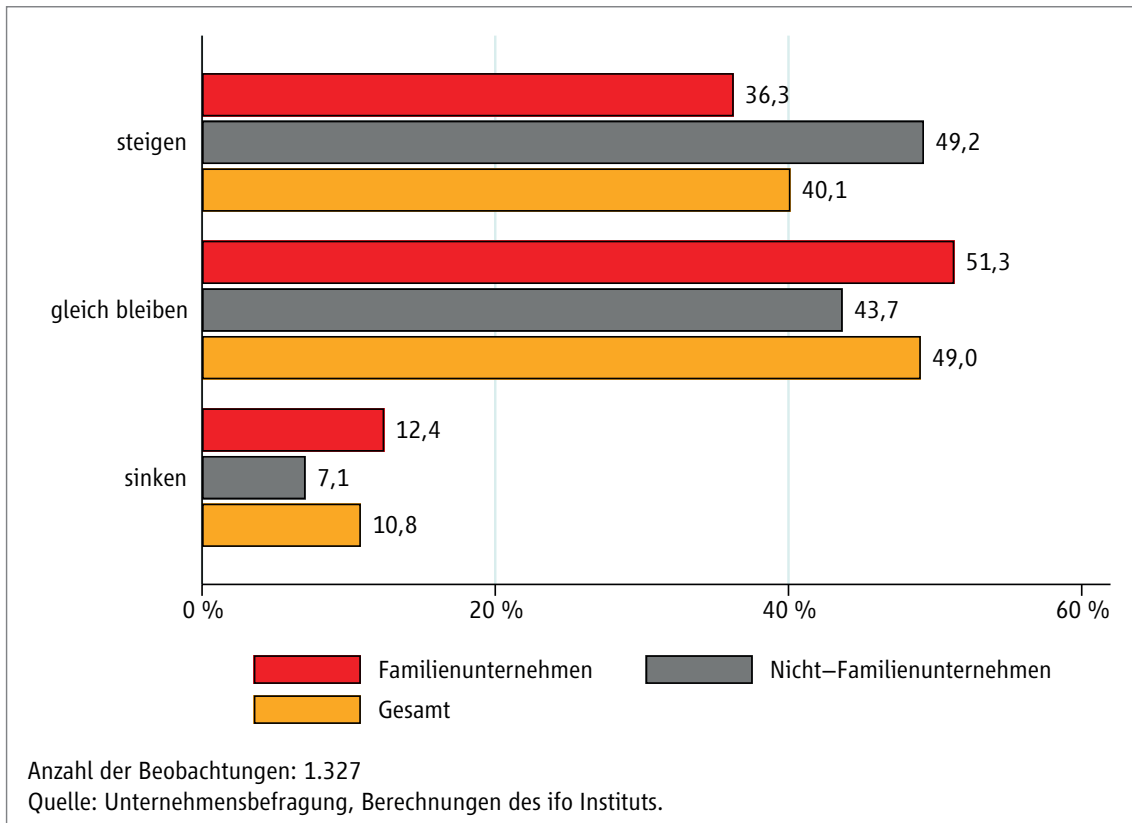
Frage 8: Der Anteil Ihrer Investitionen in Deutschland ist in den letzten fünf Jahren...



Der Trend für die Zukunft? Eine große Anzahl an Unternehmen beabsichtigt, zukünftig noch mehr in Deutschland zu investieren (vgl. Abbildung 14). Von den befragten Unternehmen geben 40 Prozent an, den Anteil der Investitionen in Deutschland steigern zu wollen, 49 Prozent streben in den nächsten Jahren ein ähnliches Niveau an und 10,8 Prozent werden voraussichtlich (gemessen an den Gesamtinvestitionen) weniger in Deutschland investieren.

Abbildung 14: Investitionsplanungen für Deutschland

Frage 8: Der Anteil Ihrer Investitionen in Deutschland wird in den nächsten Jahren...



In diesem Zusammenhang ist besonders der Vergleich zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen interessant: Während 49,2 Prozent der Nicht-Familienunternehmen beabsichtigen, in den nächsten Jahren verstärkt in Deutschland zu investieren, planen von den Familienunternehmen nur 36,3 Prozent eine Ausweitung der Investitionstätigkeiten in Deutschland relativ zu den Gesamtinvestitionen. Die unterschiedlichen Investitionsaktivitäten der Unternehmensgruppen in Deutschland gehen in diesem Kontext vor allem auf unterschiedliche Größenstrukturen und Branchen beziehungsweise Sektoren der Unternehmen zurück.

Generell kann festgehalten werden: Investitionsmotoren der deutschen Wirtschaft sind insbesondere Unternehmen mittlerer Größe (vgl. Abbildung 15 und Abbildung 16). Die Unternehmen mit 50 bis 249 Beschäftigten haben ihre Investitionen in Deutschland in den letzten fünf Jahren anteilmäßig am häufigsten ausgeweitet (vgl. Abbildung 15). Daneben haben viele Unternehmen mit mehr als 250 beziehungsweise 1.000 Beschäftigten ihre Investitionsaktivitäten in Deutschland in der Vergangenheit ausgeweitet. In der Gruppe der Unternehmen mit null bis neun Beschäftigten hingegen ist der Anteil der Unternehmen, deren Investitionen in den letzten Jahren in Deutschland anteilmäßig erhöht wurden, am geringsten.

Abbildung 15: Investitionstätigkeit in Deutschland nach Beschäftigtenzahlen

Frage 8: Der Anteil Ihrer Investitionen in Deutschland ist in den letzten fünf Jahren...

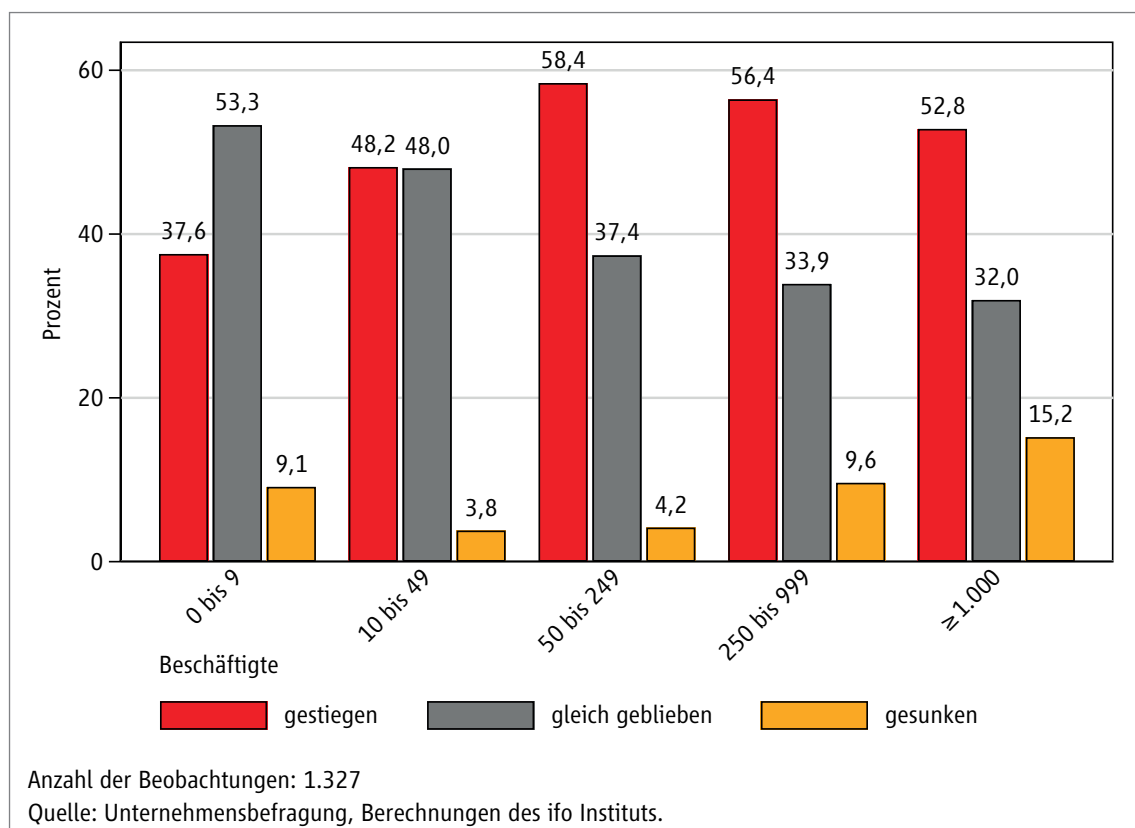
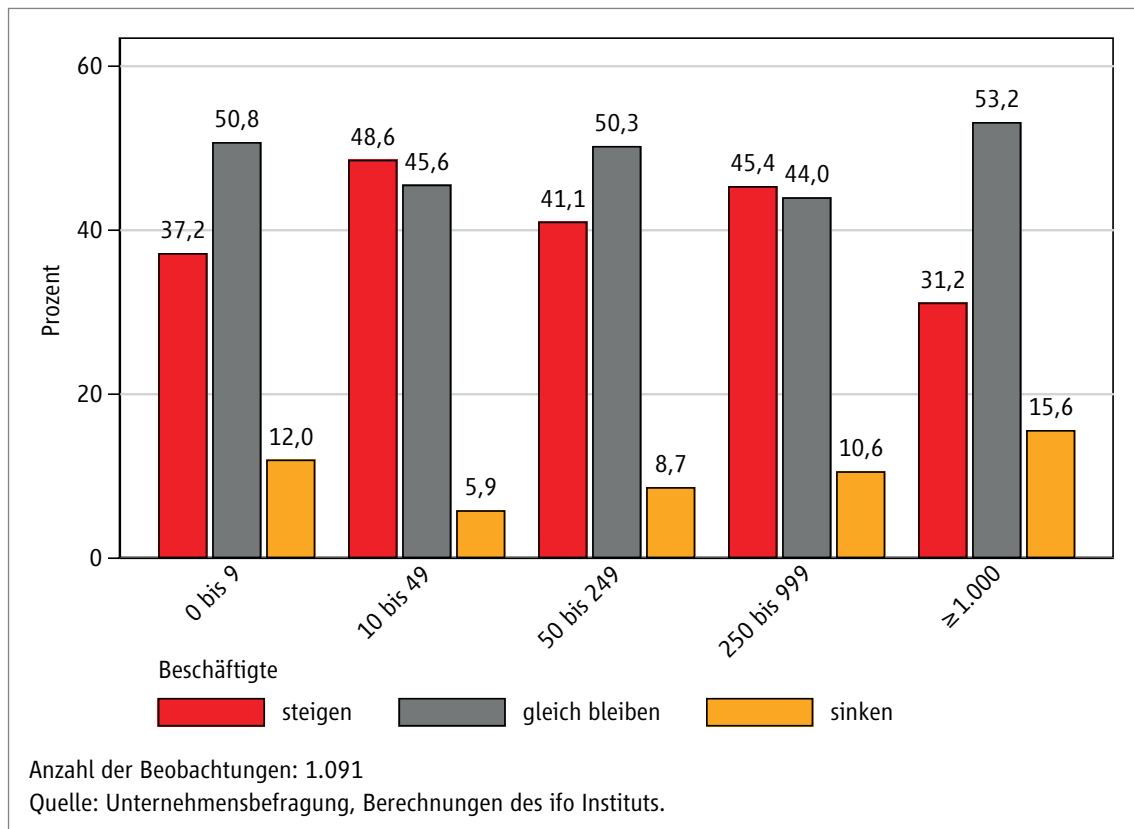


Abbildung 16: Investitionsplanungen für Deutschland nach Beschäftigtenzahlen

Frage 8: Der Anteil Ihrer Investitionen in Deutschland wird in den nächsten Jahren...

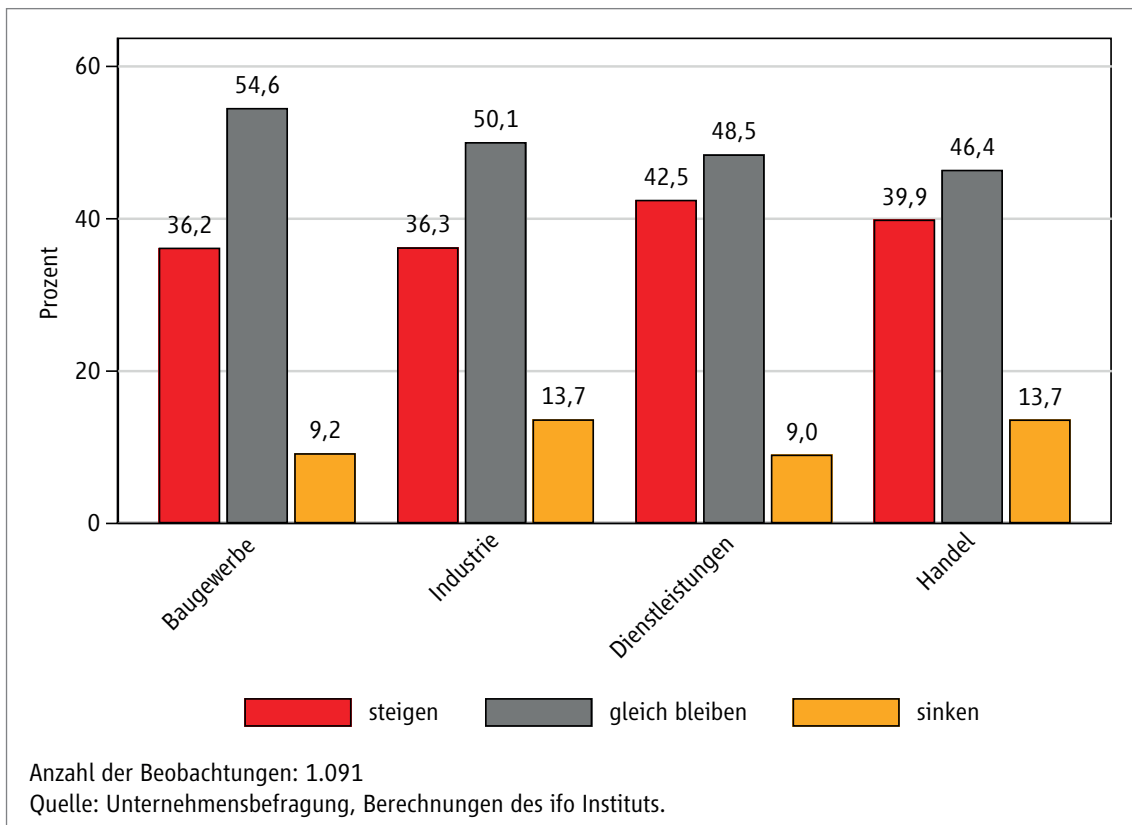


Im Hinblick auf die Entwicklung der Investitionstätigkeiten in Deutschland für die Zukunft ergibt sich ein leicht verändertes Bild. Investitionsmotoren der deutschen Wirtschaft bleiben Unternehmen mittlerer Größe (vgl. Abbildung 16). Sowohl die kleinsten als auch die größten Unternehmen (gemessen an der Beschäftigtenzahl) wollen ihre Investitionen in Deutschland in den nächsten Jahren im Durchschnitt weniger häufig ausbauen. Interessant ist in diesem Zusammenhang insbesondere das veränderte Investitionsverhalten der sehr großen Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten: In den letzten Jahren haben noch mehr als 50 Prozent der Unternehmen dieser Gruppe ihre Investitionen in Deutschland gesteigert. In Zukunft planen dies nur etwa 30 Prozent der Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten. Der geringere Anteil der Familienunternehmen mit steigenden Investitionen in Deutschland in den nächsten Jahren ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass die Gruppe der Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten bei den Familienunternehmen besonders stark vertreten ist.

Darüber hinaus wird das unterschiedliche Investitionsverhalten auch durch die verschiedene Branchen-
zusammensetzung der Familienunternehmen beziehungsweise Nicht-Familienunternehmen beeinflusst.
Der Anteil der Industrieunternehmen an den Familienunternehmen ist relativ groß, während Nicht-
Familienunternehmen deutlich häufiger dem Dienstleistungssektor angehören. Gleichzeitig planen
deutlich mehr Dienstleistungsunternehmen als Industrieunternehmen ihre Investitionen in Deutschland
auszuweiten (vgl. Abbildung 17).

Abbildung 17: Investitionsplanungen für Deutschland nach Sektoren

Frage 8: Der Anteil Ihrer Investitionen in Deutschland wird in den nächsten Jahren...

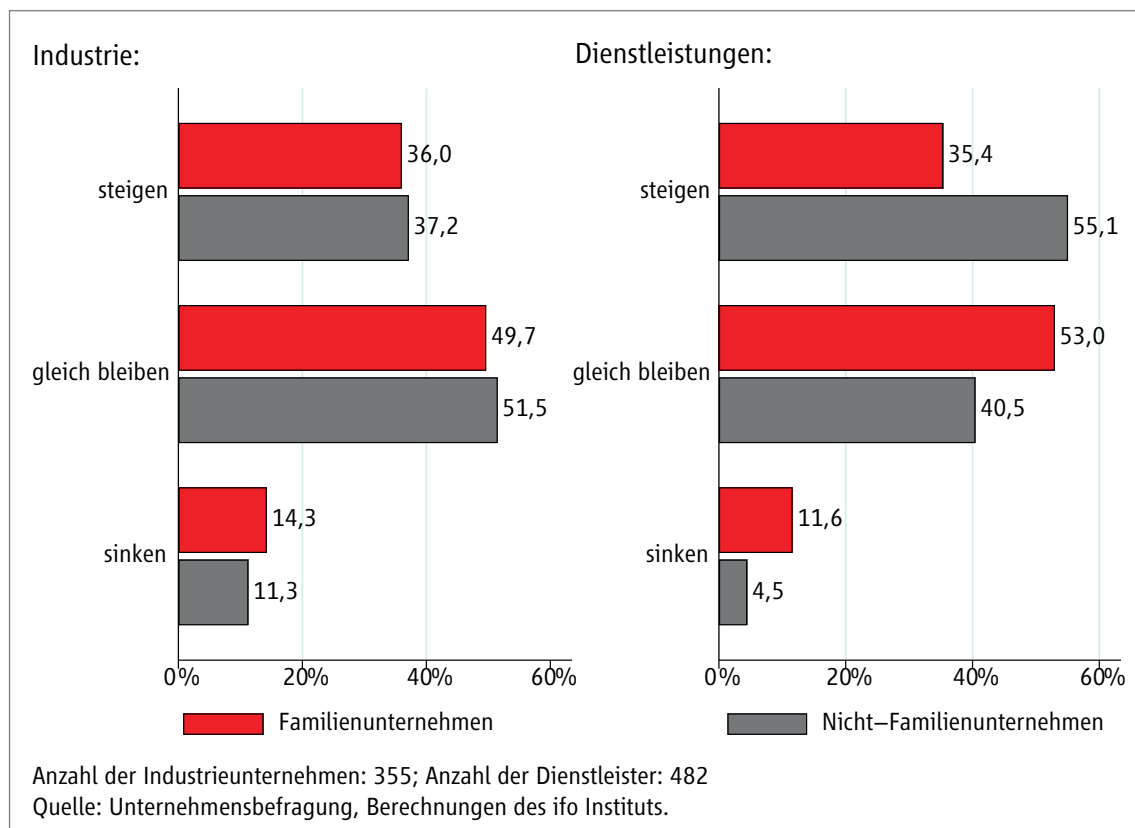


Das Investitionsverhalten der industriellen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen im Hinblick auf den deutschen Standort weist dementsprechend große Ähnlichkeiten auf (vgl. Abbildung 18). 36 Prozent der industriellen Familienunternehmen planen ihre Investitionen in Deutschland in den nächsten Jahren zu steigern. Bei den industriellen Nicht-Familienunternehmen liegt der Anteil bei 37,2 Prozent.

Ein Vergleich der Familienunternehmen beziehungsweise Nicht-Familienunternehmen des Dienstleistungssektors (siehe Abbildung 18) zeigt allerdings auch, dass die Unterschiede nicht nur auf die höhere Konzentration an Industrieunternehmen in der Gruppe der Familienunternehmen beziehungsweise den geringeren Anteil an Dienstleistungsunternehmen bei den Familienunternehmen zurückzuführen sind. Die Nicht-Familienunternehmen des Dienstleistungssektors planen deutlich häufiger ihre Investitionen in Deutschland in den nächsten Jahren auszuweiten als die Familienunternehmen des Dienstleistungssektors (55,1 Prozent vs. 35,4 Prozent). Dies liegt unter anderem an dem hohen Anteil von Unternehmen aus dem Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens in der Gruppe der Nicht-Familienunternehmen. Die Unternehmen dieser Branche werden vor dem Hintergrund des demographischen Wandels und dem steigenden Bedarf an medizinischen und Pflegeeinrichtungen verstärkt in Deutschland investieren.

Abbildung 18: Investitionsplanungen für Deutschland (Industrie- und Dienstleistungssektor)

Frage 8: Der Anteil Ihrer Investitionen in Deutschland wird in den nächsten Jahren...

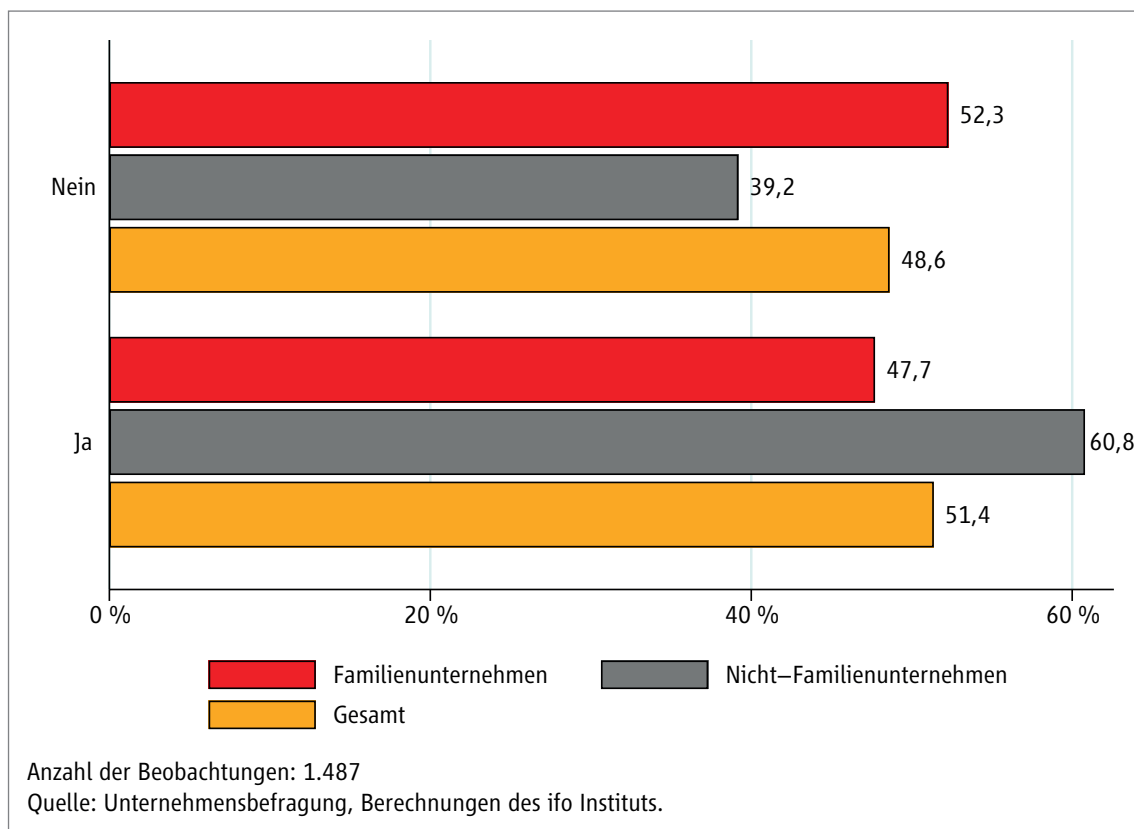


Die unterschiedliche Größenstruktur sowie Branchenzusammensetzung der Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen beeinflusst insbesondere auch das Investitionsverhalten der Unternehmen im Hinblick auf ihre Auslandsaktivitäten. Der Anteil jener Unternehmen, welcher ausschließlich in Deutschland investiert, liegt bei den Nicht-Familienunternehmen mit 60,8 Prozent deutlich höher als bei den Familienunternehmen mit knapp 48 Prozent (vgl. Abbildung 19).

Insgesamt geben gut die Hälfte der befragten Unternehmen an, derzeit lediglich in Deutschland zu investieren. 48,6 Prozent der Unternehmen investieren demnach (auch) im Ausland.

Abbildung 19: Deutschland als alleiniger Investitionsstandort

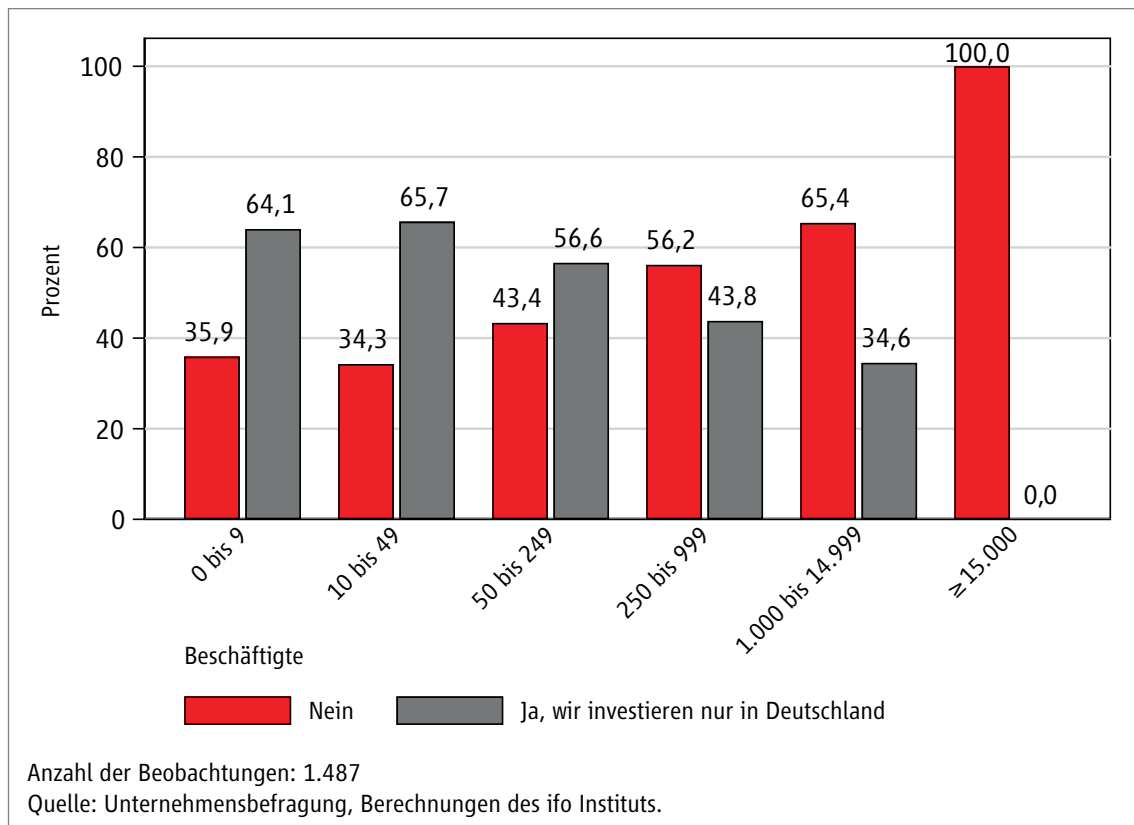
Frage 8: Wir investieren nur in Deutschland



Die Unterschiede zwischen den Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen ergeben sich zum einen durch die unterschiedliche Größenstruktur der Unternehmensgruppen. Prinzipiell investieren Unternehmen mit steigender Beschäftigtenzahl häufiger im Ausland (vgl. Abbildung 20). Von den 27 befragten Unternehmen mit mehr als 15.000 Beschäftigten investierten letztlich alle Unternehmen im Ausland. Da der Anteil der sehr großen Unternehmen in der Gruppe der Familienunternehmen besonders groß ist, betätigen sich die befragten Familienunternehmen deutlich öfter im Ausland als deren Komplement.

Abbildung 20: Deutschland als alleiniger Investitionsstandort nach Größenklassen

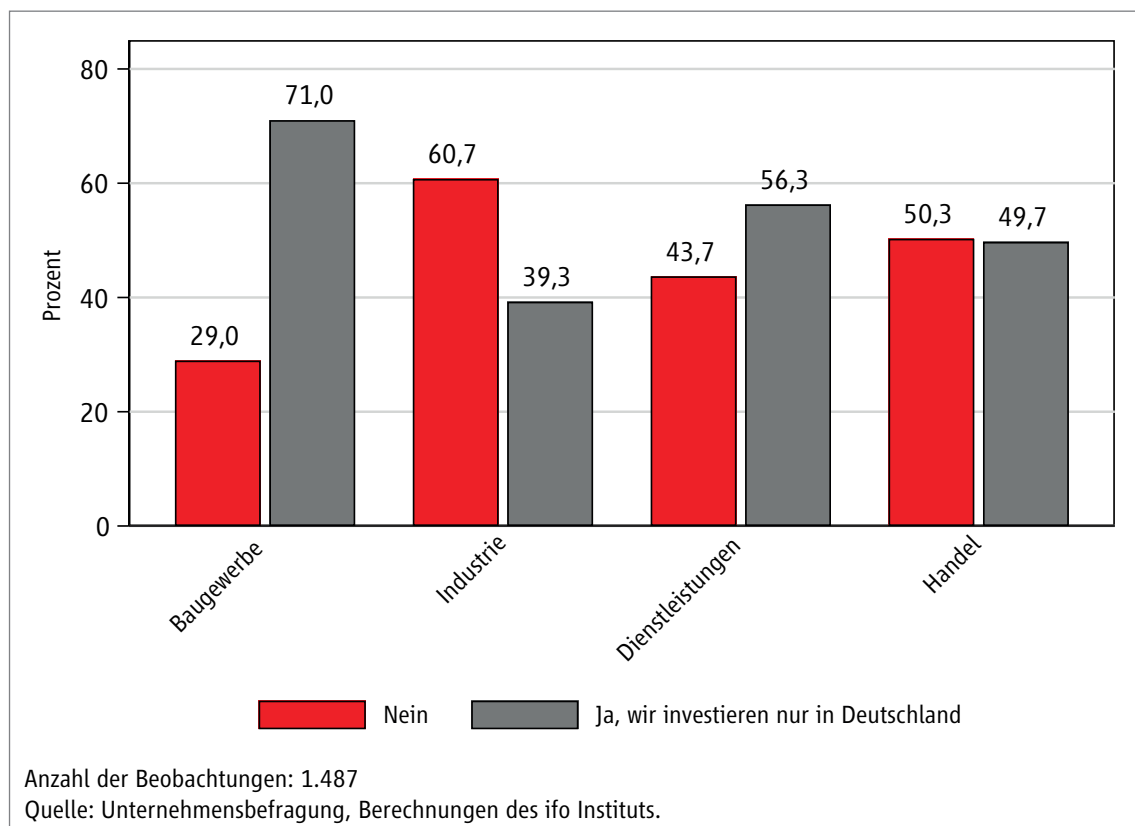
Frage 8: Wir investieren nur in Deutschland



Zum anderen sind in der Gruppe der Nicht-Familienunternehmen besonders viele Sektoren beziehungsweise Branchen vertreten, welche typischerweise ihren Fokus auf die inländische Geschäftstätigkeit legen. Der Dienstleistungssektor ist grundsätzlich weniger stark auf den internationalen Markt ausgerichtet. Die Ergebnisse der Unternehmensbefragung bestätigen dies: 56,3 Prozent der Dienstleistungsunternehmen investieren ausschließlich in Deutschland. Lediglich 43,7 Prozent tätigen Auslandsinvestitionen. Im Baugewerbe sind es sogar nur 29 Prozent. In der Industrie ist es genau umgekehrt: Der Anteil der Unternehmen mit Auslandsinvestitionen liegt hier bei über 60 Prozent. Die Unterschiede zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen im Hinblick auf die Auslandsaktivitäten werden aus diesem Grund von der höheren Konzentration an Industrieunternehmen in der Gruppe der Familienunternehmen beziehungsweise dem größeren Anteil von Dienstleistungsunternehmen in der Gruppe der Nicht-Familienunternehmen beeinflusst. Unter den Industrieunternehmen der Nicht-Familienunternehmen sind außerdem überproportional viele Firmen aus dem Energiesektor, welche typischerweise weniger stark auf den internationalen Markt ausgerichtet sind. Schlussendlich erklärt sich die größere Standorttreue der Nicht-Familienunternehmen auch durch einen größeren Anteil von Unternehmen aus dem Gesundheits- und Sozialwesen sowie dem Bereich Erziehung und Unterricht im Dienstleistungssektor. Diese Branchen beschränken ihre Tätigkeiten meist auf den deutschen Raum.

Abbildung 21: Deutschland als alleiniger Investitionsstandort nach Sektoren

Frage 8: Wir investieren nur in Deutschland



III. Investitionsstandorte

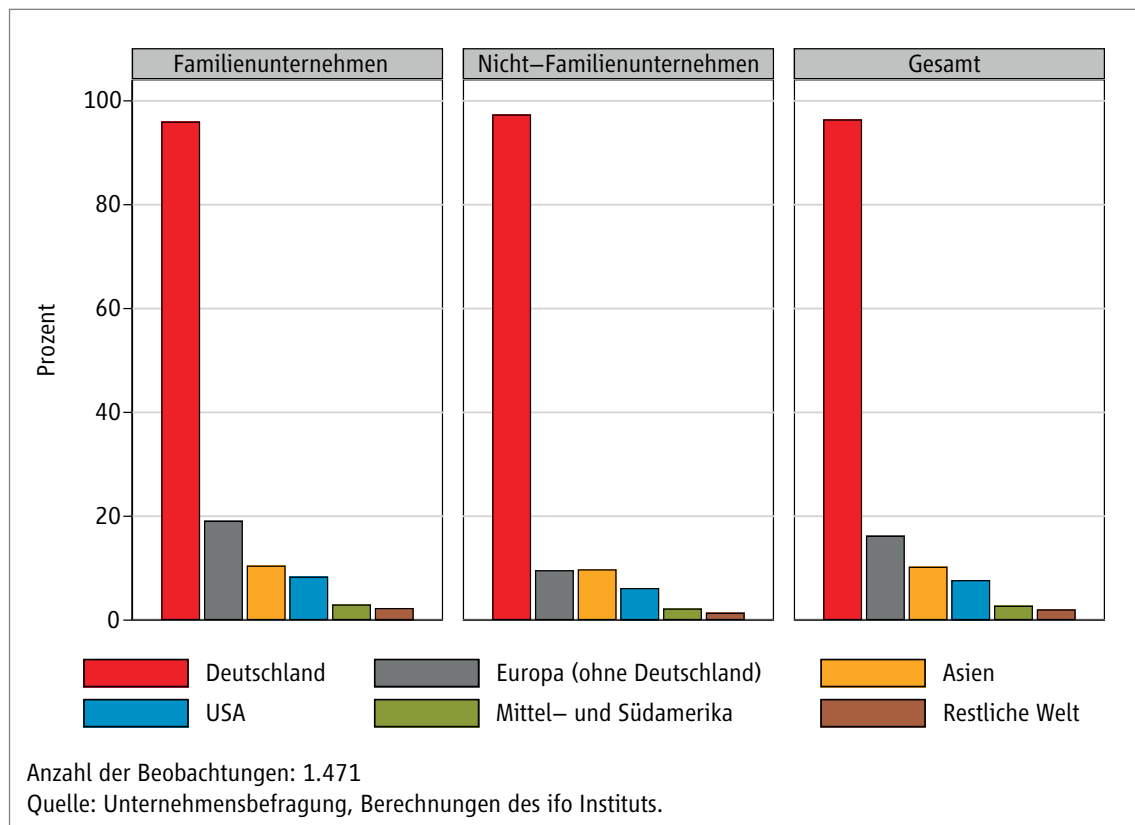
Abbildung 22 gibt einen Überblick, an welchen Standorten im internationalen Vergleich hauptsächlich im Jahr 2017 investiert wird.

96,4 Prozent der befragten Unternehmen bezeichnen Deutschland als den bedeutendsten Investitionsstandort für ihr Unternehmen. Ähnlich hohe Werte liegen sowohl für die Gruppe der Familienunternehmen (96 Prozent) als auch Nicht-Familienunternehmen (97,4 Prozent) vor.

Immerhin 16,3 Prozent der befragten Unternehmen nennen Europa (ohne Deutschland) als zentralen Investitionsstandort. Darüber hinaus spielen der asiatische Raum für 10,2 Prozent der Unternehmen und die Vereinigten Staaten für 7,7 Prozent der Unternehmen als Investitionsstandort eine übergeordnete Rolle. Mittel- und Südamerika sowie die restliche Welt belegen im Hinblick auf die Bedeutung als Investitionsstandort im internationalen Vergleich die letzten Plätze.

Abbildung 22: Bedeutendste Investitionsstandorte

Frage 6: Wo werden Sie 2017 hauptsächlich investieren? (Mehrfachnennung möglich)



Bezeichnend ist der Unterschied zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen im Hinblick auf die Standortwahl: Familienunternehmen streuen ihre Investitionsaktivitäten international viel stärker als ihr Komplement. Von großer Bedeutung für die Familienunternehmen ist insbesondere der europäische Markt. Während nur 9,6 Prozent der Nicht-Familienunternehmen Europa als hauptsächlichen Investitionsstandort bezeichnen, ist der Anteil mit 19,1 Prozent bei den Familienunternehmen wesentlich höher.

Besonders deutlich wird der Unterschied für Unternehmen mit mindestens 1.000 Beschäftigten (vgl. Abbildung 24 und Abbildung 25). 44,6 Prozent der Familienunternehmen mit mehr als 1.000 Mitarbeitern bezeichnen Europa als hauptsächlichen Investitionsstandort. Bei den Nicht-Familienunternehmen sind es 13,8 Prozent. Ähnliche Werte liegen für den asiatischen Raum und die USA vor: Große Familienunternehmen fokussieren ihre Investitionstätigkeiten deutlich häufiger auf den internationalen Markt. Darüber hinaus nimmt der Anteil der Unternehmen mit internationalem Investitionsschwerpunkt zu, je größer das Unternehmen gemessen an den Beschäftigtenzahlen ist.

Die Unterschiede zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen sind wiederum vor dem bereits im letzten Abschnitt diskutierten Hintergrund zu sehen: Insbesondere die großen Unternehmen aus dem verarbeitenden Gewerbe investieren deutlich öfter im Ausland (vgl. Abbildung 23). Gleichzeitig ist der Anteil dieser Gruppe bei den Familienunternehmen relativ groß. Dementsprechend werden die Ergebnisse durch die unterschiedliche Größen- und Branchenstruktur überzeichnet.

Abbildung 23: Bedeutendste Investitionsstandorte der Industrieunternehmen

Frage 6: Wo werden Sie 2017 hauptsächlich investieren? (Mehrfachnennung möglich)

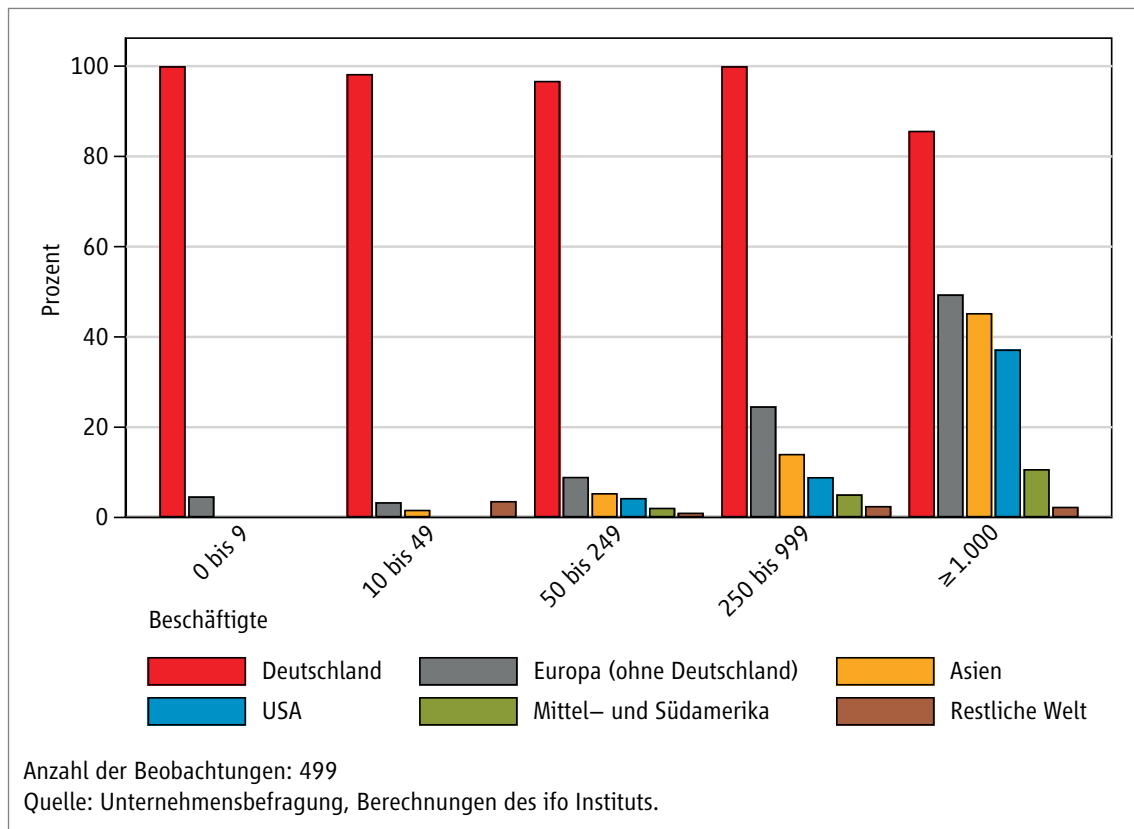


Abbildung 24: Bedeutendste Investitionsstandorte für Familienunternehmen nach Beschäftigtenzahlen

Frage 6: Wo werden Sie 2017 hauptsächlich investieren? (Mehrfachnennung möglich)

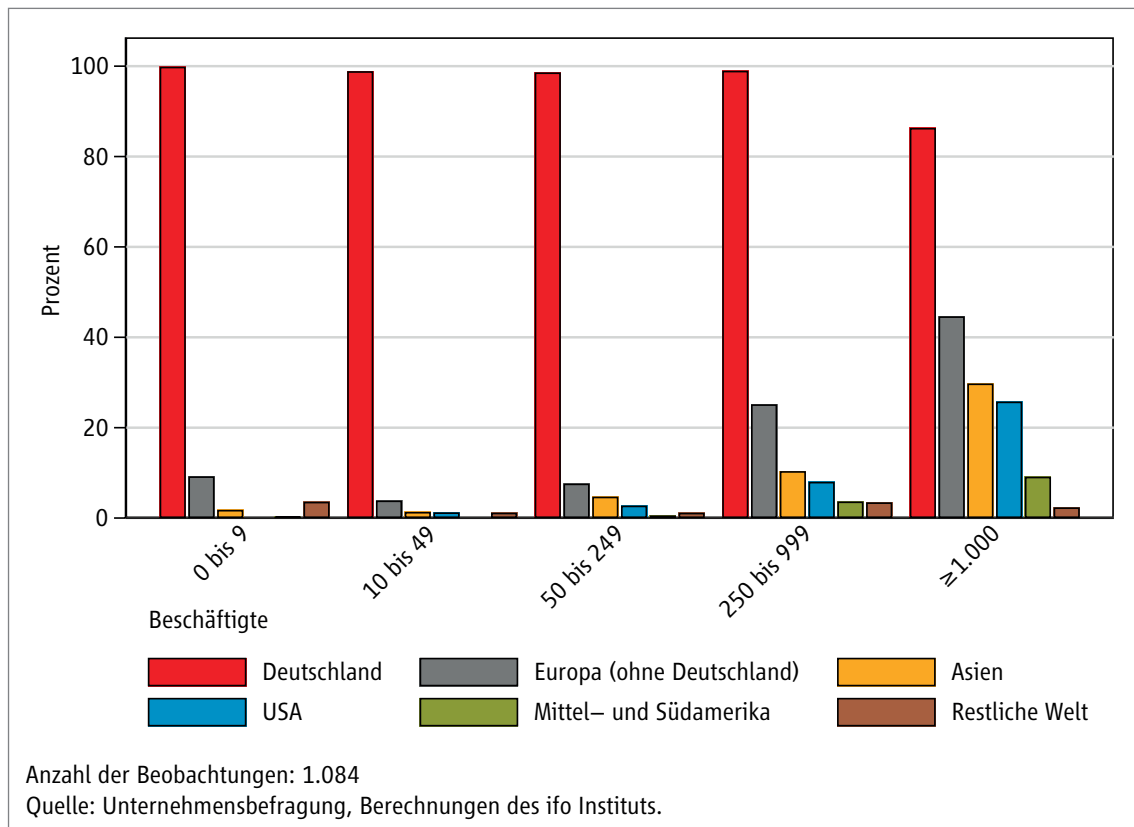
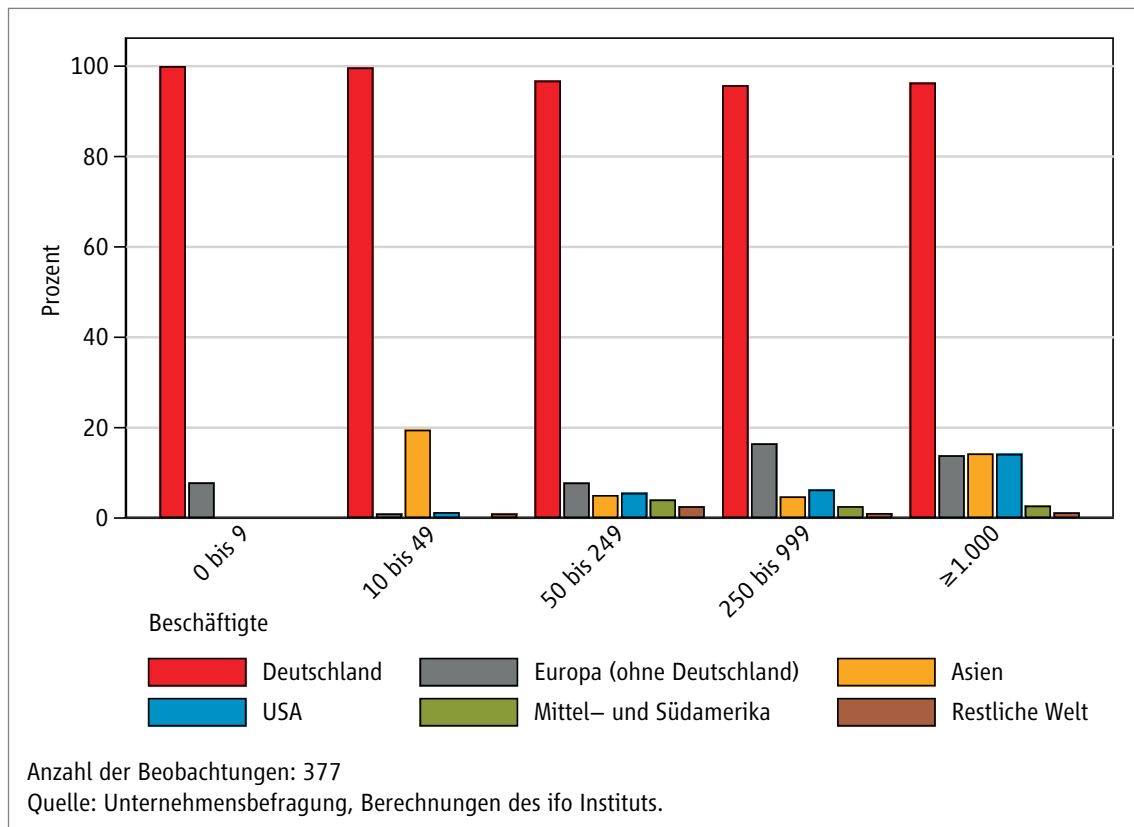


Abbildung 25: Bedeutendste Investitionsstandorte für Nicht-Familienunternehmen nach Beschäftigtenzahlen

Frage 6: Wo werden Sie 2017 hauptsächlich investieren? (Mehrfachnennung möglich)



IV. Arbeitsplatzverlagerung

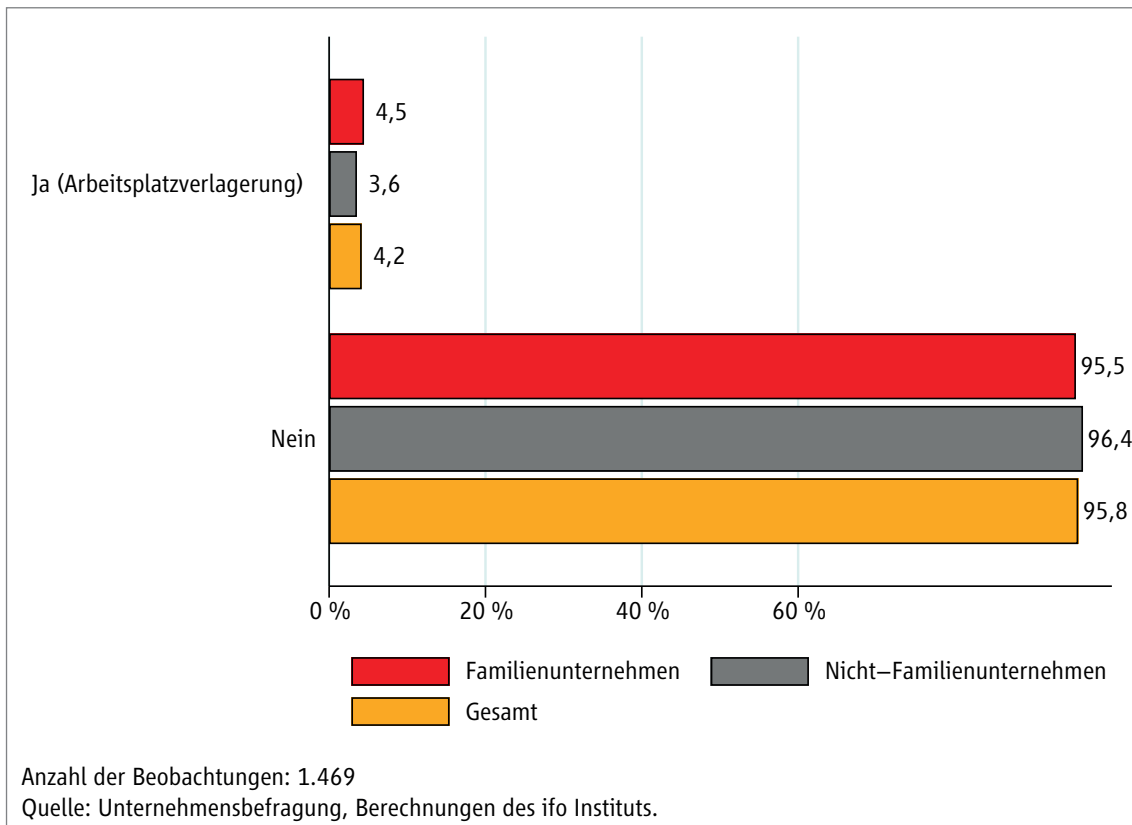
In diesem Kontext ist besonders interessant, inwiefern sich die Standortwahl der Unternehmensinvestitionen in einer möglichen Verlagerung von Arbeitsplätzen widerspiegelt. Dieser Sachverhalt wird in Abbildung 26 dargestellt.

Die Ergebnisse sind deutlich: 95,8 Prozent der befragten Unternehmen planen in diesem Zusammenhang keine Verlagerung von bestehenden Arbeitsplätzen ins Ausland. Lediglich bei 4,2 Prozent der Unternehmen spielt die Verlagerung von Arbeitsplätzen eine Rolle.

Die Unterschiede zwischen Familienunternehmen und deren Komplement sind gering. Der Anteil der Familienunternehmen, die Arbeitsplätze ins Ausland verlagern, ist mit 4,5 Prozent unwesentlich höher als jener Anteil der Nicht-Familienunternehmen (3,6 Prozent).

Abbildung 26: Arbeitsplatzverlagerung

Frage 6: Planen Sie (in diesem Zusammenhang) bestehende Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern?



V. Investitionsvorhaben

Die Unternehmensbefragung gibt ebenfalls Auskunft über die Art der Investitionsvorhaben der Unternehmen: Handelt es sich bei den Investitionstätigkeiten mehrheitlich um Kapazitätserweiterungen? Wird die Produktion beispielsweise durch neue Maschinen erweitert? Oder geht es bei einem Großteil der Investitionen um Ersatzbeschaffungen? Darüber hinaus können Investitionen ebenfalls in Rationalisierungsprozesse oder Umstrukturierungsmaßnahmen fließen.

Ergebnisse zu diesem Sachverhalt werden in Abbildung 27 dargestellt. Insgesamt machen Ersatzbeschaffungen einen Großteil des Investitionsvolumens im Jahr 2017 aus. 59,7 Prozent der befragten Unternehmen investieren hauptsächlich in die Erneuerung von Anlagen. Als zweithäufigstes Investitionsvorhaben werden Kapazitätserweiterungen genannt.

Rationalisierungen, Umstrukturierungen und andere Investitionsvorhaben machen einen deutlich geringeren Anteil am Investitionsvolumen aus.

Die Unterschiede zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen sind deutlich: Ersatzbeschaffungen spielen bei den Nicht-Familienunternehmen eine weitaus gewichtigere Rolle als bei den Familienunternehmen. Umgekehrt investieren Familienunternehmen deutlich öfter in Kapazitätserweiterungen sowie Rationalisierungsprozesse.

Abbildung 27: Investitionsvorhaben

Frage 3: Unser Investitionsvolumen verteilt sich im Jahr 2017 hauptsächlich auf folgende Kategorien...
(Mehrfachnennung ist möglich)

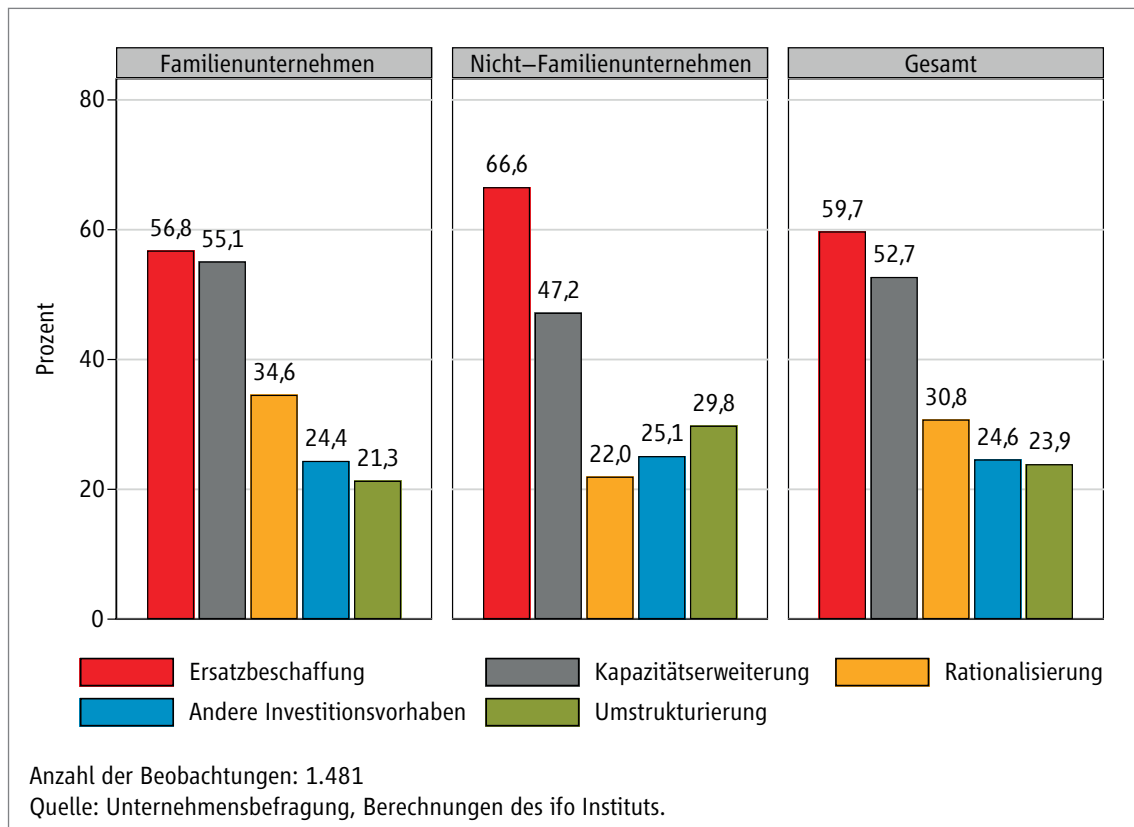
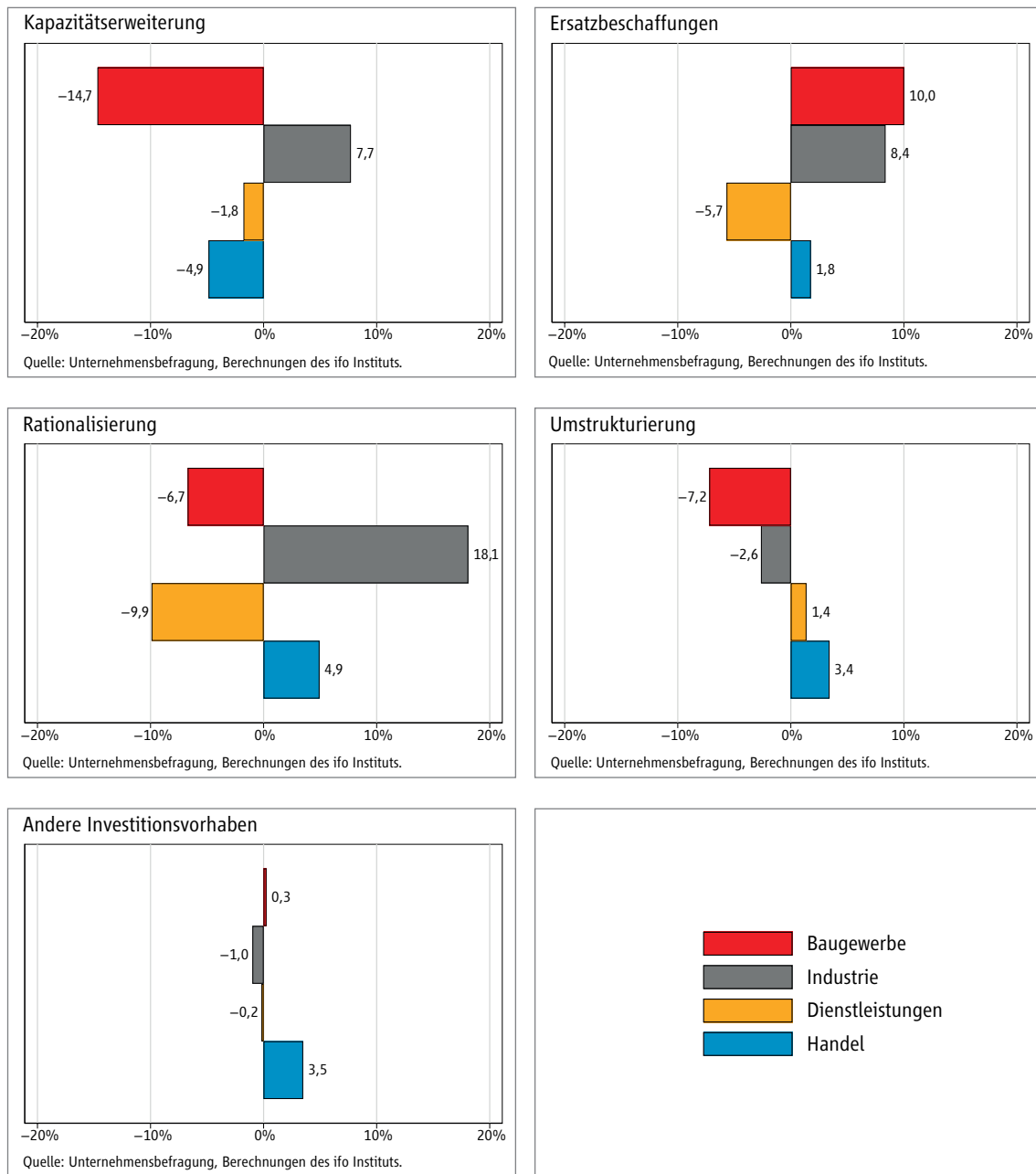


Abbildung 28: Sektorspezifische Abweichung vom Gesamtergebnis

Frage 3: Unser Investitionsvolumen verteilt sich im Jahr 2017 hauptsächlich auf folgende Kategorien...
(Mehrfachnennung ist möglich)



Die Ergebnisse deuten allerdings erneut darauf hin, dass die Differenzen zumindest zum Teil durch unterschiedliche Branchenstrukturen hervorgerufen werden. Wie in Abbildung 28 dargestellt, gibt es zwischen den Sektoren deutliche Unterschiede bezüglich der Investitionsvorhaben. Kapazitätserweiterungen finden überproportional häufig im Industriesektor statt: Der Anteil der Industrieunternehmen mit Expansionsplänen ist 7,7 Prozent höher als in der Gesamtheit der befragten Unternehmen. Investitionen in Rationalisierungsprozesse spielen im industriellen Bereich – genau wie bei den Familienunternehmen – eine besonders große Rolle. Im Baugewerbe hingegen sind Kapazitätserweiterungen deutlich seltener.

In diesem Kontext ist insbesondere auch von Bedeutung, ob Kapazitätserweiterungen vorrangig im Inland oder im Ausland stattfinden. Die Frage kann anhand der untersuchten Fragestellungen nicht endgültig beantwortet werden. Tabelle 1 gibt aber einen ersten Überblick über den Zusammenhang, indem Daten über die hauptsächlichsten Investitionsstandorte und Investitionsvorhaben miteinander verknüpft werden.

Unternehmen, welche Deutschland als vorrangigen Investitionsstandort angeben, nennen zu 60,3 Prozent Ersatzbeschaffungen als hauptsächliches Investitionsvorhaben. Immerhin 52,6 Prozent jener Unternehmen, welche vorrangig in Deutschland investieren, wollen ebenfalls verstärkt auf die Erweiterung von Kapazitäten setzen.

Im internationalen Vergleich spielen Kapazitätserweiterungen jedoch eine gewichtigere Rolle: Von den Unternehmen, welche Mittel- und Südamerika als wichtigsten Investitionsstandort angeben, wollen 79,6 Prozent der Unternehmen vor allem in Kapazitätserweiterungen investieren. Der Anteil liegt in Asien und in den USA mit 75,6 Prozent und 73,1 Prozent deutlich höher als in Deutschland.

Tabelle 1: Investitionsvorhaben nach Regionen

Jahr	Deutsch-land	Europa	Asien	USA	Mittel- / Süd-amerika	Rest
Kapazitätserweiterung	52,6 %	63,4 %	75,6 %	73,1 %	79,6 %	55,2 %
Ersatzbeschaffung	60,3 %	55,8 %	55,1 %	59,4 %	46,1 %	43,8 %
Rationalisierung	30,4 %	43,3 %	49,3 %	56,5 %	46,8 %	36,6 %
Umstrukturierung	23,5 %	30,5 %	34,3 %	25,5 %	40,5 %	16,7 %
Andere	25,0 %	27,2 %	25,2 %	22,3 %	18,2 %	56,4 %

Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts.

Die Unternehmen haben die Wachstumspotenziale im Ausland erkannt. Dementsprechend müssen Kapazitäten im Ausland auf- und ausgebaut werden. Durch ein geringeres Niveau an Löhnen und Steuern ergeben sich Vorteile für die internationale Wettbewerbsfähigkeit. Einen maßgeblichen Einfluss auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit und den Erfolg der deutschen Unternehmen könnte auch die Digitalisierung haben.

VI. Investitionen in die Digitalisierung

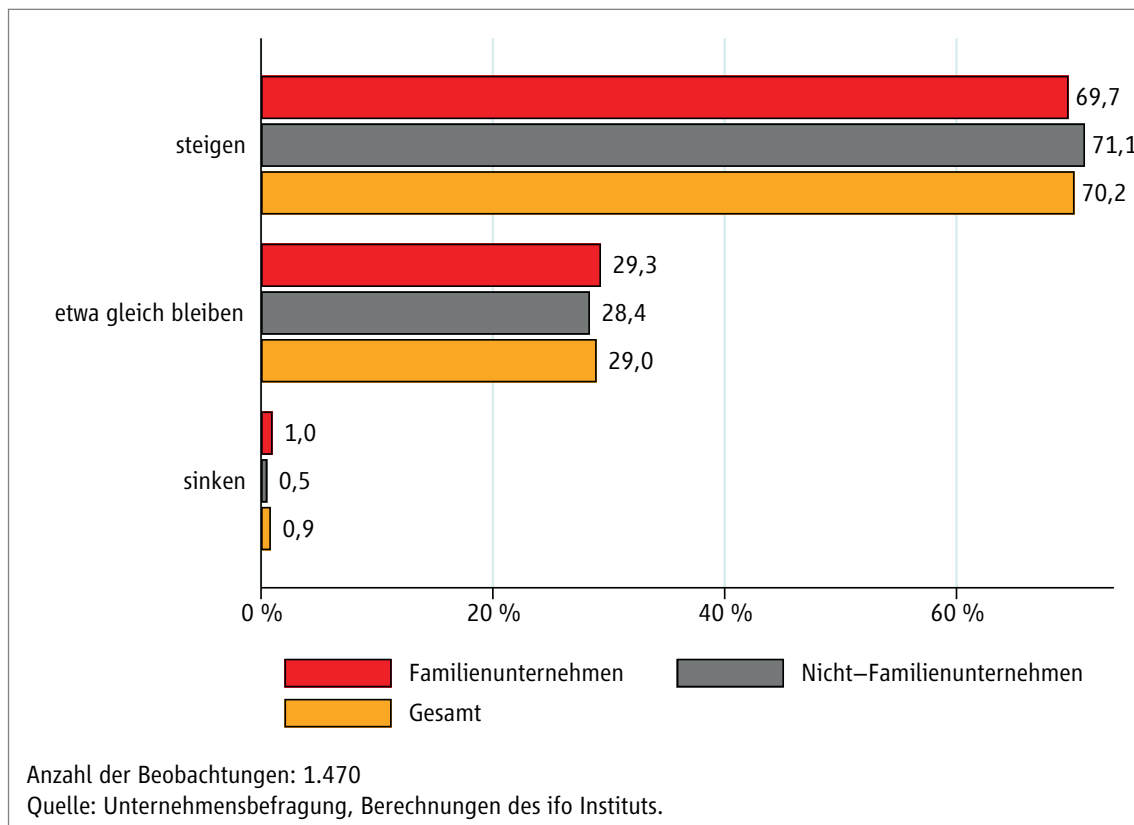
Vor dem Hintergrund der zunehmenden Bedeutung der Digitalisierung für wirtschaftliche und gesellschaftliche Prozesse wurden die Unternehmen nach ihren Investitionsvorhaben in digitale Technologien befragt. Generell lässt sich feststellen: Die weitreichende Bedeutung der Digitalisierung und die damit einhergehende Notwendigkeit zur Modernisierung wurde von den deutschen Unternehmen erkannt.

Die große Mehrheit der befragten Unternehmen wird in den nächsten Jahren verstärkt in die Digitalisierung der Unternehmensprozesse investieren (vgl. Abbildung 29). 70,1 Prozent der Unternehmen planen mit steigenden Investitionen in die Digitalisierung, 29 Prozent mit gleichbleibenden Investitionen und lediglich 0,9 Prozent erwarten, dass der Anteil der Investitionen in die Digitalisierung sinken wird.

Unterschiede zwischen Familien- und Nicht-Familienunternehmen sind vernachlässigbar.

Abbildung 29: Digitalisierung

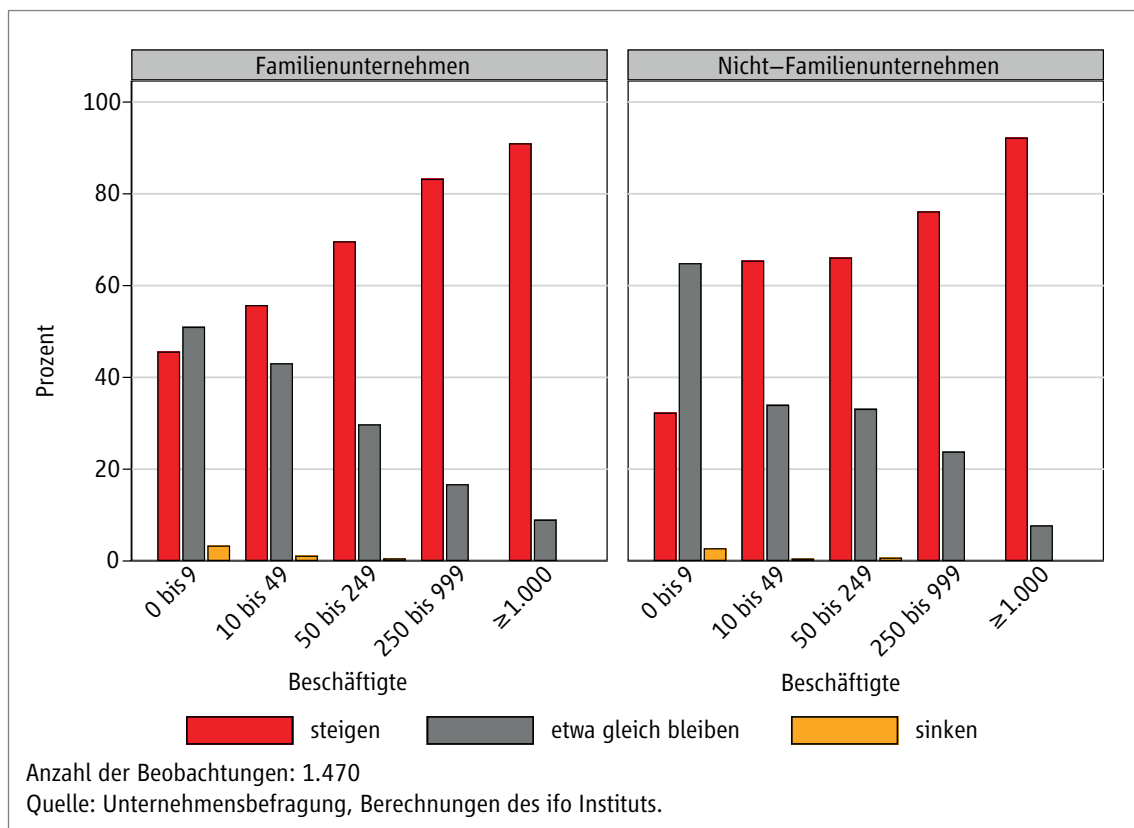
Frage 5: Wie wird sich der Anteil der Investitionen in die Digitalisierung Ihrer Prozesse (inkl. Produktion und Verkauf) an den Investitionen in den nächsten fünf Jahren entwickeln?



Interessant ist in diesem Zusammenhang jedoch die Korrelation zwischen Unternehmensgröße und Investitionen in digitale Technologien. Große Unternehmen wollen den Anteil der Investitionen in die Digitalisierung der Unternehmensprozesse deutlich häufiger ausweiten als kleine Unternehmen (vgl. Abbildung 30). Bei den Familienunternehmen mit null bis neun Beschäftigten liegt der Anteil bei etwa 45 Prozent. In der Gruppe der Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten planen hingegen mehr als 90 Prozent der Unternehmen die Investitionen in digitale Technologien zu erhöhen.

Abbildung 30: Investitionen in die Digitalisierung nach Unternehmensgröße (Beschäftigtenzahlen)

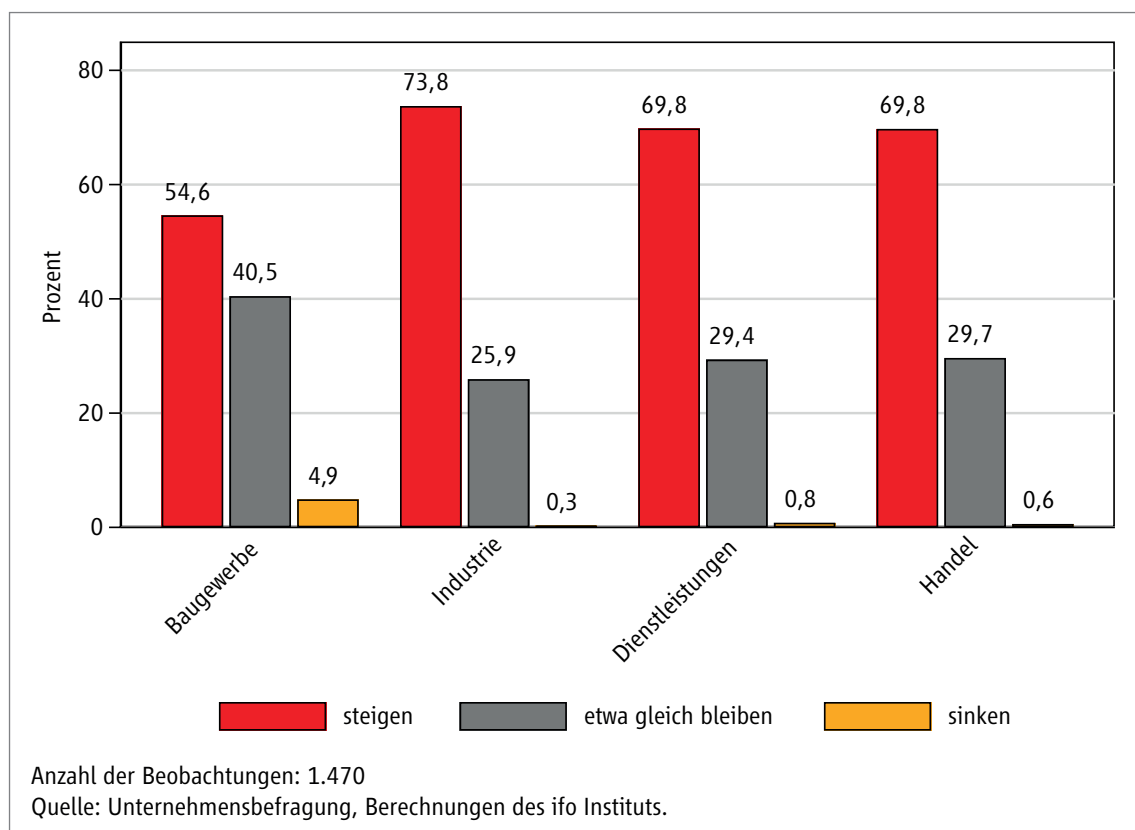
Frage 5: Wie wird sich der Anteil der Investitionen in die Digitalisierung Ihrer Prozesse (inkl. Produktion und Verkauf) an den Investitionen in den nächsten fünf Jahren entwickeln?



Am stärksten wollen Unternehmen im Industriesektor auf digitale Technologien setzen. 73,8 Prozent der Industrieunternehmen werden den Anteil der Investitionen in die Digitalisierung der Unternehmensprozesse in den nächsten fünf Jahren steigern (vgl. Abbildung 31). Ähnlich hohe Werte liegen für den Dienstleistungssektor und den Handel vor. Lediglich im Baugewerbe gibt es deutliche Abweichungen: Hier wollen nur 54,6 Prozent der Unternehmen den Anteil der Investitionen in die Digitalisierung erhöhen. 4,9 Prozent der Unternehmen im Baugewerbe erwarten sogar sinkende Investitionen in die Digitalisierung im Verhältnis zu den gesamt getätigten Investitionen.

Abbildung 31: Investitionen in die Digitalisierung nach Sektoren

Frage 5: Wie wird sich der Anteil der Investitionen in die Digitalisierung Ihrer Prozesse (inkl. Produktion und Verkauf) an den Investitionen in den nächsten fünf Jahren entwickeln?

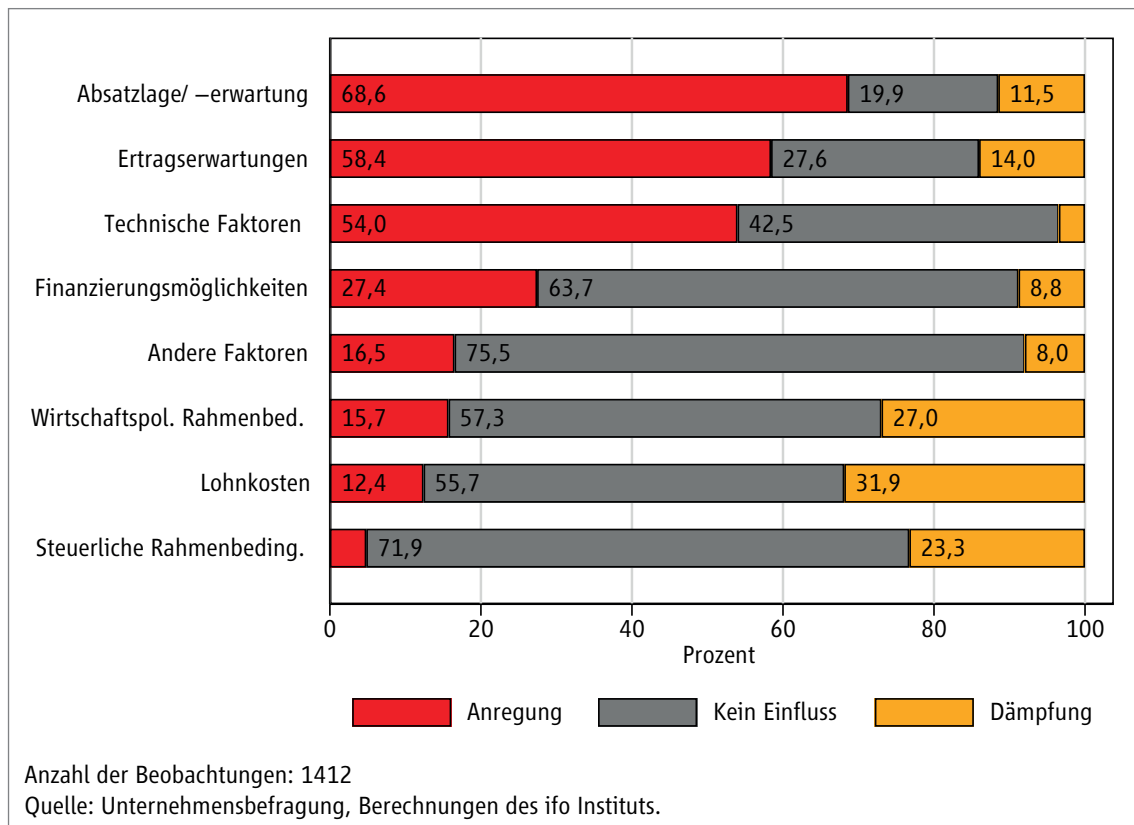


VII. Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit

Welche Faktoren haben sich nach Meinung der Unternehmer positiv beziehungsweise negativ auf die Investitionstätigkeit in Deutschland im Jahr 2017 ausgewirkt? Die Ergebnisse der Befragung werden in Abbildung 32 veranschaulicht.

Abbildung 32: Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit – Gesamt

Frage 4: Unsere Investitionstätigkeit im Inland wurde beziehungsweise wird 2017 durch folgende Faktoren in positiver / negativer Richtung beeinflusst...



Erwartungsgemäß haben sich die hervorragenden makroökonomischen Bedingungen in Deutschland positiv auf die Investitionstätigkeit ausgewirkt. Die gute Absatzlage beziehungsweise die guten Ertragsexpectationen werden von 68,6 Prozent beziehungsweise 58,4 Prozent der befragten Unternehmen als anregende Einflussfaktoren bezeichnet.

Daneben registrieren 54 Prozent der befragten Unternehmen einen positiven Effekt von technischen Faktoren auf die Investitionstätigkeit und immerhin 27,4 Prozent der Unternehmen verzeichnen einen positiven Einfluss der Finanzierungsmöglichkeiten auf die Realisation von Investitionen.

Für den Großteil der Unternehmen spielen die Finanzierungsmöglichkeiten bei der Entscheidung über zu tätige Investitionen allerdings keine Rolle. 63,7 Prozent der Unternehmer geben an, Finanzierungsmöglichkeiten haben keinen Einfluss auf die Investitionstätigkeit im Inland ausgeübt. Lediglich 8,8 Prozent der Unternehmen bezeichnen die Finanzierungsmöglichkeiten als investitionshemmend.

Die steuerlichen Rahmenbedingungen haben sich nach Ansicht von knapp 72 Prozent der befragten Unternehmen weder positiv noch negativ auf die Investitionstätigkeit ausgewirkt. Allerdings gibt es einen relativ großen Anteil an Unternehmen (23,3 Prozent), welche eine negative Wirkung der steuerlichen Rahmenbedingungen auf die getätigten Investitionen beschreiben.

Daneben weisen die befragten Unternehmen insbesondere den Lohnkosten beziehungsweise den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen einen negativen Effekt auf die Investitionstätigkeit zu. Knapp ein Drittel der teilnehmenden Unternehmen gibt an, dass sich die Lohnkosten in Deutschland negativ auf die Investitionstätigkeit im Jahr 2017 ausgewirkt hätten, und 27 Prozent kritisieren die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen.

Neben der Verteilung der Antworten ist auch die Analyse des Mittelwerts für die einzelnen Einflussfaktoren von Interesse. Dieser kann als alternative Maßzahl für die Bewertung der einzelnen Einflussfaktoren verwendet werden. Der Mittelwert berechnet sich aus dem gewichteten Durchschnitt der Antworten und gibt an, ob sich der jeweilige Einflussfaktor auf einer Skala von 1 bis 3 eher anregend oder dämpfend auf die Investitionstätigkeit ausgewirkt hat.¹⁴ Die Ergebnisse werden in Tabelle 2 für die fünf Größenklassen und die Gesamtheit der Unternehmen dargestellt.

Die kleinsten Mittelwerte werden für die Absatzlage (1,45), die technischen Faktoren (1,49) und die Ertragslage (1,57) berechnet. Diese Einflussfaktoren haben mit Abstand die Investitionstätigkeit der Unternehmen am meisten stimuliert. Unterschiede ergeben sich hier in Hinblick auf die Größenklasse des Unternehmens: Die Investitionstätigkeit der großen Unternehmen wurde besonders stark von der guten Absatzlage und den technischen Faktoren angeregt.

Für die steuerlichen Rahmenbedingungen wird der höchste Gesamtwert ausgegeben (2,20). Nach diesem Kriterium wurde die Investitionstätigkeit der Unternehmen am stärksten von den steuerlichen Aspekten beeinträchtigt, gefolgt von den Lohnkosten und den wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen.

14 Ein Mittelwert von eins ergibt sich für den Fall, dass alle Unternehmen einem bestimmten Einflussfaktor eine anregende Wirkung zuschreiben. Bewerten alle Unternehmen einen Einflussfaktor als dämpfend, berechnet sich ein Mittelwert von drei.

Die Ergebnisse zu den anregenden beziehungsweise dämpfenden Einflussfaktoren werden in Abbildung 33 und Abbildung 34 ebenfalls separat für Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen ausgewiesen.

Auffallend ist vor allem der anregende Einfluss der guten Absatzlage beziehungsweise Ertragslage auf die Investitionstätigkeit der Familienunternehmen.

Von den guten Finanzierungsmöglichkeiten können hingegen die Nicht-Familienunternehmen häufiger einen Nutzen ziehen. 31,7 Prozent der Nicht-Familienunternehmen bezeichnen die Finanzierungsmöglichkeiten als anregenden Einflussfaktor, wohingegen nur ein Viertel der Familienunternehmen die gleiche Position vertritt.

Tabelle 2: Mittelwert der Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit nach Beschäftigtenzahlen der Unternehmen (1= anregend; 3= dämpfend)

Beschäftigtenzahlen / Einflussfaktoren	0 bis 9	10 bis 49	50 bis 249	250 bis 999	≥ 1.000	Gesamt
Absatzlage	1,59	1,54	1,41	1,36	1,36	1,45
Technische Faktoren	1,72	1,54	1,49	1,38	1,34	1,49
Ertragslage	1,60	1,65	1,56	1,42	1,55	1,57
Finanzierung	1,83	1,84	1,78	1,79	1,80	1,80
Andere Faktoren	2,02	1,98	1,93	1,85	1,89	1,94
Wirtschaftspol. Rahmenbedingungen	2,11	2,07	2,16	2,15	2,10	2,12
Lohnkosten	2,18	2,24	2,18	2,08	2,09	2,16
Steuerliche Rahmenbedingungen	2,19	2,24	2,20	2,17	2,16	2,20

Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts.

Bei den Faktoren, welche die Investitionstätigkeit dämpfen, werden sowohl bei den Familienunternehmen als auch den Nicht-Familienunternehmen am häufigsten die Lohnkosten genannt. Allerdings gibt es hier deutliche Unterschiede zwischen den Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen: Knapp 25 Prozent der Nicht-Familienunternehmen und gut 35 Prozent der Familienunternehmen berichten von einem negativen Einfluss der Lohnkosten auf die Investitionstätigkeit.

Neben den Lohnkosten werden die wirtschaftspolitischen und steuerlichen Rahmenbedingungen häufig als negative Einflussfaktoren bezeichnet. Die Investitionstätigkeiten der Familienunternehmen werden besonders stark von diesen Faktoren beeinträchtigt. Knapp 30 Prozent der Familienunternehmen bezeichnen die wirtschaftspolitischen und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen als Investitionshemmnis, während der Anteil bei den Nicht-Familienunternehmen mit lediglich 20,8 und 15,4 Prozent deutlich geringer ist.

Interessanterweise registrieren Familienunternehmen im Jahr 2017 deutlich weniger häufig einen dämpfenden Effekt der Finanzierungsmöglichkeiten auf die Investitionen als Nicht-Familienunternehmen. Während Finanzierungsengpässe für Investitionen bei 7,4 Prozent der Familienunternehmen eine Rolle spielten, liegt der Anteil bei den Nicht-Familienunternehmen mit 12,4 Prozent vergleichsweise höher. Ein Grund könnte in den vielfältigeren Finanzierungsmöglichkeiten der Familienunternehmen liegen.

Abbildung 33: Anregung der Investitionstätigkeit

Frage 4: Unsere Investitionstätigkeit im Inland wurde beziehungsweise wird 2017 durch folgende Faktoren in positiver Richtung beeinflusst...

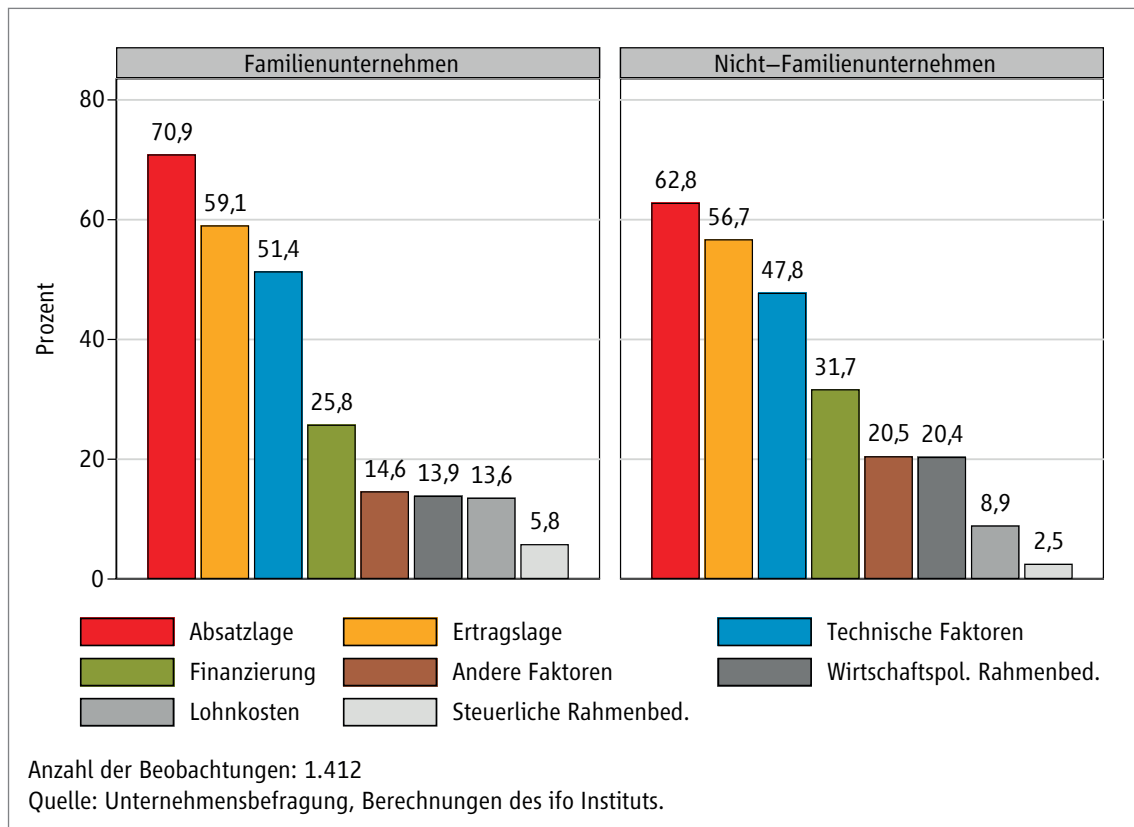
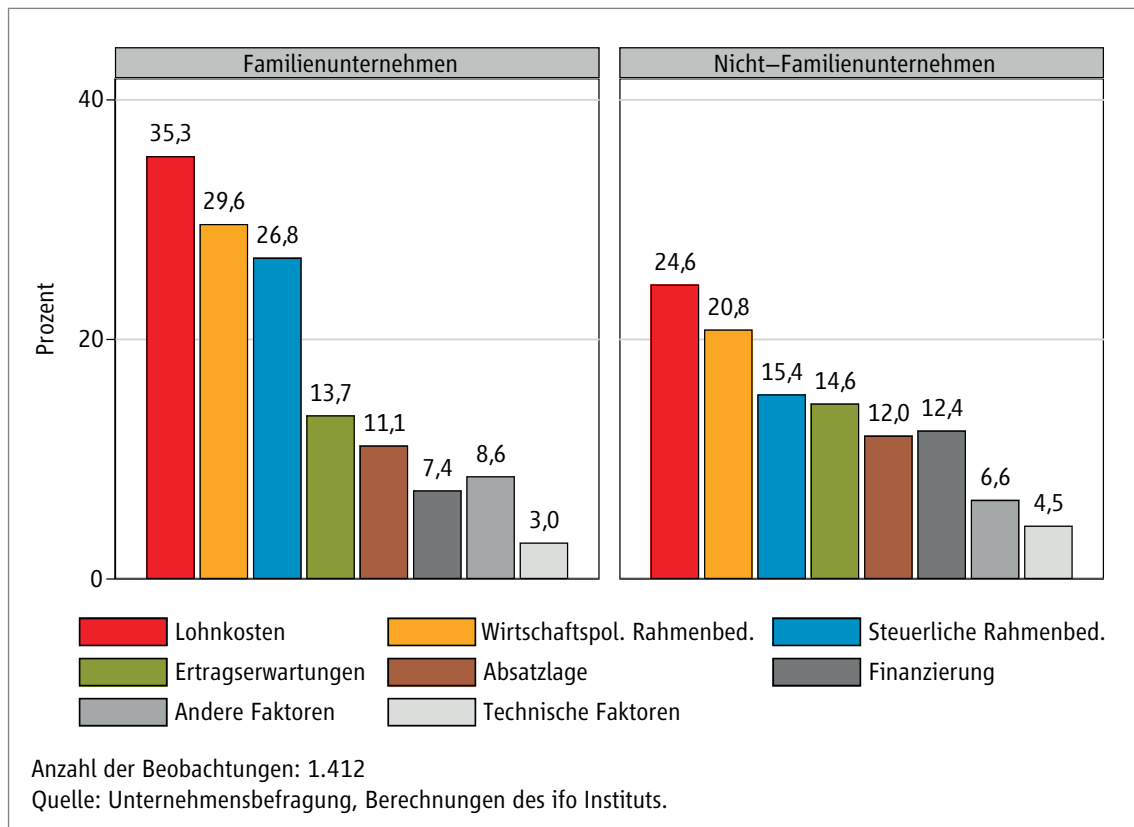


Abbildung 34: Dämpfung der Investitionstätigkeit

Frage 4: Unsere Investitionstätigkeit im Inland wurde beziehungsweise wird 2017 durch folgende Faktoren in negativer Richtung beeinflusst...



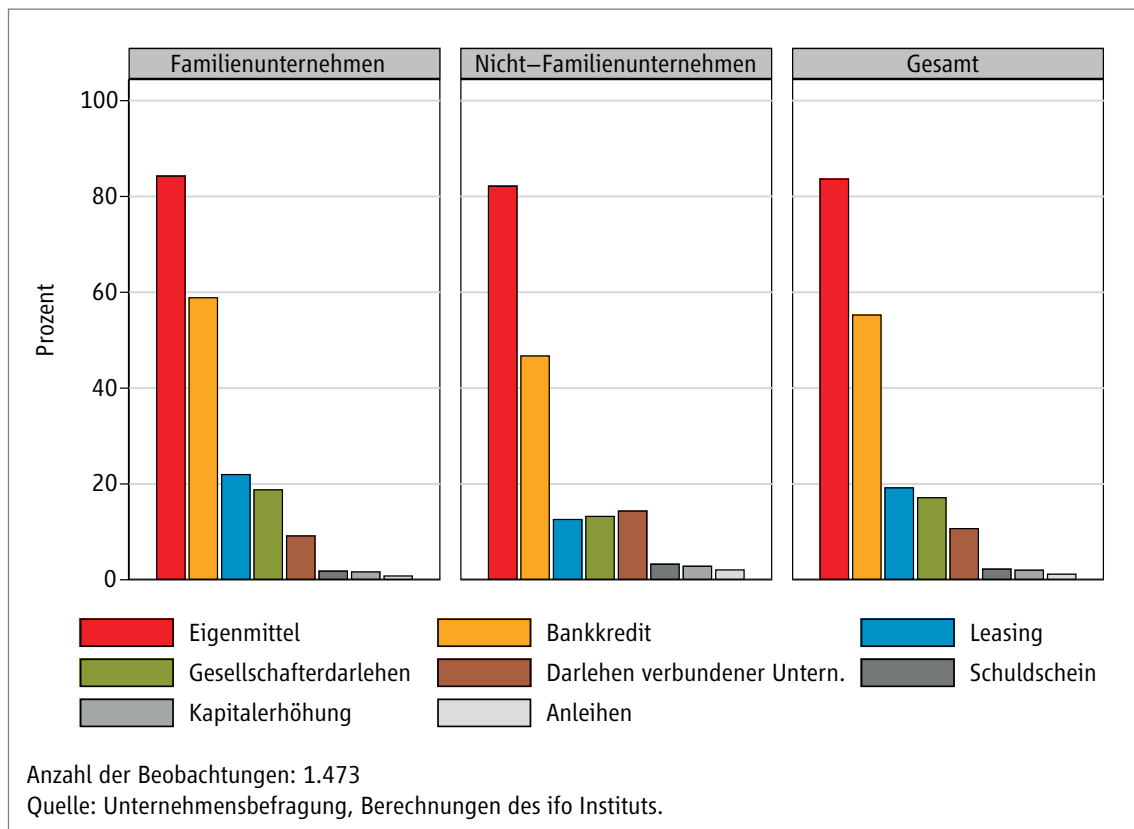
VIII. Finanzierung

Insgesamt legen die Ergebnisse der Unternehmensbefragung allerdings nahe, dass Finanzierungsengpässe für die meisten deutschen Unternehmen kein Investitionshemmnis darstellen.

Generell verwenden die meisten Unternehmen (83,6 Prozent) hauptsächlich Eigenmittel für die Finanzierung ihrer Investitionen (vgl. Abbildung 35).

Abbildung 35: Finanzierung der Investitionen

Frage 9: Wie finanzieren Sie Ihre Investitionen im Jahr 2017 hauptsächlich? (Mehrfachnennung möglich)



Benötigen Firmen externes Kapital zur Realisation von Investitionen, wird dafür am häufigsten auf Bankkredite zurückgegriffen – 55 Prozent der Unternehmen benutzen vorwiegend diese Finanzierungsform.

Weitere Finanzierungsmöglichkeiten, wie zum Beispiel Leasing, Gesellschafterdarlehen oder Darlehen verbundener Unternehmen, werden eher weniger oft von Unternehmen verwendet. Schuldscheine, Kapitalerhöhungen oder Anleihen spielen als Finanzierungsform für Unternehmen lediglich eine untergeordnete Rolle.

Der nachfolgende Abschnitt gibt darüber hinaus einen Überblick über wirksame Instrumente zur Investitionssteigerung.

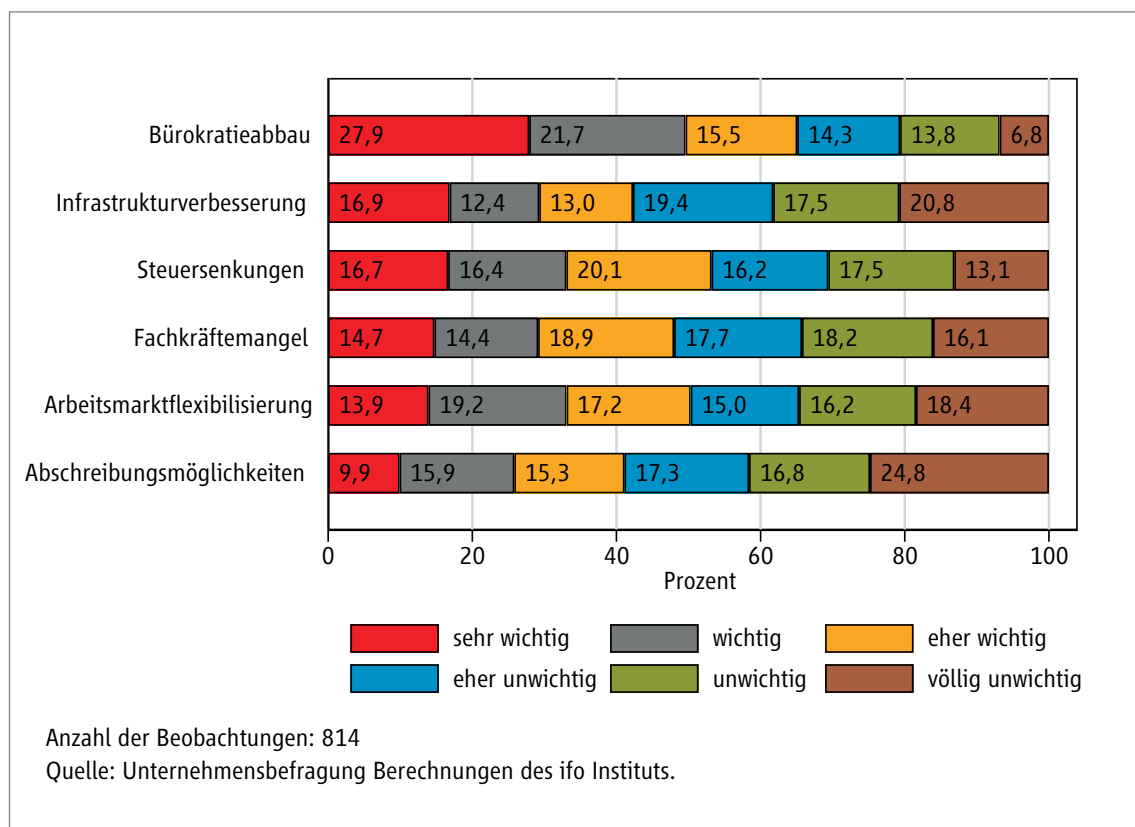
IX. Instrumente zur Investitionssteigerung

Die Unternehmen wurden in der Befragung gebeten, aus einer Reihe von möglichen Maßnahmen zur Investitionssteigerung eine Rangfolge zu erstellen, welche die Wichtigkeit der jeweiligen Maßnahmen widerspiegelt. In Abbildung 36 werden die Ergebnisse der Untersuchung dargestellt.¹⁵

Die wichtigste Maßnahme zur Steigerung der privaten Investitionen ist nach Ansicht der Unternehmen mit deutlichem Vorsprung der Bürokratieabbau. Bei insgesamt 65,1 Prozent der Unternehmen belegt der Bürokratieabbau einen von den ersten drei Plätzen. 27,9 Prozent der Unternehmen bezeichnen den Abbau von Bürokratie gar als wichtigste Maßnahme der Bundesregierung zur Förderung von Investitionen. Nur ein sehr geringer Anteil der Unternehmen hält den Bürokratieabbau relativ zu den anderen vorgeschlagenen Maßnahmen für unwichtig.

Abbildung 36: Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen – Gesamt

Frage 11: Was müsste die Bundesregierung tun, damit Sie Ihre Investitionen ausbauen würden?



15 Insgesamt konnten 814 Antworten ausgewertet werden. Es wurden nur Antworten berücksichtigt, welche eine gültige Rangfolge der Maßnahmen aufwiesen.

„Infrastrukturverbesserung“ wurde immerhin von 16,9 Prozent der Unternehmen als wichtigste Maßnahme bezeichnet. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit von Investitionen der öffentlichen Hand in die Erhaltung und den Ausbau des Infrastrukturnetzes.

Allerdings lässt das Gesamtbild darauf schließen, dass Maßnahmen zur Steuersenkung sowie zur Bekämpfung des Fachkräftemangels ebenso bedeutsam für die befragten Unternehmen sind. Bei etwa 50 Prozent der befragten Unternehmen landen diese Instrumente entweder auf Platz eins, zwei oder drei.

Als alternative Kennzahl für die Bedeutung der jeweiligen Maßnahmen wird erneut der Mittelwert berechnet (vgl. Abschnitt VII Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit). Der Mittelwert ergibt sich aus dem gewichteten Durchschnitt der Antworten und stellt die Bedeutung der einzelnen Maßnahme zur Steigerung der Investitionen auf einer Skala von 1 bis 6 dar (1= höchste Priorität; 6= niedrigste Priorität). Die Ergebnisse werden in Tabelle 3 für die fünf Größenklassen und die Gesamtheit der Unternehmen dargestellt.

Tabelle 3: Mittelwert der Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen, nach Beschäftigtenzahlen der Unternehmen (1= am wichtigsten; 6= am wenigsten wichtig)

Beschäftigtenzahlen / Maßnahmen	0 bis 9	10 bis 49	50 bis 249	250 bis 999	≥ 1.000	Gesamt
Bürokratieabbau	2,36	2,79	2,91	3,18	3,11	2,87
Steuersenkungen	3,15	3,22	3,51	3,69	3,49	3,41
Fachkräftemangel	4,21	3,53	3,46	3,35	3,47	3,59
Infrastrukturverbesserung	3,61	3,82	3,69	3,60	3,39	3,65
Arbeitsmarktflexibilisierung	4,14	3,83	3,72	3,34	3,19	3,68
Abschreibungsmöglichkeiten	3,52	3,79	3,67	3,82	4,32	3,80

Quelle: Unternehmensbefragung, Berechnungen des ifo Instituts.

Der geringste Mittelwert wird für den Bürokratieabbau berechnet (2,87). Dies unterstreicht nochmals die hohe Bedeutung des Bürokratieabbaus für die Unternehmen. Unterschiede ergeben sich hier im Hinblick auf die Größenklasse des Unternehmens: Besonders kleine Unternehmen werden durch bürokratische Regelungen beeinträchtigt und sehen hier Handlungsbedarf.

Die Berechnung der Mittelwerte ergibt außerdem, dass Steuersenkungen und Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels insgesamt eine größere Bedeutung für die befragten Unternehmen in sich tragen als Infrastrukturverbesserungen (vgl. Tabelle 3). Die Steuersenkungen belegen nach den Durchschnittswerten den zweiten Platz auf der Prioritätsliste, gefolgt von Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels auf Platz drei. Infrastrukturverbesserungen belegen nur den vierten Platz auf der Prioritätsliste der Unternehmen zur Steigerung der Investitionen. Von ähnlicher Wichtigkeit für die befragten Unternehmen sind Maßnahmen zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Unterschiede ergeben sich hier erneut im Hinblick auf die Größenklassen der Unternehmen: Sowohl die Bekämpfung des Fachkräftemangels als auch die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes wird von kleinen Unternehmen als eher weniger wichtig eingestuft. Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten bewerten diese Maßnahmen allerdings deutlich höher.

Bessere Abschreibungsmöglichkeiten werden von den Unternehmen insgesamt als weniger wichtig eingestuft.

D Diskussion

Den Ergebnissen der Unternehmensbefragung zufolge bleibt Deutschland mit Abstand der bedeutendste Investitionsstandort für deutsche Unternehmen. Der Großteil der Unternehmen investiert derzeit hauptsächlich in Deutschland und eine überwältigende Mehrheit der Unternehmen plant in diesem Zusammenhang keine Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland. Die Investitionstätigkeiten der deutschen Firmen bewegen sich auf einem hohen Niveau - etwa 40 Prozent der Unternehmen werden in diesem Jahr ihre Investitionen steigern und wollen dies auch in der Zukunft tun. Erwartungsgemäß haben sich die hervorragenden makroökonomischen Bedingungen in Deutschland positiv auf die Investitionstätigkeit ausgewirkt.

Nichtsdestoweniger legen die Ergebnisse der Unternehmensbefragung nahe, dass Deutschlands Investitionspotential möglicherweise nicht voll ausgeschöpft wird. Trotz der guten konjunkturellen Lage in Deutschland und dem sehr günstigen Finanzierungsumfeld planen etwa 60 Prozent der Unternehmen, ihre Investitionen nicht auszuweiten. 11 Prozent der befragten Unternehmen beabsichtigen sogar, ihre Investitionsausgaben zu kürzen.

Für das langfristige Wachstumspotential einer Volkswirtschaft sind Investitionen jedoch von außerordentlicher Bedeutung. Investitionen in den Kapitalstock erhöhen die Produktivität und Leistungsfähigkeit eines Unternehmens, was sich wiederum positiv auf das Wirtschaftswachstum auswirkt. Die Sorge, dass Investitionen in die Modernisierung der Produktionsanlagen und die Ausweitung der Produktionskapazitäten verschlafen werden könnten, ist berechtigt. Denn wenn nicht in Zeiten des konjunkturellen Aufschwungs unter besten Finanzierungsbedingungen Investitionen realisiert werden – wann dann?

In diesem Kontext ist eine systematische Analyse notwendig, um zu verstehen, warum Firmen entgegen der guten makroökonomischen Bedingungen ihre Investitionen in Deutschland nicht erhöhen. Die Ergebnisse der Unternehmensbefragung sind eindeutig: Unternehmen bemängeln vor allem die wirtschaftspolitischen und steuerlichen Rahmenbedingungen sowie die hohen Lohnkosten als Investitionshemmnisse in Deutschland. Die wichtigste Maßnahme zur Steigerung der privaten Investitionen ist nach Ansicht der Unternehmen mit deutlichem Vorsprung der Bürokratieabbau – sodass hier deutlicher Handlungsbedarf

für die Bundesregierung besteht.¹⁶ Insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen stufen den Abbau von bürokratischen Regelungen als sehr wichtig ein.¹⁷

In der Konsequenz müssen Maßnahmen zur Steigerung der privaten Investitionen in diesen Bereichen angesiedelt werden. Die Politik ist hier in der Pflicht, die in den letzten Jahren attraktiv gewordenen Rahmenbedingungen weiter zu verbessern und auszubauen, um den Wirtschafts- und Investitionsstandort Deutschland zu stärken.

Die hohe Relevanz des Bürokratieabbaus für die Volkswirtschaft und die enorme Möglichkeit zur Effizienzsteigerung wird anhand von folgender Kennzahl deutlich: Die Bürokratiekosten für die Wirtschaft beliefen sich im Jahr 2012 auf 49,3 Milliarden Euro, wie das Statistische Bundesamt berechnet hat (Statistisches Bundesamt 2014). Die Belastung von Unternehmen durch eine Vielzahl an gesetzlich vorgeschriebenen Informations- und Dokumentationspflichten sowie Verwaltungsvorschriften, Genehmigungsverfahren und Statistiken ist sehr hoch.

Zur Reduzierung von bürokratischen Regelungen der aus Informationspflichten resultierenden Bürokratiekosten hat die Bundesregierung bereits im Jahr 2006 das Programm „Bürokratieabbau und bessere Rechtsetzung“ ins Leben gerufen. Im Zuge dessen wurde der Normenkontrollrat eingesetzt, welcher seitdem die Belastung von Bürgern und Unternehmen durch gesetzlich verankerte Informationspflichten¹⁸ berechnet sowie den Erfüllungsaufwand¹⁹ durch neue Gesetze und Rechtsverordnungen abschätzt.

Erklärtes Ziel der Bundesregierung im Jahr 2006 war die Senkung der Bürokratiekosten für die Wirtschaft um 25 Prozent. Dieses Ziel wurde 2012 zwar erreicht: Der Bürokratiekostenindex (BKI) sank von April 2006 bis Januar 2012 um 25 Punkte (Nationaler Normenkontrollrat 2017). Doch trotz weiterer

16 Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt auch die Umfrage der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. aus dem Juni 2017 (vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. 2017) und die Frühjahrsbefragung des Bundesverbands der Deutschen Industrie e.V. (BDI 2014). Nach der vbw Umfrage stellt der hohe Bürokratieaufwand das größte Investitionshemmnis für den Standort Deutschland dar und die bürokratischen Belastungen des Wirtschaftsstandortes Deutschland werden von 62,4 Prozent der vom Bundesverband der Deutschen Industrie befragten Unternehmen als schlecht bzw. sehr schlecht beurteilt.

17 Eine Studie des Instituts für Mittelstandsforschung (2004) kommt zu dem Ergebnis, dass kleine Unternehmen mit 0 bis 9 Beschäftigten deutlich höhere Bürokratiekosten in Form von zeitlichen und finanziellen Belastungen zu tragen haben, als größere Betriebe.

18 Informationspflichten sind nach §2 Abs. 2 NKR-Gesetz „aufgrund von Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung oder Verwaltungsvorschrift bestehende Verpflichtungen, Daten und sonstige Informationen für Behörden oder Dritte zu beschaffen, verfügbar zu halten oder zu übermitteln“.

19 Erfüllungsaufwand ist definiert als „messbarer Zeitaufwand und die Kosten, die eine neue Regelung bei Bürgerinnen und Bürgern, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung auslöst“ (Nationaler Normenkontrollrat 2017, S. 11).

Anstrengungen der Bundesregierung zum Bürokratieabbau und der Einführung einer „One in one out“-Regel²⁰ (OIOO-Regel) ist der BKI in den letzten Jahren nur marginal gesunken. Im Zeitraum von 2012 bis 2017 konnte der BKI lediglich um einen Prozentpunkt gesenkt werden (Statistisches Bundesamt 2017a).

Der laufende Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft ist in der letzten Legislaturperiode sogar um 6,7 Milliarden Euro angestiegen, wovon ein großer Teil auf die Einführung des Mindestlohngesetzes zurückzuführen ist (Nationaler Normenkontrollrat 2017). Entlastung haben die Unternehmen in der letzten Legislaturperiode laut Normenkontrollrat durch die Modernisierung des Vergaberechts, Reformen in der Abfallwirtschaft und die Bürokratieentlastungsgesetze I und II erfahren.²¹

Gleichwohl ist trotz der bürokratischen Entlastung der Unternehmen in den letzten Jahren noch merklich Luft nach oben, wie die Ergebnisse der Unternehmensbefragung verdeutlichen.

Der Normenkontrollrat erkennt zwar die Anstrengungen der Bundesregierung zum Bürokratieabbau an, dringenden Handlungsbedarf sieht dieser allerdings bei der Einbeziehung von EU-Richtlinien und -Verordnungen in die „One in one out“-Regel und der Digitalisierung von Verwaltungsprozessen (Nationaler Normenkontrollrat 2017). Derzeit ist die europäische Gesetzgebung von der Kompensationspflicht ausgenommen: Für Unternehmen macht es de facto allerdings keinen Unterschied, ob zusätzliche Informationspflichten oder Regelungen aus Brüssel oder aus Berlin stammen. Durch europäische Gesetzgebung verursachter Erfüllungsaufwand für Unternehmen sollte mit der Reduzierung von Bürokratie an anderer Stelle einhergehen, wie es die OIOO-Regel für nationale Gesetzgebung vorsieht.

Daneben verhindert laut Normenkontrollrat die Rückständigkeit der öffentlichen Verwaltung im Hinblick auf die Digitalisierung Fortschritte im Bürokratieabbau und Kosteneinsparungen in Milliardenhöhe (Nationaler Normenkontrollrat 2017, S. 35). Deutschland liegt im Hinblick auf digitale Verwaltungsprozesse und -serviceangebote im europäischen Vergleich weit abgeschlagen auf Platz 20 des EU-Digitalisierungsindex 2017. Nach Einschätzung des Nationalen Normenkontrollrates (2017, S.35) könnten „sowohl die internen Abläufe innerhalb der Verwaltung als auch die Kommunikation mit Bürgern und Unternehmen“ mithilfe des E-Government deutlich effizienter gestaltet werden. Zwar wird das Thema digitale Verwaltung 2020 von der Bundesregierung voran getrieben, doch sind die meisten Projekte immer noch in der Konzeptions- oder Entwicklungsphase. Ein gemeinsames Vorgehen der Verwaltung über administrative und fachliche Grenzen hinweg ist nur schwerlich erkennbar.

20 Nach der „One in one out“-Regel gilt: „Für neue Vorgaben, die laufenden Erfüllungsaufwand der Wirtschaft hervorrufen („In“), muss bis spätestens zum Ende einer Legislaturperiode Entlastung in gleicher Höhe geschaffen werden – entweder in dem Regelungsvorhaben selbst oder an anderer Stelle („Out“).“ (Nationaler Normenkontrollrat 2017, S. 16).

21 Nach dem erst kürzlich erlassenen Bürokratieentlastungsgesetz II wird beispielsweise der Schwellenwert für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter von 410 auf 800 Euro angehoben, was nach Aussage von Bundesministerin Zypries zu einer Entlastung von kleinen und mittleren Unternehmen führen soll.

Voraussetzung für die Digitalisierung von Verwaltungsprozessen ist wohlgerneht ein hoch entwickeltes Sicherheitssystem, welches sensible Daten von Bürgern und Unternehmen effektiv vor Cyber-Kriminalität schützt und der Ausbau des Breitbandnetzes, sodass Bürger und Unternehmen von den digitalen Serviceangeboten der öffentlichen Verwaltung profitieren können. Immerhin 16,9 Prozent der befragten Unternehmen messen den Infrastrukturmaßnahmen den größten Stellenwert zur Steigerung der Investitionen in Deutschland bei. Dies verdeutlicht die Notwendigkeit von Investitionen der öffentlichen Hand in die Erhaltung und den Ausbau des Infrastrukturnetzes.

Neben dem Bürokratieabbau, der für viele Unternehmen die höchste Priorität hat, geben viele befragte Unternehmen Steuersenkungen als Voraussetzung für höhere Investitionen an. Die tarifliche Belastung des Gewinns von Kapitalgesellschaften ist im internationalen Vergleich in Deutschland mit 29,83 Prozent tatsächlich relativ hoch. Eine ganze Reihe von Ländern weist deutlich niedrigere Unternehmenssteuern aus, allerdings liegt die effektive Steuerbelastung in Deutschland immer noch deutlich unter jener in Frankreich, Belgien, Japan, Italien oder dem Bundesstaat New York (USA), in welchem 39,62 Prozent des Gewinns von Staat und Gebietskörperschaften einbehalten werden (Bundesfinanzministerium 2016).

Sinnvoll ist eine investitionsfreundliche und finanzierungsneutrale Unternehmenssteuerreform. Die steuerliche Diskriminierung von Investitionsfinanzierung durch Eigenkapital sollte beseitigt werden (Fuest & Spengel 2016). Durch die 2009 beschlossene Abgeltungssteuer werden fremdfinanzierte Investitionen steuerlich begünstigt.

Insgesamt können die Steuerverfahren durch die Nutzung von digitalen Technologien weiter modernisiert werden. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, dass die durch das elektronische Besteuerungsverfahren erzielten Effizienzgewinne nicht nur der öffentlichen Verwaltung zugutekommen, sondern auch den Unternehmen.

Neben den steuerlichen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen haben sich den Ergebnissen der Unternehmensbefragung zufolge insbesondere die Lohnkosten negativ auf die Investitionstätigkeit ausgewirkt. Wie steht es um die preisliche Wettbewerbsfähigkeit?

Zwar ist die Produktivität im internationalen Vergleich sehr hoch. Nach den USA, Dänemark und Belgien weist Deutschland eines der höchsten Produktivitätsniveaus im verarbeitenden Gewerbe auf (Schröder 2016). Gleichzeitig ist das Arbeitskostenniveau Deutschlands im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hoch. Deutschland ist hier im Kostennachteil: Lediglich Norwegen, Belgien und Dänemark weisen ein höheres Arbeitskostenniveau im verarbeitenden Gewerbe auf (Schröder 2016).

Zur Bewertung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit eines Landes eignet sich insbesondere ein Vergleich der Lohnstückkosten, welche aus dem Verhältnis von Arbeitskosten zu Produktivität berechnet werden.

Deutschland nimmt hier unter 27 Vergleichsländern den siebten Platz ein, damit sind die Produktionskosten in Deutschland im internationalen Vergleich relativ hoch (Schröder 2016).²² Die höheren Arbeitskosten können also nicht gänzlich durch das überdurchschnittliche Produktivitätsniveau kompensiert werden.

Im zeitlichen Verlauf von der Jahrtausendwende bis zur Finanzkrise konnte Deutschland seine Kostenposition im Vergleich zum Euroraum zwar deutlich verbessern, allerdings wird die unterdurchschnittliche Kostendynamik in diesem Zeitraum durch jüngste Steigerungen in den Arbeitskosten wieder wettgemacht. Die gute konjunkturelle Lage in Deutschland führte in den letzten Jahren zu relativ hohen Lohnsteigerungen (Schröder 2016). Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln kommt darüber hinaus zu dem Ergebnis, dass die Löhne insbesondere in den MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik) in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind und setzt diese Entwicklung in den Kontext des Fachkräftemangels, der mittel- bis langfristig zu erwarten ist (Anger, Koppel, & Plünnecke 2015). Hier stellt sich die Frage, ob sich die hohen Lohnkosten im nächsten wirtschaftlichen Abschwung noch stärker auf die Investitionszurückhaltung der Unternehmen auswirken.

Zwar gibt es nach Aussagen der Bundesagentur für Arbeit derzeit keinen „flächendeckenden Fachkräftemangel in Deutschland“ (Engpassanalyse BA).²³ Allerdings weist die Bundesagentur für Arbeit Fachkräfteengpässe in bestimmten Regionen und Berufsfeldern aus: Derzeit gibt es beispielsweise einen Mangel an Arbeitskräften im Gesundheits- und Pflegebereich, im technischen Bereich und aufgrund der guten konjunkturellen Lage im Baugewerbe.²⁴

Ob in Deutschland derzeit ein genereller Fachkräftemangel besteht oder nicht ist umstritten. Studien zu diesem Themengebiet kommen je nach verwendeten Indikatoren und Modellen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Mittel- bis langfristig können bei der anhaltend guten konjunkturellen Lage in Deutschland allerdings spürbare Fachkräfteengpässe erwartet werden. Aufgrund der demographischen Entwicklung und der Alterung der Gesellschaft wird das Erwerbspersonenpotential in Deutschland in den nächsten

22 Höhere Lohnstückkosten finden sich im Vereinigten Königreich, in Kroatien, Italien, Estland, Norwegen und Frankreich. Die USA, die Niederlande, Japan, Schweden, Dänemark, Finnland, Österreich, Spanien, Portugal, Griechenland sowie die meisten mittel- und osteuropäischen Länder weisen hingegen niedrigere Lohnstückkosten auf.

23 Ein Fachkräftemangel liegt definitionsgemäß nach der Bundesagentur für Arbeit nur vor, wenn die „Nachfrage nach Fachkräften in bestimmten Regionen oder in bestimmten Berufsgattungen das Angebot dauerhaft übersteigt“ (BMWi 2014, S. 4).

24 Laut Bundesagentur ist u.a. für folgende Berufsgruppen ein Fachkräftemangel erkennbar: Ingenieure in den Bereichen Metallbau, Schweißtechnik, Fahrzeug-, Luft- und Raumfahrttechnik, Mechatronik und Automatisierungstechnik, Konstruktion und Gerätebau; Fachkräfte in den Bereichen Mechatronik und Automatisierungstechnik, Energietechnik, Klempnerei und Altenpflege, Experten Softwareentwicklung und Programmierung; Humanmediziner, Physiotherapeuten und Apotheker (BA - Bundesagentur für Arbeit 2017, S. 6).

Jahrzehnten deutlich zurückgehen (Statistisches Bundesamt 2009).²⁵ Dies muss nach Aussagen des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung nicht zwangsläufig zu einer Fachkräftelücke führen, da „mit einer Anpassung der Arbeits-, Kapital- und Gütermärkte zu rechnen sei“ (IAB - Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 2013, S. 14). Die Verringerung des Arbeitskräftepotenzials kann möglicherweise durch technischen Fortschritt und die Automatisierung von Prozessen kompensiert werden. Eine Untersuchung des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit kommt unter dieser Annahme und einem veranschlagten durchschnittlichen Wirtschaftswachstum von 1,1 Prozent ebenfalls zum Ergebnis, dass bis zum Jahr 2030 keine flächendeckenden Fachkräftengpässe erwartet werden müssen (Dräger 2014). Weitere Voraussetzungen hierfür sind allerdings konstante durchschnittliche Arbeitszeiten, eine hohe Nettomigration (200.000 pro Jahr) und eine Mobilisierung von Frauen und Älteren auf dem Arbeitsmarkt zur Steigerung des Erwerbspersonenpotenzials (Dräger 2014). Wird jedoch ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent veranschlagt, käme es nach den Berechnungen zu beträchtlichen Engpässen am Arbeitsmarkt.

In Bezug auf die Finanzierung der Unternehmensinvestitionen kann festgehalten werden, dass diese in den meisten Fällen keinen Einfluss auf die Investitionsentscheidung der befragten Unternehmen hatte. Generell verwenden die meisten Unternehmen (83,6 Prozent) hauptsächlich Eigenmittel für die Finanzierung ihrer Investitionen. Dies steht in unmittelbarem Zusammenhang mit den seit Jahren ansteigenden Eigenkapitalquoten der Unternehmen. Die Unternehmen sind damit weniger stark von externen Kapitalgebern abhängig.

Die Ergebnisse der Unternehmensbefragung legen aus diesem Grund nahe, dass Kreditengpässe in den meisten Fällen nicht für ausbleibende Investitionen verantwortlich gemacht werden können. Die Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln wird höchstwahrscheinlich nicht zu einer Steigerung der Unternehmensinvestitionen führen. Dies gilt gleichermaßen für die Gruppe der kleinen und mittleren Unternehmen. Auch eine zu erwartende Straffung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank dürfte somit kaum größere negative Auswirkungen auf die Investitionen haben. Aufbauend auf der Unternehmensbefragung kann festgehalten werden, dass die primären Investitionshemmnisse für die Unternehmen nicht im Bereich der Finanzierungsmöglichkeiten liegen.

25 Berechnungen des Statistischen Bundesamtes zufolge, welche im Rahmen der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung vorgenommen wurden, sinkt das Erwerbspersonenpotential von etwa 50 Millionen auf 33 bis 36 Millionen im Jahr 2060 (Statistisches Bundesamt 2009).

E Fazit

Im Rahmen der vorliegenden Studie wurde das Investitionsverhalten von etwa 1.500 Unternehmen in Deutschland untersucht und ausgewertet. Den Ergebnissen der Unternehmensbefragung zufolge investiert der Großteil der Unternehmen derzeit hauptsächlich in Deutschland und eine überwältigende Mehrheit der Unternehmen plant in diesem Zusammenhang keine Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland. Die Investitionstätigkeiten der deutschen Firmen bewegen sich auf einem hohen Niveau - etwa 40 Prozent der Unternehmen werden in diesem Jahr ihre Investitionen steigern und wollen dies auch in der Zukunft tun. Erwartungsgemäß haben sich die hervorragenden makroökonomischen Bedingungen in Deutschland positiv auf die Investitionstätigkeit ausgewirkt. Auffallend ist vor allem der anregende Einfluss der guten Absatzlage beziehungsweise Ertragslage auf die Investitionstätigkeit der Familienunternehmen. Familienunternehmen profitieren demnach besonders von der guten konjunkturellen Lage.

Trotz des positiven Bildes stellt sich die Frage, warum entgegen der guten konjunkturellen Lage in Deutschland und der niedrigen Zinsen knapp 60 Prozent der Unternehmen nur auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr oder sogar weniger investieren wollen.

Das Bruttoinlandsprodukt wächst seit mehreren Jahren ununterbrochen, die Beschäftigung steigt, die Exporte liegen auf Rekordhöhe, ebenso der ifo-Geschäftsklimaindex. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer ungewöhnlich langen Phase des Aufschwungs. Hierfür spricht auch die seit 2013 steigende Kapazitätsauslastung der Unternehmen, welche den Auslastungsgrad der Produktionsanlagen misst. Überausgelastete Kapazitäten weisen auf zunehmenden Investitionsbedarf hin. Da die Produktionskapazitäten der deutschen Unternehmen laut ifo Konjunkturprognose (Wollmershäuser et al. 2017) mittlerweile überdurchschnittlich ausgelastet sind, erwarten die Experten bei weiter steigender Produktion eine höhere Investitionstätigkeit der Unternehmen. Gemessen am Wirtschaftswachstum erscheint die Entwicklung der privaten Investitionen in den letzten Jahren allerdings wenig dynamisch (Wollmershäuser et al. 2016).

Interessant ist in diesem Zusammenhang insbesondere auch die Frage nach der Art der Investitionsvorhaben. An erster Stelle stehen hier nach Angaben der befragten Unternehmen die Investitionen in Ersatzbeschaffungen. Lediglich an zweiter Stelle werden Kapazitätserweiterungen genannt, wobei die befragten Familienunternehmen deutlich häufiger expandieren und in die Ausweitung der Kapazitäten investieren als ihr Komplement.

Gleichzeitig belegen die Ergebnisse der Unternehmensbefragung: Kapazitätserweiterungen finden zunehmend im Ausland statt, während im Inland häufiger Ersatzbeschaffungen getätigt werden.

Die Ergebnisse sprechen dafür, dass internationale Investitionsstandorte an Bedeutung gewinnen: Immerhin 16,3 Prozent der befragten Unternehmen nennen Europa als zentralen Investitionsstandort und für 10,2 Prozent der Unternehmen spielt der asiatische Raum als Investitionsstandort eine übergeordnete Rolle. Von den Familienunternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten geben sogar 44,6 Prozent an, vor allem in Europa zu investieren, und knapp 30 Prozent der großen Familienunternehmen bezeichnen Asien als hauptsächlichen Investitionsstandort. Generell kann festgehalten werden: Die befragten Familienunternehmen diversifizieren ihre Investitionsaktivitäten viel stärker im Ausland als Nicht-Familienunternehmen. Allerdings zeigt der vorliegende Bericht: Die Auslandsaktivitäten der untersuchten Unternehmen hängen maßgeblich von Unternehmensgröße und Branchenstruktur ab. Prinzipiell nimmt der Anteil der Unternehmen mit internationalem Investitionsschwerpunkt zu, je größer das Unternehmen gemessen an den Beschäftigtenzahlen. Da der Anteil der sehr großen Unternehmen unter den Familienunternehmen in dieser Studie besonders hoch ist, betätigen sich die befragten Familienunternehmen deutlich öfter im Ausland als deren Komplement. Zum anderen sind unter den Nicht-Familienunternehmen beispielsweise viele Unternehmen aus dem Dienstleistungssektor (z.B. aus dem Bereich des Gesundheits- und Sozialwesens) sowie dem Energiesektor – beides Sektoren, welche typischerweise ihren Fokus auf die inländische Geschäftstätigkeit legen und eher weniger stark auf dem internationalen Markt agieren. Im Gegensatz dazu gehört ein hoher Anteil der befragten Familienunternehmen dem verarbeitenden Gewerbe an – einer Branche, die klassischerweise viel stärker auf den ausländischen Markt ausgerichtet ist. Schlussendlich liegen für die Auswertung der Auslandsaktivitäten keine quantitativen Daten vor, d.h. es können weder für die Familienunternehmen noch für die Nicht-Familienunternehmen Aussagen über die Höhe und Verteilung der Investitionen in Deutschland beziehungsweise dem Ausland getroffen werden.

Unbeachtet der Unterschiede zwischen Familienunternehmen und Nicht-Familienunternehmen: Internationale Standorte und ausländische Märkte gewinnen zunehmend an Bedeutung. Die Globalisierung schreitet voran. Obwohl der Großteil der Unternehmen keine Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland plant, finden Kapazitätserweiterungen doch zunehmend im Ausland statt. Die großen Wachstumsmärkte sehen die Unternehmen im Ausland. Die Investitionsstandorte im Ausland bieten neben potenziellen Kostenvorteilen durch ein geringeres Niveau an Löhnen und Steuern insbesondere auch die Möglichkeit zur Erschließung neuer Absatzmärkte, da mit der volkswirtschaftlichen Entwicklung vieler Schwellenländer auch der Anstieg der Kaufkraftbasis einhergeht.

In der Konsequenz besteht die Gefahr für Deutschland, im internationalen Vergleich als Investitionsstandort an Bedeutung zu verlieren. Bleiben Investitionen in die Modernisierung und die Erweiterung des Kapitalstocks in Deutschland aus, so wird die Wettbewerbsfähigkeit langfristig gefährdet.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Investitionsvorhaben nach Regionen	49
Tabelle 2:	Mittelwert der Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit nach Beschäftigtenzahlen der Unternehmen (1= anregend; 3= dämpfend)	56
Tabelle 3:	Mittelwert der Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen, nach Beschäftig- tenzahlen der Unternehmen (1= am wichtigsten; 6= am wenigsten wichtig)	61
Tabelle 4:	Unternehmensgrößenklassen nach Amadeus	81

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Bruttoanlageinvestitionen (in % des BIP)	10
Abbildung 2:	Familienunternehmen vs. Nicht-Familienunternehmen	16
Abbildung 3:	Verteilung der teilnehmenden Unternehmen über die Sektoren vor und nach dem Gewichtungsprozess	17
Abbildung 4:	Verteilung der teilnehmenden Unternehmen nach Beschäftigtenzahlen vor und nach dem Gewichtungsprozess	18
Abbildung 5:	Verteilung der befragten Unternehmen mit mehr als 1.000 Beschäftigten	20
Abbildung 6:	Verteilung der befragten Unternehmen nach Sektoren und Größenklassen.....	21
Abbildung 7:	Verteilung der Unternehmen nach Rechtsform vor und nach dem Gewichtungsprozess	24
Abbildung 8:	Investitionstätigkeit 2017	26
Abbildung 9:	Investitionstätigkeit 2017 nach Beschäftigtenzahlen	27
Abbildung 10:	Investitionstätigkeit 2017 nach Sektoren	28
Abbildung 11:	Investitionsplanungen.....	29
Abbildung 12:	Investitionstätigkeit in Deutschland.....	30
Abbildung 13:	Investitionstätigkeit in Deutschland nach Sektoren	31
Abbildung 14:	Investitionsplanungen für Deutschland.....	32
Abbildung 15:	Investitionstätigkeit in Deutschland nach Beschäftigtenzahlen	33
Abbildung 16:	Investitionsplanungen für Deutschland nach Beschäftigtenzahlen.....	34
Abbildung 17:	Investitionsplanungen für Deutschland nach Sektoren.....	35
Abbildung 18:	Investitionsplanungen für Deutschland (Industrie- und Dienstleistungssektor) ..	36
Abbildung 19:	Deutschland als alleiniger Investitionsstandort	37
Abbildung 20:	Deutschland als alleiniger Investitionsstandort nach Größenklassen	38
Abbildung 21:	Deutschland als alleiniger Investitionsstandort nach Sektoren	39
Abbildung 22:	Bedeutendste Investitionsstandorte	40
Abbildung 23:	Bedeutendste Investitionsstandorte der Industrieunternehmen.....	42
Abbildung 24:	Bedeutendste Investitionsstandorte für Familienunternehmen nach Beschäftigtenzahlen.....	43
Abbildung 25:	Bedeutendste Investitionsstandorte für Nicht-Familienunternehmen nach Beschäftigtenzahlen.....	44

Abbildung 26:	Arbeitsplatzverlagerung.....	45
Abbildung 27:	Investitionsvorhaben.....	47
Abbildung 28:	Sektorspezifische Abweichung vom Gesamtergebnis.....	48
Abbildung 29:	Digitalisierung.....	50
Abbildung 30:	Investitionen in die Digitalisierung nach Unternehmensgröße (Beschäftigtenzahlen)	51
Abbildung 31:	Investitionen in die Digitalisierung nach Sektoren.....	52
Abbildung 32:	Einflussfaktoren auf die Investitionstätigkeit – Gesamt.....	53
Abbildung 33:	Anregung der Investitionstätigkeit.....	57
Abbildung 34:	Dämpfung der Investitionstätigkeit.....	58
Abbildung 35:	Finanzierung der Investitionen	59
Abbildung 36:	Maßnahmen zur Steigerung der Investitionen – Gesamt	60
Abbildung 37:	Fragebogen	79

Literaturverzeichnis

- Anger, C., Koppel, O., & Plünnecke, A. (2015). MINT Frühjahrsreport 2015 - Regionale Stärken und Herausforderungen. Köln: IW Köln.
- BA - Bundesagentur für Arbeit. (2017). Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt - Fachkräfteengpassanalyse. Nürnberg: BA.
- BMF - Bundesfinanzministerium. (2016). Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich. Monatsbericht des BMF Mai 2016. Berlin: BMF.
- Clemens, R., Schorn, M., & Wolter, H.-J. (2004). Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. In Schriften zur Mittelstandsforschung Nr. 105 NF. Wiesbaden: Institut für Mittelstandsforschung Bonn.
- Dräger, V. (2014). Zukünftige Fachkräfteengpässe in Deutschland? Bonn: IZA.
- Fuest, C., & Spengel, C. (2016). Abgeltungssteuer: Reformieren statt abschaffen. Wirtschaftsdienst 2.
- Gottschalk, S., Egel, J., Kinne, J., Hauer, A., Keese, D., & Oehme, M. (2017). Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Familienunternehmen, Gutachten im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen.
- IAB - Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. (2013). Fachkräftebedarf in Deutschland. Zur kurz- und langfristigen Entwicklung von Fachkräfteangebot und - nachfrage, Arbeitslosigkeit und Zuwanderung. Nürnberg: IAB.
- Lamsfuß, C., Wallau, F., & Brink, S. (2014). Die größten Familienunternehmen in Deutschland: Daten, Fakten, Potenziale. Gutachten im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI) und der Deutsche Bank AG.
- NKR - Nationaler Normenkontrollrat. (2017). Jahresbericht 2017. Bürokratieabbau. Bessere Rechtsetzung. Digitalisierung. Berlin: NKR.
- Schröder, C. (2016). Lohnstückkosten im internationalen Vergleich. IW-Trends 4. 2016.
- Statistisches Bundesamt. (2009). Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Anger, C., Koppel, O., & Plünnecke, A. (2015). MINT Frühjahrsreport 2015 - Regionale Stärken und Herausforderungen. Köln: IW Köln.
- BA - Bundesagentur für Arbeit. (2017). Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt - Fachkräfteengpassanalyse. Nürnberg: BA.
- BMF - Bundesfinanzministerium. (2016). Die wichtigsten Steuern im internationalen Vergleich. Monatsbericht des BMF Mai 2016. Berlin: BMF.

- Clemens, R., Schorn, M., & Wolter, H.-J. (2004). Bürokratiekosten kleiner und mittlerer Unternehmen, Gutachten im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit. In Schriften zur Mittelstandsforschung Nr. 105 NF. Wiesbaden: Institut für Mittelstandsforschung Bonn.
- Dräger, V. (2014). Zukünftige Fachkräfteengpässe in Deutschland? Bonn: IZA.
- Fuest, C., & Spengel, C. (2016). Abgeltungssteuer: Reformieren statt abschaffen. Wirtschaftsdienst 2.
- Gottschalk, S., Egel, J., Kinne, J., Hauer, A., Keese, D., & Oehme, M. (2017). Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Familienunternehmen, Gutachten im Auftrag der Stiftung Familienunternehmen.
- IAB - Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. (2013). Fachkräftebedarf in Deutschland. Zur kurz- und langfristigen Entwicklung von Fachkräfteangebot und - nachfrage, Arbeitslosigkeit und Zuwanderung. Nürnberg: IAB.
- Lamsfuß, C., Wallau, F., & Brink, S. (2014). Die größten Familienunternehmen in Deutschland: Daten, Fakten, Potenziale. Gutachten im Auftrag des Bundesverbandes der Deutschen Industrie e.V. (BDI) und der Deutsche Bank AG.
- NKR - Nationaler Normenkontrollrat. (2017). Jahresbericht 2017. Bürokratieabbau. Bessere Rechtsetzung. Digitalisierung. Berlin: NKR.
- Schröder, C. (2016). Lohnstückkosten im internationalen Vergleich. IW-Trends 4. 2016.
- Statistisches Bundesamt. (2009). Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. (2014). Statistik und Wissenschaft. Die Bestandsmessung der Bürokratiekosten der deutschen Wirtschaft nach dem Standardkosten-Modell. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. (2016a). Statistisches Jahrbuch 2016 - Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.
- Statistisches Bundesamt. (31. Oktober 2016b). Unternehmensregister. Abgerufen am 13. Juli 2017 von <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Gesamtwirtschaft>
- Umwelt/UnternehmenHandwerk/Unternehmensregister/Tabellen/
UnternehmenBeschaeftigtengroessenklassenWZ08.html
- Statistisches Bundesamt. (2017a). Bürokratiekostenindex. Abgerufen am 21. August 2017 von <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/Indikatoren/Buerokratiekosten/Ergebnisse/Buerokratiekostenindex/Buerokratiekostenindex.html>
- Statistisches Bundesamt. (2017b). Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung - Arbeitsunterlage Investitionen. 1. Vierteljahr 2017, Wiesbaden: Statistisches Bundesamt.

vbw - Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e.V. (13. Juni 2017). vbw Umfrage: Bürokratie und Fachkräftemangel größte Investitionshemmnisse. Abgerufen am 22. August 2017 von <https://www.vbw-bayern.de/vbw/Pressemitteilungen/vbw-Umfrage-B%C3%BCrokratie-und-Fachkr%C3%A4ftemangel-gr%C3%B6%C3%9Fte-Investitionshemmnisse.jsp>


Weltbank. (2017). National Accounts Data. Abgerufen am 1. August 2017 von <http://data.worldbank.org/indicator/NE.GDI.FTOT.ZS>

Wollmershäuser, T., Nierhaus, W., Hristov, N., Boumans, D., Garnitz, J., Göttert, M., et al. (2016). ifo Konjunkturprognose 2016-2018: Robuste deutsche Konjunktur vor einem Jahr ungewisser internationaler Wirtschaftspolitik. ifo Schnelldienst 24/2016 - 69. Jahrgang.

Wollmershäuser, T., Nierhaus, W., Hristov, N., Boumans, D., Göttert, M., Grimme, C., et al. (2017). ifo Konjunkturprognose 2017/2018: Deutsche Wirtschaft stark und stabil. ifo Schnelldienst 12/2017 70. Jahrgang.

Anhang

Abbildung 37: Fragebogen

	 <p>Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.</p> <p>Zentrum für Konjunkturforschung und Befragungen</p>	<p>ifo Umfrage</p> <p>Ihre Angaben werden streng vertraulich behandelt. Der gesetzliche Datenschutz ist voll gewährleistet. www.ifo.de/de/datenschutz</p> <p>Bei Rückfragen:</p>
--	---	--

1) Wir werden im Jahr 2017 im Vergleich zum Jahr 2016 voraussichtlich

mehr investieren etwa gleich investieren weniger investieren

2) Im Durchschnitt der nächsten fünf Jahre werden wir voraussichtlich

mehr
 etwa gleich viel
 weniger

als 2016 investieren.

3) Unser Investitionsvolumen verteilt sich im Jahr 2017 hauptsächlich auf folgende Kategorien
(Mehrfachnennung ist möglich)

Kapazitätserweiterung	<input type="checkbox"/>	Ersatzbeschaffung	<input type="checkbox"/>
Umstrukturierung	<input type="checkbox"/>	Andere Investitionsvorhaben	<input type="checkbox"/>
Rationalisierung	<input type="checkbox"/>		

4) Unsere Investitionstätigkeit im Inland wurde bzw. wird 2017 durch folgende Faktoren in positiver / negativer Richtung beeinflusst:

Einflussfaktoren	Anregung	Kein Einfluss	Dämpfung
Absatzlage / -erwartung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Finanzierungsmöglichkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Ertragserwartungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Technische Faktoren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Wirtschaftspol. Rahmenbedingungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Lohnkosten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Steuerliche Rahmenbedingungen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Andere Faktoren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5) Wie wird sich der Anteil der Investitionen in die Digitalisierung Ihrer Prozesse (inkl. Produktion und Verkauf) an den Investitionen in den nächsten fünf Jahren entwickeln?

steigen
 etwa gleich bleiben
 sinken

6) Wo werden Sie in 2017 vor allem hauptsächlich investieren (Mehrfachnennung möglich):

- | | | | |
|---------------------------|--------------------------|------------------------|--------------------------|
| Deutschland | <input type="checkbox"/> | USA | <input type="checkbox"/> |
| Europa (ohne Deutschland) | <input type="checkbox"/> | Mittel- und Südamerika | <input type="checkbox"/> |
| Asien | <input type="checkbox"/> | Restliche Welt | <input type="checkbox"/> |

7) Planen Sie in diesem Zusammenhang bestehende Arbeitsplätze ins Ausland zu verlagern?

- Ja Nein

8) Der Anteil Ihrer Investitionen in Deutschland...

- | | | | | | | |
|------------------------------------|--------------------------|-----------|--------------------------|------------------|--------------------------|----------|
| ist in den letzten fünf Jahren | <input type="checkbox"/> | gestiegen | <input type="checkbox"/> | gleich geblieben | <input type="checkbox"/> | gesunken |
| wird in den nächsten Jahren | <input type="checkbox"/> | steigen | <input type="checkbox"/> | gleich bleiben | <input type="checkbox"/> | sinken |
| Wir investieren nur in Deutschland | <input type="checkbox"/> | | | | | |

9) Wie finanzieren Sie Ihre Investitionen im Jahr 2017 hauptsächlich?

(Mehrfachnennung ist möglich)

- | | |
|--|---|
| <input type="checkbox"/> Bankkredit | <input type="checkbox"/> Anleihen |
| <input type="checkbox"/> Eigenmittel (z.B. einbehaltene Gewinne) | <input type="checkbox"/> Darlehen verbundener Unternehmen |
| <input type="checkbox"/> Kapitalerhöhung | <input type="checkbox"/> Leasing |
| <input type="checkbox"/> Schuldschein | <input type="checkbox"/> Gesellschafterdarlehen |

10) In wie vielen Jahren glauben Sie wird sich Ihre diesjährige Hauptinvestition amortisieren (vor Steuern)?

In _____ Jahren.

11) Was müsste die künftige Bundesregierung tun, damit Sie Ihre Investitionen ausbauen würden?

(Bitte nach Wichtigkeit sortieren 1 – 6; jede Zahl einmal verwenden)

- | | |
|---|-------|
| Verbesserung der Infrastruktur | _____ |
| Bürokratieabbau | _____ |
| Bessere Abschreibungsmöglichkeiten | _____ |
| Steuersenkungen | _____ |
| (potenziellen Fachkräftemangel bekämpfen) | _____ |
| Flexibilisierung des Arbeitsmarktes | _____ |

Statistische Informationen für das Jahr 2016:

Umsatz (in Millionen €): _____

Mitarbeiter (in Köpfen): _____

Bezeichnen Sie Ihr Unternehmen als Familienunternehmen? Ja Nein

Dürfen wir Sie als Experten in unser Unternehmenspanel aufnehmen? Ja Nein

Vielen Dank für Ihre wertvolle Mitarbeit!

Tabelle 4: Unternehmensgrößenklassen nach Amadeus

Größenklasse	klein	mittel	groß	sehr groß
Betriebsertrag	< € 1 Mio.	≥ € 1 Mio.	≥ € 10 Mio.	≥ € 100 Mio.
Gesamtvermögen	< € 2 Mio.	≥ € 2 Mio.	≥ € 20 Mio.	≥ € 200 Mio.
Mitarbeiter	< 15	≥ 15	≥ 150	≥ 1.000

Quelle: Amadeus Datenbank, Bureau van Dijk.

Stiftung Familienunternehmen

Prinzregentenstraße 50

D-80538 München

Telefon + 49 (0) 89 / 12 76 400 02

Telefax + 49 (0) 89 / 12 76 400 09

E-Mail info@familienunternehmen.de

www.familienunternehmen.de

ISBN: 978-3-942467-54-4